

Philipp-Scheidemann-Sammlung

hrsg. u. kommentiert v. Christian Gellinek

**III. Band *[Dänische] Erinnerungen eines ausgewiesenen Staatsmannes
a. D.***

Münster, 2010

III. Band

Abstract

Nach Hitlers Machtergreifung erarbeitete Scheidemann von 1936 bis 1939 Ergänzungen und eine Revision zu seinen Memoiren, hier gesammelt in einem Text, der nach dem authentischen Kopenhagener Nachlasstyposkript gesetzt ist. Er beruht auf Scheidemanns Diktaten dieser Periode, dessen Skripten vor dem Einmarsch der deutschen Truppen nach Dänemark sicher vergraben wurden und von Frau Friedel Thieme 1947 abermals abgetippt und, durch Kopenhagens Oberbürgermeister beglaubigt, der Tochter Luise Scheidemann nachgelassen wurden. Der letzte Anti-Hitler Aufsatz Scheidemanns von 1933 im Zürcher „Volksrecht“, den er vor seinem Exil noch unter eigenem Namen veröffentlichen konnte, wird zu Vergleichszwecken beigelegt.

Abstract

Contains a typescript revision to his memoirs roughly ten short years later (1936-39), as dictated by Scheidemann, by then an anonymous exile in Copenhagen to his typist, Miss Friedel Thieme. These pages were buried before German troops and the Gestapo invaded Denmark in 1940. This authentically transcribed text, certified by the same typist and Copenhagen's Lord Mayor in 1947, was handed over to Scheidemann's daughter Luise, and brought to Germany. An anti-Hitler newspaper article of 1933 is added for the sake of clairvoyant comparisons.

Inhaltsverzeichnis Band III

- I. Dänische' Erinnerungen eines ausgewiesenen Staatsmanns a. D. ab Frühjahr 1917 (z. T. *Memoiren II. Band*, 436 S., korrigierend): Eine Korrektur, in Anlehnung an Bismarcks Nachtragsband „Dritter Band“ genannt, ist dies eine von Frank R. Reitzle schon einmal ungenau redigierte u. falsch datierte Fassung von Scheidemanns Typoskript, also eine Exil-Memoiren-Ergänzungsschrift von 118 S., verfasst in Kopenhagen 1936-39.

101 S.

- II. Letzter Zeitungsaufsatz, den Scheidemann unter eigenem Namen am 29. Juni 1933 in der Zürcher Zeitung *Volksrecht* veröffentlichen konnte: “Hitlers Hand am Pulverfaß“

2 S.

Philipp Scheidemann: Dritter Band. 1936-1939

Einleitung

In dieser Schrift soll geprüft werden, ob die nach der faschistischen Gestaltung Deutschlands von allen Seiten gegen die deutsche Sozialdemokratie und ihre Leitung erhobenen Vorwürfe gerechtfertigt sind oder nicht. Die gestellte Aufgabe ist nicht leicht, weder in sachlicher noch in persönlicher Hinsicht. Sachlich lässt sich unter verständigen Menschen alles rücksichtslos aufs gewissenhafteste prüfen und nachher loben oder tadeln, kritisieren, bemängeln oder gar in Grund und Boden verurteilen. Wenn jedoch, wie im vorliegenden Fall, auch persönliches Verhalten näher beleuchtet werden muss, wenn im besonderen Fall das sogar eine ganz hervorragende Bedeutung hat wie hier, dann wird die Angelegenheit schwieriger. Viele, die die Dinge nur von Außen her kennen, sind leicht geneigt, den Apparat der sozialdemokratischen Partei, also ihre Spitze, ihre Gliederung und ihre Presse, also die gesamte Organisation in den Himmel zu heben, als einzig dastehend zu verherrlichen, die Parteileitung aber als vollkommen unzulänglich zu verurteilen. Weder das eine, noch das andere wäre richtig. Beide Seiten, die sachliche wie die persönliche, ohne jede Voreingenommenheit zu prüfen und beiden Seiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, das ist die Aufgabe. Der Verfasser sieht manches vielleicht deutlicher, weil er nicht nur ein halbes Jahrhundert lang von Ostern 1883 ab ununterbrochen bis zu ihrer Unterdrückung Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war und auch der Parteileitung von 1911 bis zu seinem freiwilligen Ausscheiden Ende 1919 angehörte, sondern weil er nachher wiederum fünfzehn Jahre lang von aussen her, zwar als Mitglied des Reichstages, aber doch ohne organisatorische Funktion, die Wirksamkeit der ganzen Parteimaschinerie innerhalb des allgemeinen politischen Betriebes als aufmerksamer Parteimann beobachten konnte. Schwieriger ist die Aufgabe, wegen der persönlichen Seite der vorzunehmenden Prüfung; es könnte dem Verfasser vorgeworfen werden, voreingenommen zu sein, sei es zu freundlich, aus alter Kameradschaft, sei es zu unfreundlich, weil ihm die Nase dieses oder

jenes Kampfgenossen nicht gefallen habe. Natürlich ist von alledem keine Rede, aber gleichviel, Schwierigkeiten, gleichviel welcher Art, dürfen einen Sozialdemokraten nicht davon abhalten, an eine Arbeit zu gehen, die von jedem geleistet werden sollte, der der Meinung ist, mancherlei zur Aufklärung der Jüngeren beitragen zu können, die nach den Alten, die gescheitert sind, im Interesse des Proletariats weiter arbeiten müssen, bis zum endgültigen Siege des demokratischen Sozialismus.

Unbeachtet können im allgemeinen die Zeitgenossen bleiben, die vorher und nachher, meistens nachher, alles immer besser gewusst haben, ohne dass sie freilich selbst eine Ahnung hatten, weder von der Organisation der SPD, noch von Schwierigkeiten, die eine jede Parteileitung zu überwinden gesucht hat, wenn sie auf ein bestimmtes Ziel hinsteuert. Besonders interessant war indessen das Selbstbekenntnis eines „Jungen“, der 1918 als Führer bei der Räteherrschaft in München hervorragend beteiligt gewesen ist, und deshalb soll er auch ausnahmsweise hier angeführt werden. Ernst Teller sagte zehn Jahre später und liess es fünfzehn Jahre später noch einmal drucken, die Revolution sei nicht zu Grunde gegangen, weil das Volk nicht reif gewesen sei. „Sie ist gescheitert am Versagen der überlebenden Führer, an der Unzulänglichkeit von uns Jungen, die den Fanatismus hatten, aber nicht genügend Einsicht und Erfahrung“. Zwischen den Alten und Jungen gab es damals wie heute, wahrscheinlich wird das in aller Zukunft ebenso sein, eine kolossal grosse Mittelschicht.“ Diese stand zweifellos 1918 zu den Alten, wurde aber kopfscheu gemacht, vielleicht sogar in das reaktionäre Lager getrieben, durch die auf Grund absolut unzulänglicher Erfahrung gemachten fanatischen Unternehmungen der Jungen. Dass durch die Revolutionsromantik unzulänglicher Jünglinge den mit schwerer Verantwortung belasteten Alten damals die Führung sehr erschwert worden ist, braucht nicht mehr erläutert zu werden, man stelle sich aber vor, dass die Jungen nur ein kleinwenig vernünftiger gewesen wären, und in besserer Abschätzung der Kräfte diesseits und jenseits der Barrikaden auf ihre radikalen Spielereien verzichtet, dagegen eifrig geholfen hätten, die Republik so zu untermauern, dass alle späteren Versuche der Reaktion gescheitert wären. Herr Hitler wäre dann jetzt nicht Diktator in Deutschland.

Damit soll kein Wort gesagt werden gegen die stürmische Jugend, die die Hoffnung eines jeden Volkes ist. Einspruch soll erhoben werden gegen die Überheblichkeit unerfahrener Menschen, die der Meinung sind, dass selbstverständlich ihnen überall die Führung zufallen müsse, weil ihnen vielleicht einige Verse gelungen sind, oder weil sie einen sportlichen Rekord gebrochen haben. Man muss der Jugend übrigens zugute halten, dass talentierte Alte sie allezeit umschmeichelt und missbraucht haben. Das Drängen und Stürmen ist Sache der Jugend. Wehe dem Volke, dessen Jugen altklug und weise jeden politischen Schritt erst überlegen wollte, wie es Pflicht der gereiften Alten ist. Das abfällige Urteil über reiche Erfahrung steht der Jugend freilich schlecht an und offenbart im Grunde genommen nur erhebliche Erziehungsmängel.

Mit Unwillen wird jeder ältere Sozialdemokrat sich mancher Rederei und vieler Gesänge jugendlicher Stürmer erinnern. Da hatte ein Redner sich eine Stunde lang abgemüht, um den versammelten auseinanderzusetzen, wie gross der Fortschritt von der Monarchie zur demokratischen Republik gewesen sei. Die Alten erinnern sich der schandbaren Zustände, sie sind sich der ebenso schwierigen Aufgabe bewusst, erst die Republik zu schützen und zu schirmen, bevor man an neue Aufgaben geht, von denen jeder Mann weiss, dass sie die denkbar schwersten Erschütterungen hervorrufen und deshalb alle bisherigen Errungenschaften gefährden müssen, wenn man diese nicht zuvor absolut unerschütterlich gemacht hat. Früher stand Einer an der Spitze des Reiches, der ruhmredig sagte: „Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich.“ Und dann in der Republik wurden Arbeiter Minister.

Die Versammlung geht auseinander, draußen formiert sich die Jugend und singt:

„Republik? Das ist nicht viel.

Sozialismus ist das Ziel.“

Republik – das ist – oder war schon viel. Hoffentlich wird das allen denen recht bald klar werden, die von 1918 an nichts besseres zu tun wussten, als an der Republik herumzunörgeln, ihre Einrichtungen zu

schmähen, ihre Leiter zu lästern. Der Fortschritt vom preußischem Dreiklassenwahlrecht und der vollkommenen Rechtlosigkeit der Frauen auf allen politischen Gebieten bis zur demokratischen Republik war riesengroß, freilich nicht so groß wie der Rückschritt von der Republik zum Konzentrationslager oder unter das Richtbeil Görings.

1. [Hgs. Überschrift] Die Ursachen der Krise

Geschichtliche Vorgänge wie die Krise der Demokratie in der ganzen Welt, schlechtweg auf das Versagen oder gar das ausschließliche Versagen der Führer zurückzuführen zu wollen, ist vollkommen falsch, jedenfalls ganz und gar unmarxistisch. Otto Bauer sagte sehr zutreffend einmal im Wiener „Kampf“, wer so urteile, verschließe sich damit selbst den Weg zur tieferen Erkenntnis der deutschen Gegenrevolution und der Lehren, die aus ihr zu ziehen sind. - Wird die Frage so gestellt, ob in Deutschland die berufenen Führer alles getan haben, was sie hätten tun können, um die Republik zu sichern und damit den Sieg des Faschismus fernzuhalten, dann ist sie berechtigt und macht eingehende Prüfung notwendig. Dabei darf auf Empfindlichkeit einzelner Personen keine Rücksicht genommen werden, wie Friedrich Stampfer in der eben erst genannten Wiener Zeitschrift betont hat. „Das Schicksal eines Einzelnen spielt keine Rolle.“ So unbedingt Stampfer in dieser Beziehung zuzustimmen ist, so sehr Überrascht seine Bemerkung, dass die Ursache der Katastrophe nicht darin gesucht werden dürfe, dass nicht genug Selbstkritik geübt worden ist. „In keiner Sektion der Internationale sei mehr und freiere Selbstkritik geübt worden, als in der deutschen Sozialdemokratie.“ Wir müssen darauf verzichten, in eine Prüfung der Frage einzutreten, wie viel oder wie wenig in anderen Ländern die sozialistischen Parteien Selbstkritik geübt haben. Aber wie stand es in Deutschland? Richtig ist, dass mehrere Zeitschriften und Korrespondenzen ohne jede Parteikontrolle erschienen sind und auch allerlei Parteivorgänge kritisierten. Jede dieser Unternehmungen hatte ihre bestimmte Richtung und ihre besondere Gemeinde. An die Massen der Partei ist nicht eine dieser Unternehmungen herangekommen. Richtig ist auch, dass auch einige wenige Parteizeitungen in Selbstkritik und Opposition gemacht haben. Dagegen ist aber eher unbestreitbar, dass in der Nachkriegszeit

weder im Zentralorgan der Partei, noch in dem Pressedienst, kaum die Spur einer Kritik zu verspüren gewesen ist . . . Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, hat der Vorwärts viele Jahre lang eine andere Meinung als die, die jeweils von der Parteileitung für richtig gehalten wurde, nicht vertreten. Ein einziger Zeuge, obwohl sehr viele zitiert werden könnten, mag das bestätigen. Es handelt sich um den früheren Polizeioberst Dr. Schützinger. Dieser hat Jahre lang eine „Sozialistische Korrespondenz“ herausgegeben und trübe Erfahrungen mit „oben“ in Hülle und Fülle gemacht. In einer Polemik gegen den Pfarrer Felden, dessen Ebertbuch „Eines Menschen Weg“ Stefan Grossmann kritisiert hatte, machte Schützinger folgende Feststellung:

„Der Daseinszweck meiner Korrespondenz und meiner ganzen journalistischen Arbeit ist in der Struktur der sozialdemokratischen Presse und ihres Berliner Dienstes begründet. Der parteioffiziöse Pressedienst, das mit einem finanziellen Monopol ausgestattete Nachrichtenbüro der Partei, hat sich im Laufe der Inflation nahezu sämtliche Gebiete des sozialdemokratischen Geisteslebens angeeignet und nahezu die ganze Parteipresse mit seinen parteioffiziösen schönfärberischen Klischees übermalt. Eine „geistige Linke“ ein „Simplizismus“ eine „Welt-Bühne“ ein „Tagebuch“, ein „Anderes Deutschland“, ein „Es werde Licht“, eine „Welt am Montag“, ein „Montagsmorgen“ existiert für ihn nicht. Nur die Partei ist Trumpf und da nur die offiziöse Führerschaft. Nicht abgestempelte Parteigrößen kriegen ihre Manuskripte – und hätten sie europäisches Format und Namen von Internationalem Klang – mehr oder minder höflich zurückgereicht. Kritik gibt es nicht. Die Masse da unten hat im Führer nur den Helden zu sehen. - Demgegenüber möchte ich als völlig unabhängiger Journalist die Kritik sein in der Partei. Nicht die Kritik einer politischen Richtung, der von links und der von rechts, sondern die Kritik und das unabhängige Forum schlechthin.“

Schützinger hat nicht im geringsten übertrieben. Der Verfasser kann seine Angaben aus eigener Erfahrung bestätigen. Wenn Schützinger sagt, dass die Masse im Führer nur den Helden zu sehen hatte, so tippte er eine Stelle an, die für die älteren Sozialdemokraten äusserst peinlich war.

Je mehr die Partei der Katastrophe zutrieb und die Führung versagte, um so häufiger waren im offiziösen „Vorwärts“ Bemerkungen zu lesen von „dem Führer der deutschen Sozialdemokratie“, der „nunmehr das Wort nahm“, oder: „der jubelnd begrüßt wurde“. Immer aber hiess es: „der Führer der deutschen Sozialdemokratie“. Diese Bezeichnung, besonders oft im zweiten Halbjahr 1932 wiederholt, wirkte auf die Leser umso widerwärtiger, denen die Parteiführung kein Buch mit sieben Siegeln war.

Die Berliner Parteigenossen waren deshalb mit dem „Vorwärts“ niemals zufrieden und verlangten das gleiche Recht wie alle anderen Parteiorte auf ein eigenes Parteiblatt. Sie sahen im Vorwärts weder das Zentralorgan der SPD, noch ein Berliner Blatt, sie sahen im „Vorwärts“ lediglich das Sprachrohr der Parteileitung. Ihre berechtigten Ansprüche wurden immer wieder vereitelt, dienstwillige und redegewandte Genossen fand die Parteileitung immer, wenn in einer Versammlung der Berliner die Vorwärtsfrage zur Debatte gestellt wurde. Das Endergebnis war immer eine Vertagung der Frage. Die vielen Scherze der Berliner Genossen über die Notwendigkeit mindestens einer Namensänderung des Zentralorgans wurden auch außerhalb der Partei kolportiert. Angeblich sollte der Name „Vorwärts“ umgewandelt werden in „Der Stampfer“. Dagegen war nicht einmal innerhalb der Partei-Genossenschaft Berlin allgemein bekannt, dass gerade Stampfer schon vor dem Kriege einen durchaus brauchbaren Vorschlag gemacht hatte. Wie man sowohl den „Vorwärts“ erhalten, als auch die Berliner Wünsche nach einem besonderen Blatt erfüllen könne. Das Zentralorgan der Partei war also fest in den Händen der Parteileitung. Von einer Selbstkritik im „Vorwärts“ kann kaum gesprochen werden. Es ist kein Geheimnis geblieben, dass viele der oppositionell-gesinnten Mitglieder der Reichstagsfraktion auf „Stampfer“ nicht gut zu sprechen waren, weil sie größeren Einfluss auf die Parteileitung und damit auf die ganze Partei richtig erkannt zu haben glauben. Der Verfasser ist überzeugt, dass kein deutscher Parteigenosse auf die Sozialdemokratie in Deutschland in den letzten dreißig Jahren so viel Einfluß ausgeübt hat wie Stampfer. Zunächst versorgte er viele Jahre lang die gesamte Parteipresse mit seiner Korrespondenz. Die Redaktionen waren heilfroh, jeden Morgen den Stampferartikel vorzufinden. Schon im Kriege übernahm er dann die

Redaktion des Vorwärts, die er mit einer kleinen Unterbrechung bis zum Verbot der Partei und ihrer gesamten Presse geführt hat. Unser Widerspruch wurde durch den zitierten Satz Stampfers hervorgerufen, dass bei uns mehr als anderswo Selbstkritik geübt worden sei. Das halten wir für falsch und sprechen deshalb offen darüber aus. Etwaige Hinweise auf die Parteitage zur Verteidigung der Stampfer'schen These sind ebenfalls hinfällig, denn erstens fanden diese früher alljährlich abgehaltenen Tagungen immer seltener statt, und zweitens sorgte eine ausgezeichnete Regie dafür, dass die oppositionellen Redner entweder nur mit gedämpftem Trommelklang losgingen, oder dass ihnen sofort in der Rednerliste ein geeigneter Mann folgte. Dass das alles in kritischer Zeit nur in bester Absicht geschah, wissen wir. Aber warum soll nicht ausgesprochen werden, was ist.[Dass] der vieljährige Chefredakteur des Vorwärts, der als Politiker wie als Chefredakteur Schiffbruch erlitten hat wie kein zweiter in der SPD, mit nach Prag in die Emigration gehen konnte – versteht sich gegen Monatsgehalt -, um dort in der „Parteileitung“ wieder mitzuwirken und auch den „Neuen Vorwärts“ zu redigieren, das geht über das Begriffsvermögen wahrscheinlich auch der wohlmeinendsten Sozialdemokraten hinaus.

Es wurde schon weiter vorne von einer Krise der Demokratie gesprochen, die in der ganzen Welt zu spüren ist. Darüber soll einiges gesagt werden, wenngleich nicht daran gedacht werden kann, die Bedeutung der Demokratie hier nach allen Seiten hin zu untersuchen. So unvergleichliche Vorzüge die Demokratie in einem gefestigten Staatsgefüge sicherlich ist, so erhebliche Hemmnisse kann sie, schematisch gehandhabt, oder gar falsch verstanden, für jede Führung bedeuten, gleichviel, ob es sich um ein junges Staatsgebilde handelt, wie es die deutsche Republik war, oder um eine politische Organisation wie die deutsche Sozialdemokratie. Zweifellos hat der wirklich demokratische Präsident der tschechoslowakischen Republik Masaryk Recht, wenn er in seiner „Weltrevolution“ sagt, dass die Demokratie noch nirgends folgerichtig gewürdigt worden sei, auch nicht in den verschiedenen Staaten. Dort handele es sich bisher nur um Versuche mit der Demokratie.

Die weisen Bemerkungen rätebegeisterter Gegner der Demokratie über deren formale Bedeutung sind uns natürlich ebenso gut bekannt, wie die geistreichen Spöttereien von Anatole France, der doch ein Anhänger der Demokratie gewesen ist. Er wusste sehr wohl, dass eine ideale Demokratie erst dann möglich sein wird, wenn alle Menschen auch wirtschaftlich unabhängig sind, wenn also die Ausbeutung des einen durch den anderen Menschen aufgehört hat. Da wir den Sozialismus auf demokratischer Basis wollen, die Demokratie restlos aber erst in der sozialistischen Gesellschaft durchgeführt werden kann, so liegt klar zutage, dass hier eine Wechselwirkung in Betracht kommt, deren Erörterung ganz bestimmt nicht uninteressant ist. Anatole France kannte die heutzutage noch sehr mangelhafte Demokratie sehr wohl und spottete in seiner Weise darüber. Er könne sich etwas Besseres allerdings auch kaum vorstellen, zweifellos sei sie gerecht, denn sie lege allen, denen sie gleiche Rechte gewährt, auch die gleichen Pflichten auf, so sei es „Reichen und Armen verboten, unter – den Brückenbogen der Seine – Brücke zu nächtigen.“

Der demokratische Unterbau der SPD machte die Parteileitung schwerfällig. Grausame Erfahrung hat gelehrt, dass es nicht angeht, einer Führung vor der man verlangt, dass sie im Bedarfsfall ihre Taktik innerhalb von 24 Stunden vierundzwanzig mal ändert – ein Wort des alten Wilhelm Liebknecht -, hundert Fesseln anzulegen. Das aber war bei der deutschen Parteileitung der Fall, als Folge einer missverstandenen oder unzeitgemäss gewordenen Demokratie. Die vielen Instanzen behinderten die Parteileitung bis zur Lahmlegung. Bis vielleicht ein Parteitag, bestimmt aber der Parteiausschuss, je nach den Umständen vielleicht auch die Parlamentsfraktion, die Redakteure, die Spezialisten, die Gewerkschaften und Genossenschaften, das Reichsbanner und die Eiserne Front einberufen und wer weiss sonst noch alles befragt worden waren – bis dahin konnte eine Situation sich natürlich vollkommen geändert haben. Freilich ist der Einwand nicht von der Hand zu weisen, dass Führer einen derart unhaltbaren Zustand nicht nur rechtzeitig erkennen, sondern seine Abänderung auch verlangen und durchsetzen müsse[n].

Hier hat die Leitung der SPD vielleicht versagt. Voraussetzung für jede wirkliche Führung ist die persönliche Eignung, das heisst politische Begabung und Erfahrung, ein sicheres Gefühl in den Fingerspitzen, Voraussicht, Charakterfestigkeit und Entschlusskraft.

Von allen deutschen Parteien war die SPD am meisten gefesselt. Von den Deutschnationalen wusste man, dass die im allgemeinen auf Kommando ihres Führers bedingungslos einschwenkten. Ein oder zwei berühmt gewordene Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel. Ihr langjähriger Führer war der Graf Westarp. Im Zweifelsfall hiess es für die Partei: Der Graf habe es befohlen. Dann war die Sache entschieden. Noch einfacher lag die Sache bei den Nationalsozialisten, sie hatten überhaupt nur zu tun oder zu lassen, was der Führer bestimmt. Die Kommunisten waren in der gleichen Lage, freilich empfangen sie ihre Befehle aus Moskau. Wer sich nicht fügte, der flog.

Schriftsteller, die der Sozialdemokratie Verständnis, kaum aber Sympathie entgegengebracht haben, erhoben schwere Vorwürfe gegen die Leitung der Partei. Sie alle zu widerlegen oder auch nur anzuführen, fehlt hier der Raum. In Zeitschriften und besonderen Schriften hat man der Sozialdemokratie Vorwürfe gemacht, weil sie 1918 ihre Macht nicht ausgeübt habe und weil sie auch später viel zu leichtgläubig und nachsichtig selbst ihren gehässigsten Feinden gegenüber gewesen sei. An diesen Vorwürfen ist mancherlei richtig, mancherlei falsch. Wir wollen einige der Beschuldigungen, die besonders bemerkenswert erscheinen, weil sie typisch für die Auffassung vieler unserer Gegner, aber auch mancher junger Kampfgenossen sind, herausgreifen. Wir wählen Auslassungen des bekannten Publizisten Samuel Saenger von der „Neuen Rundschau“ und des früheren italienischen Diplomaten Grafen Sforza; beide sind Männer von internationalem Ruf, gehässige Voreingenommenheit gegen die Sozialdemokratie kann ihnen ganz bestimmt nicht vorgeworfen werden. Obwohl Hitler schon Ende Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt worden war, hatte Saenger noch im Märzheft der „Neuen Rundschau“, es wirkte wie ein Wunder, einen sehr temperamentvollen Artikel über die Neugestaltung der politischen Machtverhältnisse in Deutschland veröffentlichen können. Er hatte von

der ersten, durch Rundfunk bekanntgegebenen Regierungserklärung Hitlers - „man lasse uns vier Jahre Zeit“ - noch schreiben können, dass ihr Verfasser es sich aber sehr bequem gemacht hätten „Über sonnenklare Zusammenhänge hinwegzugleiten und jenen Nothelfern, die während der Katastrophe von 1918 echte nationale Disziplin bewiesen hätten, den Makel des elendsten Landes- und Volksverrats anzuhaften.“ Saenger nahm die November-Verbrecher gegen alle Verleumdungen in Schutz. Es sei durch nichts zu beweisen, dass unter jenen tapferen Männern sich Masochisten der Selbsterniedrigung gefunden hätten. „Wenn heute die Regierung der nationalen Erhebung die Möglichkeit besitze, in Genf aussenpolitisch für Deutschland die gleichen internationalen Rechte zu beanspruchen, so danke sie deas den Methoden der Stresemann oder Brüning, Männern also, die sie in ihrem ersten offiziellen Dokument der nationalen Verachtung preisgibt.“

Es ist nicht verständlich, warum Saenger gerade nur diese beiden Männer des von Hitler verfluchten Systems nennt, obwohl doch der frühere Alldeutsche und wirklich masslos eroberungswütig gewesene Dr. Stresemann bis zum Jahre 1923 // die „tapferen Männer“ vor ihm genau so nationalistisch bekämpft hat, wie Hitler, wenn auch mit blanken Waffen.

Das folgende soll doch nebenbei hier festgestellt werden: Es ist Tatsache, dass schon 1919 Vertreter der SPD mit Vertretern der sozialistischen Parteien aus den Entente-Ländern in der Schweiz zusammengekommen und dahin einig geworden sind, dass die Sozialisten aller Staaten in ihren Parlamenten auf eine Revision des Versailler-Diktats in dem Sinne hinarbeiten müssten, für die junge deutsche Republik Erleichterungen zu sichern. Derartige Zusammenkünfte haben viele stattgefunden und alles, was an Erleichterungen für Deutschland schliesslich im Laufe der Jahre offiziell erreicht worden ist, war vorbereitet von den Sozialdemokraten der betreffenden Länder unter hervorragender Teilnahme der deutschen „November-Verbrecher“. Das trifft insbesondere auch für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Die Früchte, die Stresemann aus dem Genfer-Treibhausseggen heimbrachte, waren reif, weil die SPD gleichzeitig für die richtige

Temperatur und die entsprechende Lüftung wohlweislich vorgesorgt hat. So sehr die SPD schon lange vor dem Kriege für die Schaffung eines wirklichen Völkerbundes eingetreten ist, so sehr hat Stresemann einen solchen Völkerbund ganz offiziell als Vertreter seiner volksparteilichen Reichstagsfraktion bekämpft. Im Reichstag machte Stresemann sich direkt lustig über die „Traumpolitik des ewigen Friedens“. In dem Pathos, das ihm eigen war, rief er in den Saal: „Krieg heisst das Lösungswort.“ Sieg! Und so klingt es fort: „Ein dauernder Friede könne nicht erreicht werden, durch einen Weltbund, eine Sicherung könne nur ein Frieden sein, der uns stärker macht. In diesem Sinne, so führte er am 22. Juni 1916 aus, erstrebe das deutsche Volk eine Sicherung der deutschen Grenzen und ihre Ausdehnung. Die Losung für diese Sicherung aber heisst nicht Vertrag, sondern Machtgeltung in Flandern und anderswo.“ Stresemann hatte auch sehr eifrig für die Annektion Nordfrankreichs bis Calais plädiert, weil er ein „deutsches Gibraltar“ schaffen wollte. Die immer währende und ausschließliche Berufung gerade auf Stresemann erscheint wenig angebracht. Doch wollen wir deshalb hier nicht mit Saenger und anderen rechten, die alle vermutlich nur den Stresemann vor Augen haben, der 1923 entscheidend im Ruhrkampf eingriff, das Ende vorbereitete und später Anhänger des Völkerbundes wurde. Wenn wir auch in der Wertschätzung des bekehrten Stresemann mit Saenger übereinstimmen, so müssen wir doch ernstliche Verwahrung gegen den folgenden Satz einlegen:

„Ebert und seine Genossen waren bewusste Gegenrevolutionäre. Nachdem dem ersten Präsidenten der Republik die Rettung der Monarchie nicht gelungen war, versuchte er ... die nationale und soziale Herstellung des Gewesenen.“

Wir wissen seit der Herausgabe einiger Erinnerungswerke bekannter Politiker, dass Ebert, ohne Fühlungnahme mit seinen engeren Genossen und ohne irgendwelche Mitteilungen über seine Ansichten und sein Verhalten zu machen, in sehr kritischer Zeit mancherlei persönliche Pläne verfolgt und auch mit dem Prinzen Max, dem General Groener und anderen erörtert hat. Das berechtigt Saenger jedoch nicht zu der

Behauptung, dass Ebert „und seine Genossen“ bewusste Gegenrevolutionäre gewesen seien. Wir kommen darauf noch zurück.

Ähnliche Behauptungen wie Saenger stellt auch Graf Sforza auf in seinem Buch „Die feindlichen Brüder, Inventur der europäischen Pläne“ - S. Fischer, Berlin 1933 /. Sforza hält keineswegs zurück mit Vorwürfen gegen die deutsche Sozialdemokratie, der er unter anderem verhängnisvolle Gleichgültigkeit gegen die Errungenschaften der „Freiheit“ vorwirft.

Er wendet sich jedoch insbesondere, mehr als Saenger, an die persönliche Adresse Eberts. Schon wie dieser das Kanzleramt von dem Prinzen Max angenommen habe, kritisiert er scharf: „War das nicht eine regelrechte Machtübergabe innerhalb eines fortbestehendes Staatswesens“. Schliesslich wird der italienische Diplomat ganz undiplomatisch klar und deutlich: „Die Entwicklungen nach rechts ist die Vergeltung für die von Ebert eingeleitete Politik der Zaghaftheit und geistigen Trägheit.“ Geistige Trägheit wäre nun freilich das letzte, das man Ebert vorwerfen könnte. - Wie gesagt aus dem bürgerlich-demokratischen Lager stehen die Saenger und Sforza keineswegs allein mit ihren Angriffen. Man wirft der SPD Verkennung der Situation und Versagen aus den verschiedensten Gründen vor, am schlechtesten kommen die Führer dabei weg. Von den Massen ist bei allen Betrachtungen wenig die Rede. Auffällig ist, dass die verschiedenen Jahrgänge des Versagens bei fast allen Kritikern eine sehr große Rolle spielen. Das aber ist doch nicht ganz nebensächlich, versagten sie 1918 oder 1932? Oder versagten sie 1918 und 1932? Wie sah es 1918 in Deutschland aus, wie 1932 und 1933?

Merkwürdigerweise spricht auch der Vorstand der SPD in Prag in seinem Aufruf „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus“ auch nicht von Fehlern der Führer in den Jahren 1932-33, dagegen sehr anfechtbar über das Jahr 1918. Warum so schweigsam gerade über 1932 und 1933, obwohl die gesamte deutsche Arbeiterschaft an diese Jahre mit so unendlich viel Bitterkeit denkt? Es wird gesagt, was 1918 für ein „schwerer historischer Fehler“ gemacht worden sei, es wird auch sehr

ausführlich auseinandergesetzt, was alles sofort und gründlich geschehen müsse, wenn erst die Herrschaft Hitlers niedergeworfen sei. Aber wenn schon 1918, also fünfzehn Jahre vor Hitler, und dann wieder in der Zeit nach dem Sieg über Hitler gesprochen wird, warum nicht auch wenigstens einige Zeilen über die hinter uns liegenden fünfzehn Jahre, mindestens aber über den 20. Juli 1932.

1918 bestand unbestreitbar eine absolute Ohnmacht der „Verantwortlichen“, 1932 aber standen, wie von den verschiedensten Seiten glaubhaft berichtet worden ist, viele Zehntausende Männer des Reichsbanners, der Eisernen Front und auch der Schutzpolizei bereit, die alle vergeblich darauf warteten, das einer der Verantwortlichen „auf den Knopf gedrückt“ hätte, von dem so viel gesprochen worden war, um zur eisernen Disziplin zu ermahnen, damit nicht etwa irgendwo auf eigene Faust gehandelt wird. Doch es soll hier nichts vorweg genommen werden von dem, was später eingehend zu behandeln sein wird.

Mit jeder neuen Seite dieser Arbeit ist dem Verfasser mehr zum Bewusstsein gekommen, wie schwierig die gestellte Aufgabe infolge der ganz unübersehbaren Menge des zu berücksichtigenden Stoffes ist. Von allen Seiten erfolgten die Angriffe auf die SPD und ihre Führer. Namentlich in Kreisen der in den Konzentrationslagern misshandelten oder in den Gefängnissen festgehaltenen Parteigenossen soll die Enttäuschung über die Führer grenzenlos gewesen sein. Das ist ohne weiteres zu verstehen. Wie groß der Zorn unter den Emigranten ist, besonders denjenigen, die den österreichischen Flüchtlingen gegenüber ganz unverdient in einer überaus peinlichen Lage sind, können wir aus eigenem Erleben bezeugen. Nun wäre es freilich in erster Linie die Aufgabe der Führer selbst, Aufklärung zu geben, warum sie dies nicht getan und jenes unterlassen haben. Da sie eine Notwendigkeit zu solcher Aufklärungsarbeit aber nicht einzusehen scheinen, ist es die Aufgabe aller besser Unterrichteten, wenigstens Unrichtigkeiten in offiziellen Veröffentlichungen der sozialdemokratischen Führer, die jetzt in Prag als Parteivorstand der SPD domizilieren, richtigzustellen und den Massen, die der SPD bisher die Treue gehalten haben, mancherlei darzulegen, was sie in ihrer ganzen Tragweite bisher nicht haben würdigen können. Das

konnten sie schon deshalb nicht, weil man es ihnen überhaupt nicht oder nur stückweise, oder nicht rechtzeitig gesagt hat. Bei einer solchen Arbeit läuft man freilich nicht nur alle die Gefahren, auf die eingangs dieser Schrift schon hingewiesen wurde. Es besteht die weitere Gefahr, dass bei der gebotenen Kürze dieser Arbeit grundsätzlich garnicht oder zu dürftig behandelt werden. Am Anfang dieser Schrift wurde als deren Aufgabe eine Prüfung der Vorwürfe gezeichnet, die gegen die SPD und ihre Leitung erhoben werden. Damit hätten also eigentlich alle Untersuchungen der objektiven Ursachen des Zusammenbruchs der Republik und der Demokratie im Allgemeinen, und der SPD im Besonderen auszuscheiden, denn „elementare Geschehnisse“ oder Entwicklungen wirtschaftlicher oder politischer Natur hätten auch von einer sehr gewandten Parteiführung nicht verhindert oder ungeschehen gemacht werden können. Um uns nicht den Vorwurf auszusetzen, dass wir ganz unmarxistisch nur persönliches oder „bonzenkollektives“ Verschulden untersuchen, soll hier in aller Kürze dargelegt werden, warum die 1918 begründete Republik – in Würdigung unabänderlicher Tatsachen – in der ursprünglichen Form nicht hat aufrecht erhalten werden können. Wir glauben dabei ganz Konform zu gehen, mit Ausführungen, die Otto Bauer, gewiss eine Autorität für den internationalen Sozialismus, in geradezu klassischer Form im Kampf gemacht hat. Da Baeuer, wenigstens beiläufig, auch Vorgänge erwähnt, für die man den Verfasser mit verantwortlich machen könnte, ist es vielleicht das Beste, Bauer selbst zu zitieren, weil dann zum mindesten der Vorfurf fortfällt, dass wir in eigener Sache, z.B. der Nichtsozialisierung im Jahre 1918, zu beschönigen versuchen. Nachdem Bauer dargelegt, hat, dass im Weltkriege die bürgerliche Demokratie Englands, Frankreichs und Amerikas gesiegt habe, legt er weiter dar, dass die sozialdemokratische Regierung, die das Erbe des Kaiserreichs übernommen hätte, sich hätte ihrem Drucke beugen müssen.

„Die Diktatur der Arbeiterklasse hätte den Einmarsch der fremden Armeen und Zertrümmerung des Reiches bedeutet. Die Sozialdemokratie wagte es nicht, Kohle und Stahl zu sozialisieren, weil sie der französische Imperialismus dann zu Reparationszwecken hätte wegnehmen können. Sie wagte nicht, den Grossgrundbesitz zu enteignen, um nicht die Hungersnot zu vermehren. Die

grosse französische Revolution und die große russische Revolution haben sich in grossen Nationalkriegen gefestigt und stabilisiert. Die deutsche Revolution musste Versailles hinnehmen. Trotzdem behauptete sich die Republik, bis 1929 die Weltkrise des Kapitalismus kam. Damals war Hermann Müller Reichskanzler, Otto Braun preussischer Ministerpräsident. Sozialdemokraten standen an der Spitze, aber die Wirtschaft war kapitalistisch. So erschienen die Sozialdemokraten breiten Massen als verantwortlich für das Elend, das der Kapitalismus über sie verhängt. In dieser tragischen Lage ist die deutsche Sozialdemokratie und mit ihr die deutsche Republik zugrunde gegangen, der Sozialismus kann sich in der Regierung nicht behaupten, wenn er nicht die Wirtschaft zu sozialisieren vermag; die Demokratie ist untrennbar verbunden mit der nationalen Unabhängigkeit.“

Das sind in der Nusschale die wichtigen objektiven Ursachen des Zusammenbruchs der Republik. So dankbar man Otto Bauer sein muss, dass er einen der Hauptgründe für das Unterlassen aller Sozialisierungsexperimente im Jahre 1918 anführt – die Befürchtung vor dem Zugriff der Entente -, so hätten wir gern von ihm auch die anderen Gründe, die damals gegen eine Sozialisierung sprachen, gehört, ist er doch eine allgemein anerkannte Autorität nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichen Gebiete. Allerdings wären berufene Männer für entsprechende Erklärungen auch Karl Kautsky und Rudolf Hilferding, die von den Volksbeauftragten 1918 in die sofort berufene Sozialisierungskommission als Mitglieder der USP delegiert worden waren. Selbstverständlich ist mit den angeführten Sätzen nicht alles erklärt, was wir mit Entsetzen und Abscheu erlebt haben. Wir sind auch nicht Fatalisten sondern Sozialisten; Nicht Anhänger einer falsch verstandenen Geschichtsauffassung, die alles Weltgeschehen zu fünfundneunzig von einhundert Teilen Abhängig macht von der ökonomischen Entwicklung, und den Menschen als Gestalter der neuen Zeit nahezu ausschaltet. Marx und Engels haben ihre materialistische Geschichtsauffassung niemals so unsinnig verstanden wissen wollen. Wenn die demokratische Republik in der Gestaltung, die man ihr 1918/19 gegeben hat, nicht aufrechtzuerhalten war und das war handgreiflich, so ist keineswegs gesagt, dass alle demokratischen Errungenschaften nun restlos zerschlagen und zertrümmert, durch vollkommene Rechtlosigkeit,

barbarische Willkür, Konzentrationslager und Galgen hätten ersetzt werden müssen! Mancherlei war unbedingt änderungsbedürftig, trotzdem hat sich keiner der demokratischen Parteien aus Angst vor den Wählern an die notwendigen Reformen herangewagt. Man denke an die anarchistische Rede- und Pressefreiheit, sowie an das Wahlrecht für Männer und Frauen vom vollendeten zwanzigsten Lebensjahre ab. Dieses Wahlrecht hatte sich immer deutlicher als ein Unrecht für die Republik erwiesen. Mit diesem Wahlrecht wurde die Republik der in den reaktionären Schulen nationalistisch aufgeputschten Jugend oder den bolschewistisch verhetzten jugendlichen Arbeitslosen ausgeliefert. Dieser Jugend von links und rechts fehlte es, ebenso wie der grossen Mehrheit der Frauen, an jeder ernstlichen politischen Erziehung und Bildung. Wenn in den Bestimmungen der Volksbeauftragten von November 1918 jungen Leuten von zwanzig Jahren das Wahlrecht verliehen wurde, so deshalb, weil man nicht siebzehn- und achtzehnjährige Soldaten zur Verteidigung des Vaterlandes hätte aufrufen können, um ihnen bei der Rückkehr das Wahlrecht zu verweigern. Dieses an sehr junge Leute gegebene Wahlrecht hätte später selbstverständlich beschränkt werden müssen. Daran dachte auch die Nationalversammlung. Jede Reform des Wahlrechts unterblieb. Man denke weiter an die unbeschreiblich komplizierte Parlamentsmaschinerie, die zur Zerstörung des Parlamentarismus wie geschaffen war; man denke auch an das Proportionalverfahren, das jede Regierungsbildung zu einem Lotteriespiel gemacht hat; man erinnere sich, wie schwer Regierungen gebildet, wie leicht sie gestürzt werden konnten. Man denke an die absolut falsche Auffassung und Handhabung der Demokratie überhaupt.

„Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht versteht!“ Auf dem eben geschildertem Gebiet weiter zu prüfen und auch persönliches Versagen oder Verschulden der Partei und ihrer Führer festzuhalten, gehört mit zu den Aufgaben dieser Schrift. Wir würden nicht einen Schritt vorankommen, wenn wir die Methoden, die bisher im Parteiengetriebe leider vielfach gehandhabt worden sind, ebenfalls gelten lassen wollten, nämlich: unbequeme Tatsachen zu ignorieren oder gar zu unterdrücken. Wahrheit vor allem anderen also, das heisst Tatsachen sprechen lassen!

Alle demokratischen Rechte und Freiheiten waren einem Volke gegeben worden, das sich später für diese Freiheiten als noch nicht reif erwies. An der Spitze dieses Volkes standen Führer, die den wirklichen Tatbestand zwar vielfach erkannten, aber den Mut nicht aufbrachten, selbst energisch für die Republik und damit gegen ihre Feinde zu wirken. Man sah das Unheil wachsen und näherkommen, tat jedoch nichts dagegen. Trotz aller angeführten objektiven Ursachen des Zusammenbruchs bleibt die Schuld der Parteien und ihrer Führer riesengross.

Wer nach gewissenhafter Prüfung feststellen wird, ob irgend ein Verantwortlicher Ende 1918 schwere unsühnbare Schuld auf sich geladen hat, der muss sich zunächst klar werden über die damaligen Verhältnisse. Diese sollen hier so kurz wie möglich skizziert werden.

In dem Aufruf des Vorstandes der SPD zu Prag, veröffentlicht im „Neuen Vorwärts“ Ende Januar 1934, heisst es:

„Nicht durch den organisierten, vorbereiteten Kampf der Arbeiterklasse, sondern durch die Niederlage auf den Schlachtfeldern wurde das Kaiserliche Regime beseitigt. Die Sozialdemokratie als einzig intakt gebliebene organisierte Macht übernahm ohne Widerstand die Staatsführung, in die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat teilte. Dass sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Kriegs desorientierte deutsche Arbeiterbewegung beging.“

Diese Schilderung ist so anfechtbar, wie die Behauptungen Saengers und Sforzas. Wenn in dem von uns gesperrten Satz gesagt wird, dass 1918 die Sozialdemokratie die einzig intakt gebliebene organisierte Macht gewesen sei, so ist das irrig, denn die Sozialdemokratie war nicht mehr intakt, nachdem sie seit Jahren gespalten war. Mehr noch: die feindlichen Brüder bekämpften sich gerade in der Zeit der Machtübernahme mit einer Erbitterung, die sich nicht wesentlich unterschied von den Kämpfen, die dann fünfzehn Jahre lange zwischen den Kommunisten, Unabhängigen und Sozialdemokraten stattfanden. Beispiele der peinlichsten Art aus

Flugschriften und Zeitungsartikeln sind später von den lachenden Dritten in Hülle und Fülle reproduziert worden. Die Staatsführung wurde also zwar ohne Widerstand übernommen, aber nicht von der intaktgebliebenen Sozialdemokratie, sondern am heftigsten Bruderkampf von Sozialdemokraten und Unabhängigen gemeinsam. Und diese beiden Parteien wurden dann wieder täglich beschimpft, verleumdet und beschossen von der dritten proletarischen Organisation, von den kommunistisch-bolschewistischen Spartakusleuten. Die Differenzen zwischen den die Regierung bildenden beiden Sozialistengruppen waren so groß, dass die Unabhängigen schon zu Weihnachten 1918 die Regierung wieder verließen. Die abgeblieben intakt gebliebene Sozialdemokratie wurde nun von zwei proletarischen Lagern angerannt, von den Unabhängigen und von den Kommunisten. Es fanden die blutigsten Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Spartakisten statt, nach der vorausgegangene Verhaftung der Regierung durch ihre eigene Wache, und nach der Internierung und Lebensdrohung des Genossen Wels. Die Besetzung des „Vorwärts“ durch die Kommunisten und die schrecklichen Strassenkämpfe, die im Anschluss daran stattgefunden haben, leben noch in schlimmer Erinnerung aller älteren Parteigenossen.

Das alles scheinen die Verfasser des Aufrufs leider Übersehen zu haben. Von Vornherein fand eine Machtverteilung weniger mit den bürgerlichen Parteien statt, als vielmehr mit den Unabhängigen. Eine Machtverteilung mit Bürgerlichen hätte Überhaupt nicht in Frage zu kommen brauchen, wenn die Arbeiterbewegung das letzte Wort – aus den intakten Sozialdemokratie wird in dem Aufruf nach wenigen Zeilen die „während des Kriegs“ desorientierte deutsche Arbeiterbewegung – einig gewesen wäre. Immerhin: der Aufruf des Parteivorstandes in Prag sprach von einem schweren historischen Fehler der Arbeiterbewegung. Wie die Formulierung des Aufrufs jedoch ausgeführt wurde und weiter wirkt, ging deutlich genug aus einer Besprechung in der deutschen Freiheit vom 28./29. Januar 1939 hervor, die der „Neue Vorwärts“ leider ohne jede Anmerkung übernahm. Da hiess es schon:

„Die Zerlegung des alten politischen Apparats muss nach dem Sieg über Hitler – d.V./ gesichert werden gegen seine bisherigen Träger. Dass dies 1918 nicht geschehen ist, bleibt die grosse unsühnbare Schuld der für jene Ereignisse Verantwortlichen.“

Wenn nach den mit so großer unsühnbarer Schuld belasteten Verantwortlichen von 1918 ernsthaft gesucht werden soll, dann wird das unsere volle Zustimmung finden. Manche, der bisher sehr gutgläubig gewesenen Sozialdemokraten werden dann freilich ihr blaues Wunder erleben. Gleichviel, wie sehr man auch einzelne belasten mag, keiner hätte 1918 die mehr oder weniger revolutionäre Rolle, die er gespielt hat, spielen können, innerhalb einer „intakten“ Sozialdemokratie.

Absolut unanfechtbar ist die Stelle des Ausrufes, die nachdrücklich betont, dass Kaiserliche Regime nicht beseitigt wurde durch den organisierten vorbereiteten, gewollten revolutionären Kampf der Arbeiterklasse, sondern durch die militärische Niederlage.

Wir wollen nunmehr die Verhältnisse von 1918 und die Verantwortlichen von damals etwas näher prüfen.

[Hg: 2.] Des Krieges Ende

Den Frieden zu verhüten, war die sozialistische Internationale nicht stark genug gewesen, die SPD allein erst recht nicht. Sie begann jedoch bald nach dem Ausbruch des Krieges mit ihren Bemühungen zur Herbeiführung eines Friedens. Verlangt wurde „die territoriale Unversehrtheit des Reichs, seine politische Selbständigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit“. Und weiter: „Was französisch ist, soll französisch bleiben, was belgisch ist, belgisch und was deutsch ist, soll deutsch bleiben.“ Das war ein klares Ziel für einen Frieden der Verständigung. Ein Wort des für das internationale Proletariat viel zu früh verstorbenen österreichischen Parteiführers Viktor Adler war das Leitmotiv der vor der SPD innegehaltenen „Kriegspolitik“: „schlimmer als der Krieg ist die Niederlage.“ Die ganz klare Linie der sozialdemokratischen Politik im Kriege ist in den „Memoiren eines Sozialdemokraten“ / Verlag von Karl Beissner in Dresden/ eingehend

geschildert worden, eine Wiederholung ist hier nicht notwendig. Die Friedensbemühungen der Partei blieben ergebnislos, sie konnten vom Auslande her leider nicht unterstützt werden, weil den Sozialisten in den Ententeländern die Pässe für alle Auslandsreisen verweigert wurden. Von der deutschen Reichsregierung kann festgestellt werden, dass sie den Sozialdemokraten bei allen ihren Bemühungen für den Frieden nicht nur guten Erfolg wünschte, sondern auch in jedem Falle die geforderten Pässe herausgab, besonders auch für die internationale Verständigungskonferenz in Stockholm im Jahre 1917. Sie gab auf sozialdemokratisches Drängen sogar den „Unabhängigen“ Pässe, obwohl sie die Kriegskredite ablehnten. Im Inlande wurden von den kapitalistischen Parteien, die auch die Oberste Heeresleitung stark beeinflussten, alle Friedensbemühungen, auch die des Papstes sabotiert. Schließlich trat ein, was wir längst befürchtet und immer wieder an den entscheidenden Stellen vorgetragen hatten: wenn das Heer am Boden liegt, denkt der Gegner nicht mehr an eine Verständigung. Die oberste Heeresleitung hatte demgegenüber immer erklärt, verständigen können wir uns immer noch.

Ende September 1918 sollte unbedingt ein Kanzlerwechsel stattfinden, weil der alte Freiherr von Hertling unmöglich geworden war, schief er doch während der wichtigsten Sitzungen vor Altersschwäche ein. Die Situation war damals militärisch, wirtschaftlich und politisch trostlos. Wer jene Zeit nicht mit erlebt hat, kann sich aus alten Zeitungsberichten oder Büchern kaum eine Vorstellung machen von dem grausamen Elend und Jammer, die jede Familie heimsuchten. Schluss. Nichts wie Schluss. Die unbeschreibliche Stimmung wurde noch einmal aufgepulvert durch die Lügentelegramme über die angeblichen grossen Erfolge der letzten deutschen Offensive. Als die Wahrheit über den verzweifelten Stoss ins Leere sich herausstellte, war die Verzweiflung grenzenlos. Ganz vorsichtig wagten sich einige Stimmen hervor, mit Hinweisen auf eine vielleicht mögliche Entspannung der Situation durch den Rücktritt des Kaisers. Die Zeitungen wurden von den Zensurbehörden gewarnt; wenn nun auch nicht mehr in der Presse, so wurde jetzt überall unverblümt verlangt, dass die Kaiserfrage gelöst werden müsse, sonst werde das aussichtslose Morden weitergehen. Wohlgemerkt, das spielte sich alles ab in den Wochen des Notenwechsels mit dem amerikanischen

Präsidenten Wilson. In dieser Zeit kamen allerlei Ratgeber zu dem Verfasser, durchweg Männer aus hohen Kreisen, um ihn zu einer „grossen Unternehmung“ zu veranlassen. Er sollte den Reichskanzler stürzen, sich selbst an die Spitze einer neuen Regierung stellen und sofort Frieden machen. Die gesamte Bevölkerung werde sich auf seine Seite stellen. Die meisten dieser Unterredungen fanden unter vier Augen statt, bei einigen waren Zeugen anwesend. Bei einer, daran erinnert der Verfasser sich auf das Bestimmteste, war Friedrich Stampfer zugegen. Der Ratgeber war der ehemalige Oberbürgermeister von Posen, Dr. Witkowsky, ein Bruder Maximilian Hardens. Aber, um wenigstens noch einige andere zu nennen, denen damit nichts mehr geschadet werden kann: der bayrische Ministerpräsident Dandl und der General Hoffmann, besonders bekannt aus seiner Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk; alle rieten zum gleichen Tun und sagten Hilfe zu.

Die Herren gingen alle erheblich enttäuscht wieder fort, denn – abgesehen von allem anderen – es konnte nicht verkannt werden, dass selbst in den Reihen der führenden Männer der SPD Anschauungen vertreten wurden, die absolut unverständlich, jedenfalls nicht revolutionär waren. Ende Oktober 1918 hat noch ein sehr prominenter Sozialdemokrat einen anderen heftig angefaucht, weil dieser die Forderung auf Abdankung des Monarchen als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet hatte. Ebert, um den es sich handelt, hatte zu Ullrich Rauscher, das war der andere, in heftigster Tonart gesagt, dass seine Forderung eine Akademiker Schrulle sei.

3. Freiherr von Hertling ging und Prinz Max kam

Max Prinz von Baden war ein naher Verwandter des letzten Kaisers und als solcher der letzte Mohikaner, der, unter gewissen Voraussetzungen, sich bereit erklärte, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. Als der Vizekanzler v. Payer, ein alter bürgerlicher Demokrat, der auch in sozialdemokratischen Kreisen grosse Hochachtung genosse, Ebert und der Verfasser die erste Zusammenkunft mit dem Prinzen / auf seine Einladung hin / hatten, erklärte er sehr bestimmt, dass er das Amt nur übernehmen werde, wenn auch Sozialdemokraten in sein

Kabinetts mit eintreten würden. Payer hielt das, wie alle übrigen Mitglieder des sogenannten interfraktionellen Ausschusses, den die Reichstagsmehrheit eingesetzt hatte, für selbstverständlich, der Verfasser keineswegs. Ebert liess schon in dieser ersten Besprechung zu dritt deutlich durchblicken, dass eine sozialdemokratische Beteiligung ihm sympathisch sei. Eine direkte Zusage wurde durch den Einwurf verhütet, dass über eine so wichtige Frage selbstverständlich die Partei entscheiden müsse. Von diesem Augenblick an vertrat Ebert für den Prinzen das gute Prinzip, der Verfasser das schlechte. Dass der Prinz und Ebert schon vorher unter vier Augen verhandelt hatten, ist erst später bekannt geworden.

In einer Fraktionssitzung, die am 2. Oktober stattfand, wurde die Frage, ob wir uns an der Regierung beteiligen sollten, eingehend besprochen. Ebert referierte mit über die vorausgegangene Besprechung, nahm aber keinerlei Stellung für oder gegen. Der Verfasser war entschiedener Gegner. Und begründete den Standpunkt. Abgesehen davon, dass man keinem Sozialdemokraten zumuten sollte, jetzt in ein Kabinetts einzutreten, an dessen Spitze ein Prinz, noch dazu ein naher Verwandter des Kaisers, berufen werde ; gerade in dieser Zeit der schlimmsten politischen und militärischen Situation müssten wir uns entschieden gegen die Übernahme einer Verantwortung sträuben. Eine solche Verantwortung zu tragen, seien wir gar nicht in der Lage. Wolfgang Heine wollte die Beteiligung an der Regierung von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig machen. Landsberg war entschiedener Gegner der Beteiligung und stimmte dem Verfasser durchaus zu. Friedrich Stampfer, der als Chefredakteur des Vorwärts den Verhandlungen beiwohnte, warnte dringend vor der Beteiligung. Für die Beteiligung sprachen Grenz, Dr. David, Davidsohn, Dr. Südekum, Neske und Giedel. Zu einer Entscheidung kam es in dieser Fraktionssitzung noch nicht. Es fand dann eine zweite Besprechung mit dem Prinzen statt, an der Ebert und der Verfasser beteiligt waren. Prinz Max war nahezu zu jeder Konzession bereit. Einen bestimmten Bescheid konnten wir ihm natürlich nicht geben. Am 3. Oktober erstatteten wir der Fraktion Bericht, unter anderem auch über die Ämter, die von den Demokraten, dem Zentrum und uns besetzt werden sollten. Auf jeden Fall sollte Dr. David als

Unterstaatssekretär in das Auswärtige Amt eintreten. Wie Herr v. Payer später festgestellt hat, war diese Personalfrage zwischen dem Prinzen und Ebert bereits fest ausgemacht. Dem Kabinett selbst sollten ein Zentrumsmann und ein Sozialdemokrat als Staatssekretäre ohne Portefeuilles beigegeben werden. Diese beiden Staatssekretäre sollten mit den in Betracht kommenden Fachmännischen das engere Kriegskabinett bilden.

Von der Fraktion wurde nach diesem Bericht beschlossen, dass nunmehr der Fraktionsvorstand zunächst die Angelegenheit weiter vertagen sollte. Diesen Antrag habe Ebert, wie es natürlich sein Recht war, durch einen ihm besonders nahestehenden Kollegen lanciert. In der Vorstandssitzung vertrat der Verfasser erneut seinen gegnerischen Standpunkt. Ebert war zu der Vorstandssitzung in der grössten Aufregung gekommen, hatte er doch als Vertreter der Fraktion eine Information entgegengenommen, die der Major, v. d. Busche über die trostlose Lage an der Front gegeben hatte. Es müsse jede Stunde mit einem Durchbruch durch unsere Front gerechnet werden. Wir ständen vor Entscheidungen von unabsehbarer Tragweite. Sehr bald nach diesen erschütternden Berichten von der Front hatte sich herausgestellt, dass schon tagelang zuvor, also in den letzten Septembertagen, die Generale Hindenburg und Ludendorff von der Reichsregierung die sofortige Anrufung des Präsidenten Wilson zur Vermittlung eines Waffenstillstands und Friedens verlangt hatten.

Die Lage war an der Front hoffnungslos. Schon zwei Tage, bevor die Frage der Regierungsbeteiligung die sozialdemokratische Fraktion beschäftigte, hatte die Oberste Heeresleitung dem Reichskanzler schon mitgeteilt, dass die Armee nicht mehr achtundvierzig Stunden lang auf die neue Regierung warten könne. Alles das hatte man der SPD jedoch verschwiegen, als wir flehentlich um Eintritt in die Reichsregierung gebeten wurden. Während der Verfasser nach den Mitteilungen Eberts nun erst recht gegen die Beteiligung war, setzte Ebert auseinander, dass das Volk uns nicht verstehen werde, wenn wir jetzt „versagen“ wollten.

4. [Mangelnde Überschrift] [v. Hg.] Friedrich Eberts Taktik

Ebert war in organisations-taktischen Fragen ein Meister. Er hatte in der ersten Fraktionssitzung geschwiegen, um auf jeden Fall eine Festlegung gegen die Beteiligung zu verhüten; Er wollte zunächst eine Mehrheit im Vorstand sichern. Dass er da nach Lage der Dinge eine Mehrheit gewinnen werde, war kaum zweifelhaft; dass dann die Fraktion den Vorstand nicht desavouierte, war gewiss. Ebert hatte sich bei seinen Überlegungen auch in dem eben behandelten Fall nicht getäuscht, er gewann eine Mehrheit. Die Fraktion beging nun aber eine Vielen unverständliche Bosheit, indem sie, wie schon 1921 öffentlich festgestellt worden ist, ausgerechnet dem Verfasser, den entschiedensten Gegner der Beteiligung – wohl zur Strafe seiner Widerborstigkeit – zum Eintritt in das Kabinett bestimmte. Als Demokrat musste er sich fügen, wenn auch mit Knurren und Schimpfen. Gewichtige Präzedenzfälle lagen vor. Haase war enegischer Gegner der Kriegskreditbewilligung, trotzdem musste er in der Reichstagssitzung am 4. August 1914 die Erklärung für die Bewilligung abgeben. Karl Liebknecht war genau wie Haase in der Frage der Kreditbewilligung gesonnen, trotzdem stimmte er am 4. August für die Kredite. Der Verfasser war im schroffsten Gegensatz zu Ebert für die Ablehnung des Friedens von Brest-Litowsk, musste aber dennoch im Reichstag eine Erklärung für die Stimmenthaltung der Fraktion vortragen. Die Fraktion hatte nämlich in salomonischer Weisheit, um keinem ihrer beiden Vorsitzenden zuzustimmen, Stimmenthaltung beschlossen. Diese absolute Disziplin der SPD als heiligstes Parteisakrament gefeiert, ist uns heute fast unverständlich. Der Organisation der Partei, die immer mehr Selbstzweck wurde, anstatt Mittel zum Zweck zu bleiben, hat diese unerhörte Disziplin viel genutzt, politisch ist sie vielleicht gerade an dieser Disziplin mit zugrunde gegangen.

Der Verfasser ging also gezwungenermassen in die Regierung, doch schon nach wenigen Tagen zeigte sich die Möglichkeit des Rücktritts. In einem Schweizer Blatt wurde ein kompromotierlicher Brief veröffentlicht, den Prinz Max von Baden zehn Monate zuvor an einen seiner Vettern geschrieben hatte. In diesem Briefe vertrat Prinz Max ziemlich genau das

Gegenteil der Anschauungen, die er nunmehr als pazifistischer Reichskanzler kundgab. Bauer, der als Staatssekretär für Sozialpolitik mit in die Regierung gegangen war, erklärte sich einverstanden mit einer Aktion: entweder müsse Prinz Max zurücktreten, oder wir Sozialdemokraten unsere Ämter niederlegen. Ein entsprechender Demissionsbrief, datiert vom 12. Oktober, wurde verfasst, aber nicht abgeschickt, weil die Fraktion uns den Rücktritt verbot.

Wenn später gesagt worden ist, die grossen historischen Fehler der SPD hätten mit dem Eintritt in die Regierung des Prinzen Max begonnen, so ist das sehr richtig. Der „Beginn“ mit den historischen Fehlern lässt sich nicht genauso feststellen, liegt aber bestimmt mindestens bis 1912 zurück. Damals hätte die Partei verstehen müssen, die bei den Reichstagswahlen erreichte Stärke, 110 Mandate von insgesamt 397, in politischen Einfluss umzusetzen. Wir sprechen aus guten Gründen von Einfluss und nicht von Macht. Dass der Eintritt in das Reichstagspräsidium oder die Besetzung einiger Geheimratsposten mit Sozialdemokraten noch lange nicht politische Macht ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Vor lauter Silbenstecherei ist 1912 viel verpasst worden. Der heftige Streit über die Frage, ob der in das Reichstagspräsidium eingetretene Sozialdemokrat neben der Übernahme der in der Geschäftsordnung begründeten Pflichten auch an dem traditionell nachzusuchenden Empfang des neuen Präsidiums bei dem Kaiser teilnehmen dürfe oder nicht, kommt uns jetzt lächerlich vor. Freilich darf nicht vergessen werden, wie sehr der Kaiser infolge seines Verhaltens gegen die Sozialdemokratie verhasst war. Kein Streit dürfte jetzt darüber bestehen, dass der Eintritt in die Regierung des Prinzen Max von Baden ein grosser Fehler gewesen ist.

Im Kabinett ging es unerfreulich genug zu, angesichts der verzweifelten Stimmung, die in allen Kreisen des Volkes und des Heeres herrschte, war das durchaus begreiflich. Schwerer Kämpfe bedurfte es, weil besonders alle Militärs in dieser Frage geschlossen auftraten, die Freilassung Liebkechts durchzusetzen. Am aufregendsten waren – nach den verzweifelten Hilferufen Hindenburgs – natürlich der Depeschenwechsel mit Wilson, sowie die Entsendung der

Waffenstillstandskommission zu Foch, dann aber auch die Auseinandersetzungen mit den Generalen Ludendorff, Callwitz und Mudra über die wirklichen Verhältnisse an der Westfront. /Diese Fragen sind eingehend behandelt im „Zusammenbruch“, erschienen 1920 im Sozialwissenschaftlichen Verlag, und in den schon erwähnten „Memoiren“. Beide Bücher dürften nur noch in größeren Bibliotheken zu finden sein. Die erst genannte Schrift ist übrigens französisch erschienen unter dem Titel „L'Effondrement“ bei Payot in Paris; die „Memoiren“ wurden englisch herausgegeben unter dem Titel „Memoirs of a Social Democrat“ von Hodder and Stoughton in London./

Dass die Behandlung der Kaiserfrage erbaulich gewesen sei, kann auch nicht behauptet werden. In Verbindung mit der Kaiserfrage gewannen die Verhandlungen mit den Kieler Matrosen eine besondere Bedeutung. War das Verhältnis zwischen dem Verfasser und Ebert leider nicht mehr so kameradschaftlich, wie es selbstverständlich hätte sein müssen, so kam eine neue Spannung auf, nachdem der sozialdemokratische Staatssekretär von dem Prinzen Max verlangt hatte, dass der Rücktritt des Kaisers jetzt vom Kabinett verlangt werden müsse. Bei der unter vier Augen erfolgten Besprechung dieser schriftlich an den Prinzen gerichteten Aufforderung machte der krank zu Bett liegende Kanzler zunächst steinerweichende Einwände, bat aber dann nur um eine kleine Frist. Das Bemerkenswerte bei dieser Aussprache war wieder der Einwand, dass der Antragssteller mit seiner Forderung doch nicht die sozialdemokratische Partei geschlossen hinter sich habe, dass vielmehr von einflussreichen Sozialdemokraten der gegenteilige Standpunkt vertreten werde. Das waren Einwände, die bei den verschiedenen Gelegenheiten im Kabinett immer wieder gemacht worden waren. Darüber muss hier ein offenes Wort gesagt werden. Der Verfasser hat die von Ebert oft vertretenen abweichenden Ansichten häufig genug nicht verstanden, nur für verfehlt gehalten, aber immer respektiert, wie er jede ehrliche Überzeugung, auch solche entschiedener Parteigegner, geachtet hat. Niemals ist er freilich hinweggekommen über die peinliche Tatsache, dass Ebert schon vor dem Eintritt eines Sozialdemokraten in das Kabinett sowie während der Zugehörigkeit des Verfassers zur Regierung häufig mit dem Prinzen Max allein vertraulich verhandelt und ihm Ratschläge

gegeben hat, die zu der Stellungnahme des offiziellen Parteivertreters in der Regierung im Widerspruch standen. Dadurch kam der parteigenössige Staatssekretär wiederholt in geradezu unerträgliche Situationen. Der Prinz weigerte sich strikte, seine Gewährsmänner zu nennen. Er sprach andeutungsweise von prominenten Sozialdemokraten und „ebenfalls angesehenen Führern“, müsse es aber ablehnen, Namen zu nennen. Von diesen Zusammenkünften mit dem Prinzen hat Ebert nicht einen einzigen seiner Vorstandskollegen etwas gesagt. Kein Mensch hätte von seinem Verhalten Kenntnis genommen, hätte er nicht einem ihm vertrauten Genossen, dem Pfa ... Felden in Bremen, der einen Roman über Ebert geschrieben hat, gewisse Mitteilungen gemacht und Prinz Max in seinen „Erinnerungen [und Dokumente: Hg.]“ nicht offen darüber geschrieben hätte.

Der Verfasser hat mitunter vermutet, dass der Prinz dieses oder jenes nur von Ebert wissen könne, aber er unterdrückte den aufsteigenden Verdacht immer wieder, weil er es schliesslich doch für unmöglich halten musste, dass einer seiner nächsten Kameraden mit dem Reichskanzler vertrauliche Zweisprache hielt. Aus diesen Gründen hat der Verfasser in Publikationen, die vor den „Memoiren“ erschienen sind, auch nicht ein Wort über das Merkwürdige Verhalten Eberts angedeutet. Nach den Veröffentlichungen Feldens und des Prinzen Max wäre weiteres Schweigen sinnlos gewesen. Freilich wurde vor den „Memoiren“ zur Strafe für die Mitteilungen über Ebert durch ein Rundschreiben des für den Parteibuchhandel zuständigen Mitglieds des Parteivorstandes offiziell gewarnt. Das bedeutete praktisch, dass sie boykottiert wurden. Das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts“, hat niemals ein Wort über die erschienenen „Memoiren“ geschrieben. Diese Mitteilungen werden weniger Eingeweihten die Vorworte zu den beiden Ausgaben der „Memoiren“ verständlicher machen.

Wir kommen wieder zu dem Notenwechsel mit Washington. Zuletzt hatte Wilson gesagt,

„dass das deutsche Volk kein Mittel besitze, die Unterwerfung der Militärbehörden des Reiches unter den Volkswillen zu erzwingen, dass die

Macht des Königs von Preussen, die Politik des Reichs zu bestimmen und zu lenken, unvermindert ist, dass die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bisher die Beherrscher Deutschlands waren.“

Und weiter hiess es,

„dass die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Beherrscher der deutschen Politik gewesen sind.“

In dieser gar nicht misszuverstehenden Tonart ging es weiter, bis zum Schluss gesagt wurde; wenn eine gründliche Änderung von Dauer nicht gesichert werden könne, dann müsste Übergabe gefordert werden!

Trotz alledem war der Kaiser nicht zur Abdankung zu bewegen. Sein Amt ging ihm über alles, auch über den Frieden. Die Prinzen August Wilhelm und Adalbert waren die ersten Deutschen, die zu dem Reichskanzler kamen, um ihn zu fragen, ob sie ihrem Papa sagen sollten, dass er abdanken müsse! Nachdem alle anderen Versuche gescheitert waren, entschloss der Prinz Max sich endlich selbst, zum Kaiser zu fahren und ihm den ganzen Ernst der Situation zu schildern. Er wollte ihm dann den Rücktritt nahelegen. Zwischendurch war aber, was man später durch den Unterstaatssekretär des Reichskanzlers, Wahnschaffe, und dem Prinzen Max selbst erfahren hat, Ebert wieder vertraulich tätig gewesen. Wahnschaffe hat in einer Geheimsitzung, zu der der sozialdemokratische Staatssekretär nicht eingeladen war, berichtet, dass „Ebert alles versuche, um seine Partei zurückzuhalten.“ Von einem Sozialdemokraten Büchel, der die Protokolle des Berliner Vollzugsrates und die Aufzeichnungen aus früheren Sitzungen der Vertrauensleute Berliner Grossbetriebe sorgsam aufbewahrte, ist uns bekannt, dass Ebert in einer Sitzung am Abend des 6. oder 7. November 1918 die Forderung, dass der Kaiser sofort abdanken müsse, scharf kritisiert hat: „Diese Forderung wäre eine Treulosigkeit, nachdem alle unsere Ansprüche in Bezug auf die Demokratie und den Parlamentarismus bewilligt worden seien.“ Obwohl B. Den Einwurf, dass die Treulosigkeit sich wohl auf den Reichskanzler beziehe, lebhaft bestritt, glauben wir doch annehmen zu sollen, dass der Einwurf berechtigt war. Ebert sah als „Konzession“ auch den Eintritt in die

Regierung an, für ihn war diese verzweifelte Bitte schon ein grosses Entgegenkommen, so dass nicht auch noch der sofortige Rücktritt des Kaisers verlangt werden könne!

Der Prinz wollte also zum Kaiser in das Hauptquartier fahren, las dann aber einen sehr unbequemen Artikel im „Vorwärts“. Da hiess es: „Keiner, dem die Gedanken der neuen Zeit aufgegangen sind, wird sich in seinem Empfinden von den Massen trennen, er wird es auch dort nicht tun, wo er nicht jedes einzelne Vorkommnis zu billigen imstande ist“.

Der Prinz schreibt in seinen „Erinnerungen“: „Ich sah Ebert am frühen Vormittag allein im Garten.“ Dort habe er von seiner Reise zum Kaiser gesprochen: „Sie wissen, was ich vorhabe. Wenn es mir gelingt, den Kaiser zu überzeugen, habe ich Sie dann auf meiner Seite im Kampf gegen die soziale Revolution?“ Darauf habe Ebert geantwortet: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja ich hasse sie wie die Sünde.“ Ebert hatte sich also inzwischen von der Notwendigkeit überzeugt, dass der Kaiser - wenn auch nicht sofort - auf alle Fälle zurücktreten müsse. In den „Memoiren“ des Verfassers wird zu der eben zitierten Aussprache zwischen dem Prinzen und Ebert die Bemerkung gemacht, dass das, was der Prinz Max unter „Revolution“ verstanden habe, gewiss etwas ganz anderes gewesen sei, als das, was Ebert und die gesamte Sozialdemokratie hasste: den russisch-asiatischen Bolschewismus. Nicht was Ebert hier, nach der Ansicht des Prinzen über die Revolution gesagt hat, ist das Entscheidende, sondern wiederum die Tatsache, dass er in dieser kritischen Situation mit dem Prinzen vertraulich zusammengekommen ist. Vielleicht wird der Einwand gemacht, dass Ebert als Vorsitzender der Partei Einladungen des Reichskanzlers nicht hätte ablehnen können. Darauf ist zu antworten, dass es im Vorstand der SPD selbstverständlich war, dass kein Mitglied allein zu solchen politischen Besprechungen ging, es sei denn nicht möglich gewesen, den anderen Vorsitzenden (nämlich den Verfasser) oder einen sonstigen Vorstandskollegen rechtzeitig einzuladen. Auf jeden Fall hätte dem gesamten Vorstand schnellstens Bericht erstattet werden müssen. Man muss Ebert gekannt haben, um sich vorstellen zu können, welchen Lärm er geschlagen hätte, wenn er im Kabinett gesessen wäre und ein

anderer hätte vertraulich mit dem Prinzen hinter seinem Rücken verhandelt, ohne davon irgendwelche Mitteilung zu machen. Es sei nebenbei bemerkt, daß auch Hermann Müller gelegentlich der Besprechung der „Erinnerungen“ des Prinzen in der „Gesellschaft“ ausdrücklich festgestellt hat, Ebert habe weder ihm, noch seines Wissens einem anderen Genossen Mitteilung von diesen vertraulichen Begegnungen gemacht.

Um zur Sache selbst zurückzukommen, müssen wir den Prinzen noch einmal zitieren. Er sagt über die zuletzt erwähnte Begegnung mit Ebert weiter: „Wir steiften die Frage der Regentschaft. Ich nannte den Prinzen Eitel Friedrich als den nach der Verfassung gegebenen Regenten für Preussen und das Reich. Ebert erklärte für sich und seine Partei, sie würden der Regierung in diesen Verfassungsfragen keine Schwierigkeiten machen.“ Der Prinz berichtet weiter, daß er später noch Dr. David gesehen habe, der der „sozialen Revolution“ gegenüber die gleiche Stellung eingenommen habe wie Ebert. Die Rücksprache mit David war eine sehr harmlose Angelegenheit, war David doch als Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt gar nicht in der Lage, eine Einladung seines höchsten Vorgesetzten, des Reichskanzlers, abzulehnen. Es ist auch sehr wahrscheinlich, daß Dr. David dem Verfasser Mitteilung von seiner Besprechung mit dem Reichskanzler gemacht hat. Es sei hier ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß der Pfarrer Felden auf briefliche Anfrage ausdrücklich erklärt hat, er könne sich auf authentische Mitteilungen stützen. Das hiess, daß ihm sein Freund Ebert die entsprechenden Mitteilungen selbst gemacht habe. Die Berichte der Prinzen Max von Baden sind sicherlich unanfechtbar, sie werden von vielen anderen bedeutenden Männern der damaligen Zeit bestätigt, so von dem Staatssekretär Wahnschaffe, dem Ministerialdirektor Dr. Simons, dem späteren Reichstagspräsidenten, dem General Gröner, dem Vizekanzler von Payer und anderen.

[Hg.: 5. Zwei Perspektiven] Vom 9. November 1918

Ein Ultimatum, durch das verlangt werden sollte, daß der Kaiser bis zu einem bestimmten Tage zurücktreten müsse, war von der

sozialdemokratischen Fraktion aus unverständlich-opportunistischen Gesichtspunkten immer wieder vertagt worden. Der Verfasser verlangte deshalb sehr dringlich die Vollmacht, aus der Regierung ausscheiden zu dürfen, weil er die Verantwortung für das, was infolge der verzögerten Demission des Kaisers über das Volk kommen könne, ablehnen müsse. Die Fraktion verweigerte diese Vollmacht, sicherte aber angesichts der entschiedenen Beharrlichkeit, mit der das Rücktrittsrecht verlangt wurde, das Ultimatum zu, wenn der Kaiser bis zum 7. November nicht zurückgetreten sein sollte. Das Verhalten der Fraktion war unbegreiflich. Daß Ebert alle Minen hatte springen lassen, um das Ultimatum mindestens hinauszuschieben, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel.

In der Fraktion wurde am 7. November, als das Reich schon in allen Fugen krachte, noch geredet von der Gefahr, daß die Mehrheit des Reichstages in die Brüche gehen könnte, wenn man den Rücktritt des Kaisers ultimativ fordere. Die große Mehrheit der Fraktion war leider gewöhnt, nur parlamentarisch zu denken und zu handeln. Der Gedanke, dass jetzt auch außerparlamentarische Mittel in Anwendung kommen müssten, hatte sich offenbar erst bei der einen Minderheit durchgesetzt. An dem genannten Tage schlugen die energischen Dränger, darunter Otto Braun und Wels, nun doch so entschiedene Töne an, daß das Ultimatum beschlossen wurde, und zwar einstimmig. Weiter wurde der Beschluß gefasst, das Ultimatum sofort dem Reichskanzler zu überbringen. Als fünfter Punkt wurde gefordert „daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht der Kronprinzen bis Freitag Mittag – das war der 8. November – bewirkt werden müsse“.

Der Reichskanzler machte immer neue Ausreden, ebenso seine zumeist unverantwortlichen Ratgeber. Er ließ den 8. November verstreichen, ohne daß der Rücktritt des Kaisers stattgefunden hätte. Er verlangte immer neue Fristverlängerung. Die sozialdemokratische Fraktion billigte auch schließlich noch einmal eine solche bis zum 9. November 9 Uhr Vormittags. Am 9. November, früh morgens, schied der Verfasser, ohne die Fraktion noch einmal zu fragen, aus dem Kabinett aus, um freie Hand zu bekommen. Prinz Max und seine Beauftragten verhandelten nun endlich direkt mit dem Kaiser am Telefon! Während die

Soldaten auf den Strassen Berlins sich schon mit den Arbeitern verbrüdeten, während schon hunderttausende, die nicht zugeben wollten, daß eines Mannes wegen Zehntausende verderben oder sterben sollten, in unübersehbaren Zügen dem Regierungsviertel zuströmten, ließ der Reichskanzler auf Anraten des Dr. Simons verkünden, daß der Kaiser zurückgetreten sei, obwohl das in Wirklichkeit noch gar nicht der Fall war!

Als die sozialdemokratische Fraktion am frühen Morgen des 9. November zusammentrat, um zu beraten, was nun geschehen müsse, war der Massenschritt der Soldaten und Arbeiter-Bataillone schon stundenlang zu vernehmen. Ein als absolut sicher bezeichnetes Jägerbataillon, das man zum Schutze Berlins gegen die Revolution aus der Provinz geholt hatte, war längst zu den Arbeitern übergegangen. Inzwischen tagen die Vertrauensmänner der großen Berliner Betriebe, die zwei ihrer Kameraden als Teilnehmer an einem Besuch des Kanzlers, den die Fraktion beschließen sollte, bestimmt hatten. Gegen Mittag machte sich diese Deputation, der auch Otto Braun, Ebert und der Verfasser angehörten, auf den Weg zum Kanzler. Dieser hatte jedoch schon dringlich nach ihnen gerufen. Prinz Max fragte Ebert sehr feierlich, ob er bereit sei, sein Nachfolger zu werden. Die SPD, fuhr er fort, hätte die beste Organisation, könnte also auch größten Einfluß ausüben. Es gelte den Bolschewismus fernzuhalten und den Zerfall des Reiches, - damit meinte er die Sonderbündelei, die Bayern und die Rheinlande selbstständig machen wollte - zu verhüten. - Ebert fragte sehr gewissenhaft, seine Kollegen, ob er nicht erst die Partei fragen müsse. Otto Braun und der Verfasser sagten wie aus einem Munde: „Ach, was, sag einfach ja.“

Es steht leider jetzt fest, daß Ebert diese Begegnung und ihren Verlauf mit dem Prinzen in vertraulicher Besprechung vorher vereinbart hatten. Keine von uns hatte gewußt, daß wir zu dieser später als „staatsrechtlich bedeutsamen Begegnung“, über die, wie wir gelesen haben, der Graf Sforza sich lustig macht, mißbraucht worden waren. Am Vormittag des 9. November hatte Ebert mit dem prinzlichen Reichskanzler bereits feste Abmachungen getroffen. Das macht sein

Verhalten unmittelbar nach dem Ausrufen der Republik erst verständlich. Wir werden das gleich sehen.

Die Wandelhalle des Reichstags glich am Vormittag des 9. November einem abenteuerlichen Heerlager. Mit Ebert, der vom Kanzlerhaus herübergekommen war, saßen wir um die Mittagszeit im Speisesaal des Reichsparlaments und löffelten eine sehr fragwürdige Suppe. Da strömte ein Haufen von Arbeitern und Soldaten in den Saal, gerade auf unseren Tisch zu. Fünfzig Menschen schrien zugleich: „Scheidemann, kommen Sie gleich mit! - Philipp, Du mußt herauskommen und reden!“ - Der Angeredete wehrte ab. „Ach“, so sagte er „wieviel habe ich schon reden müssen!“ Hier zitieren wir mit Erlaubnis des Autors am besten die „Memoiren“ [Hg.: Mem. II, S. 296ff.]: „Du mußt! Du mußt, wenn Unheil verhütet werden soll!“ - „Draussen stehen Zehntausende, die verlangen, daß Sie reden.“ - „Jawohl, Scheidemann, komm schnell, vom Schloßbalkon aus redet Liebknecht...!“ „Na, wenn schon!“ „Nein, nein, kommen Sie mit!“ - „Du mußt reden!“ - Dutzende redeten auf mich ein, bis ich mit ihnen ging. Die große Wandelhalle zeigte ein dramatisch bewegtes Bild. Gewehre waren in Pyramiden zusammengestellt. Vom Hofe herauf hörte man Pferdegetrappel und Gewieher. In der Halle schienen tausend durcheinanderjagende Menschen gleichzeitig zu reden und zu schreien. Wir gingen eiligen Schrittes dem Lesesaal zu. Von einem Fenster aus wollte ich zu den Massen sprechen.

Links und rechts von mir redeten meine Begleiter auf mich ein, um mich über die Vorgänge auf der Straße zu unterrichten. Zwischen dem Schloß und Reichstag, so wurde versichert, bewegten sich ungeheure Menschenmassen hin und her.

„Liebknecht will die Sowjetrepublik ausrufen!“ Wir erinnerten uns auch einer Rede Lenins, gehalten schon anfangs April 1918 in Petersburg: „Die Stunde naht, in der alle Völker auf ein Zeichen Karl Liebknechts sich erheben werden!“ Nun war die Situation klar zu erkennen, wir kannten seine Forderung! „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!“

—

Deutschland also eine russische Provinz, eine Sowjetfiliale?
Tausendmal Nein! Kein Zweifel: Wer jetzt die Massen vom Schloß her
„bolschewistisch“ oder vom Reichstag zum Schloß hin
„sozialdemokratisch“ in Bewegung bringt, der hat gesiegt!

Ablösung der zaristischen Schreckensherrschaft durch die
bolschewistische? Nein! Nein! Nur nicht auch das noch in Deutschland
nach all dem anderen Elend! Schon stand der Redner am Fenster. Viele
tausende von Armen reckten sich, um Hüte und Mützen zu schwenken.
Mächtig hallten die Zurufe der Massen, erst allmählich wurde es still.
[Vermutete Minimalfassung der Stegreifrede in Schrägstellung]

*„Arbeiter und Soldaten! Furchtbar waren die vier Kriegsjahre.
Grauenhaft waren die Opfer, die das Volk an Gut und Blut hat bringen
müssen. Der unglückselige Krieg ist zu Ende. Das Morden ist vorbei. Die
Folgen des Kriegs, Not und Elend, werden noch viele Jahre lang auf uns
lasten. Die Niederlage, die wir unter allen Umständen verhüten wollten,
ist uns nicht erspart geblieben, weil unsere Verständigungsvorschläge
sabotiert wurden, wir selbst wurden verhöhnt und verleumdet.*

*Die Feinde des werktätigen Volkes, die wirklichen „inneren
Feinde“, die Deutschlands Zusammenbruch verschuldet haben, sind still
und unsichtbar geworden. Das waren die Daheimkrieger, die ihre
Eroberungsforderungen bis zum gestrigen Tage ebenso aufrecht erhielten,
wie sie den verbissenen Kampf gegen jede Reform der Verfassung und
besonders des schändlichen preussischen Wahlsystems geführt haben.
Diese Volksfeinde sind hoffentlich für immer erledigt. Der Kaiser hat
abgedankt. Er und seine Freunde sind verschwunden. Über sie alle hat
das Volk auf der ganzen Linie gesiegt! Der Prinz Max von Baden hat sein
Reichskanzleramt dem Abgeordneten Ebert übergeben. Unser Freund
wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien
angehören werden. Die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer
Arbeit für den Frieden, in der Sorge um Brot und Arbeit.*

*Arbeiter und Soldaten! Seit euch der geschichtlichen Bedeutung
dieses Tages bewusst. Unerhörtes ist geschehen. Große und
unübersehbare Arbeit steht uns bevor. Alles für das Volk, alles durch das*

Volk. Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Unehre gereicht. Seid einig, treu und pflichtbewußt! Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe die deutsche Republik.“

[Zu anderen von Scheidemann autorisierten Fassungen dieser Rede, s. Gellinek, Biographische Skizze. 1994, S. 46f.]

Die Massen setzten sich in Bewegung nach dem Schloß.

Die bolschewistische Welle, die an diesem Tage unser Vaterland bedrohte, war gebrochen. Die deutsche Republik war in den Köpfen und Herzen der Massen lebendig geworden.

Reden und handeln Menschen, die dem Bolschewismus die Wege ebneten, die Deutschland zerstören, in ein Chaos verwandeln wollen? Nur ganz gewissenlose Demagogen können dergleichen behaupten. „Die Folgen des Krieges, Not und Elend, werden noch viele Jahre auf uns lasten! Die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden, in der Sorge um Brot und Arbeit.“ „Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Unehre gereicht“. In der Rede hieß es aber auch: „Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden“. Jeder mußte das damals für selbstverständlich halten, jeder musste mindestens einen Versuch zur Bildung einer solchen Arbeiterregierung erwarten. Das Theater, das Prinz Max aufgezogen hatte, um seinen Nachfolger zu bestimmen, ist allen Beteiligten auf unserer Seite damals reichlich lächerlich vorgekommen. Nur Ebert nahm alles sehr ernst. Wer ihm seine erste Proklamation geschrieben hat, wußte von uns, die wir ihm doch am nächsten standen, niemand. Alle waren wir jedoch überrascht, als wir seine erste Kundgebung zu Gesicht bekamen:

„Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einverständnis mit den Parteien zu bilden.“ Zwischen den Anschauungen Eberts und denen der meisten seiner Parteigenossen gähnte eine unüberbrückbare Kluft.

Es widerstrebt uns, alle diese Tatsachen jetzt noch zu Papier bringen zu müssen, leider muß es geschehen. Wenn die „Memoiren“ nicht offiziell boykottiert und vom Zentralorgan der Partei totgeschwiegen worden wären, dann wäre manche der Peinlichkeiten im Laufe der Jahre vergessen, vielleicht freilich hätten aufmerksamere Parteigenossen gestutzt, anderen wäre das Gewissen geweckt worden. Nun muß leider vieles nachgeholt werden.

Nach der Ausrufung der Republik, die soeben geschildert worden ist, waren der Verfasser, sowie zahlreiche Arbeiter und Soldaten in dem Speisesaal des Reichstages zurückgekehrt. Ebert wurde von aufgeregten, lebhaft schreienden und gestikulierenden Menschen über alles informiert. Er merkte auf, sein Kopf wurde dunkelrot, er ist, wie Pfarrer Felden als erster berichtet hat, - „entsetzt“ und ruft dem Freunde zu: „Das war unrecht. Über die zukünftige Staatsform wird die Konstituante zu bestimmen haben!“ - So friedlich-freundlich, wie die Szene sich nach dieser Darstellung ausnimmt, war sie leider nicht. Ebert schlug mit der Faust auf den Tisch und schrie den Verfasser an: „Ist das wahr?“

„Als ich ihm antwortete, daß „es“ nicht nur wahr, sondern selbstverständlich gewesen sei, machte Ebert mir eine Szene, bei der ich vor einem Rätsel stand. „Du hast kein Recht, die Republik auszurufen! Was aus Deutschland wird, ob Republik oder was sonst, das entscheidet die Konstituante!“ Wie konnte ein so kluger Mensch die Situation derart falsch einschätzen, daß er selbst am 9. November noch von Regentschaft, Stellvertretung, Reichsverweser und anderem monarchistischem Gerümpel sprach. Jetzt, viele Jahre nach jenem bedeutsamen Tag, verstehe ich das Verhalten Eberts besser, denn jetzt liegen mancherlei Bücher und sonstige Berichte vor, aus denen zu ersehen ist, das damals vertrauliche Gespräche über Monarchie, Republik, Stellvertretung des Kaisers usw., von denen ich keine Kenntnis hatte, stattgefunden haben. Ebert fühlte sich deshalb wohl bis zu einem gewissen Grade gebunden. Für die Sozialdemokratische Partei und mich bestand eine solche Bindung nicht. - Prinz Max erzählt, daß er am Nachmittag des 9. November zwischen 5 und 6 Uhr von Ebert noch dringlich ersucht worden sei, in Berlin zu bleiben. Auf die Frage des Prinzen, zu welchem Zwecke er

bleiben soll, habe Ebert geantwortet: „Ich möchte, daß Sie als Reichsverweser bleiben.“ Prinz Max als Reichsverweser! Wer muß da nicht an den Beschluß der Nationalversammlung vom Jahre 1848 denken. Auf die Ausübung revolutionärer Macht zu verzichten und einen Reichsverweser zu küren! Damals wurde der Erzherzog Johann bestimmt, diesmal hätte es ein badischer Prinz sein sollen. Zwischen dem Verhalten der Nationalversammlung von 1848 und der 1918 beabsichtigten Kopie lagen freilich immerhin siebzig Jahre!“

Es kann leider nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, dass Ebert damals sehr bedenklich operiert hat. Er hat es getan, wie aber hier betont werden soll, aus Verkennung der Situation, gewiß in der besten Absicht; es ist jedoch unmöglich, solche Geschehnisse nachher als ungeschehen oder bestenfalls als bedeutungslos behandeln zu wollen. Das Ende des Krieges und seine historische Bedeutung schätzte Ebert ebenso falsch ein, wie er den Anfang des Krieges nicht verstehen konnte. Er war das einzige Mitglied des Parteivorstandes, das Ende Juli aus seinem Urlaub, trotz der alarmierenden Nachrichten, nicht nach Berlin zurückkehrte, bis er schließlich am 4. August -nach telegraphischen Aufforderungen-, von der Insel Rügen in Berlin eintraf. Er kam gerade noch zur richtigen Stunde, um an der Abstimmung für die Kriegskredite teilnehmen zu können. Zu diesen beiden Terminen, 1914 und 1918, hat es ihm bestimmt an dem erforderlichen Gefühl in den Fingerspitzen gefehlt.

Wenn Ebert in den letzten Wochen vor dem 9. November und an diesem Tage selbst seine eigenen Freunde im unklaren gelassen hat über sein Tun, so hat er, eine andere Erklärung ist gar nicht möglich, vollendete Tatsachen schaffen wollen.

Das Vertrauen des Prinzen zu Ebert war, wie jetzt jedermann verstehen wird, selbstverständlich größer, als das zu dem unbequemen sozialdemokratischen Kabinettsmitglied. Der Prinz berichtet aus der Zeit unmittelbar vor dem 9. November: „Mein Vertrauen zu Ebert hielt stand. Der Mann war entschlossen, sich mit seiner ganzen ungebrochenen Autorität der Revolution entgegenzustemmen... „Scheidemanns Temperament, immer schwer zu zügeln, wenn er Revolutionsluft witterte,

war aufgeschreckt worden durch die Nachrichten aus dem Lande, durch militärische Maßnahmen auf dem Lehrter Bahnhof, überhaupt durch die ganze Spannung, die über Berlin lag.“

Ganz allmählich erst, und leider zu spät, nämlich unmittelbar vor dem Tage des vollendeten Zusammenbruchs, bemerkte der Reichskanzler Prinz Max, wie unsinnig seine Einteilung der Sozialdemokraten in gute und böse Deutsche gewesen war. In einer Kabinettsitzung war berichtet worden, daß sich immer mehr Soldaten mit roten Schleifen auf den Straßen sehen ließen. Dr. Solf, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, habe Deutschland schon in den Händen der Bolschewisten gesehen, auf deren Proskriptionslisten habe auch der Name Scheidemann gestanden. Dann aber, so berichtet der Prinz weiter:

„Dann kam ein großes Wort Scheidemanns, das später wahr geworden ist: Meine Partei wird dafür sorgen, daß Deutschland vom Bolschewismus verschont bleibt.“ Mit diesem Zeugnis der „Novemberverbrecher“ vergleiche man das Geschwätz über die „besoldeten Landesverräter“, die dem Bolschewismus die Wege hätten ebnen wollen.

Ebert hatte seine Wahl zum Reichspräsidenten schon wochenlang vor der Wahl der Nationalversammlung betrieben. Der schöne Eifer, den er dabei entwickelte, wurde von einigen vertrauten Freunden mit stiller Heiterkeit festgestellt. Die sogenannten Vorbereitungen Eberts waren jedoch gänzlich überflüssig, denn der von ihm als einziger Konkurrent vermutete Verfasser hatte vor Gott und aller Welt auf das bestimmteste erklärt, daß er sich von der Partei zwar wiederholt zu diesem und jenem habe zwingen lassen, daß er als Parteigaul sich auch immer demokratisch gefügt habe – zur Annahme einer Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten werde ihn keine Macht der Erde bestimmen. Eines Tages fand eine Unterredung statt zwischen den beiden Vorsitzenden der Volksbeauftragten, also zwischen Ebert und dem Verfasser:

„Wir müssen uns doch auch klar werden über die Vorschläge für die neue Regierung. Die Fraktion erwartet das bestimmt von uns.“ - Ebert: „Ich habe mir das schon durch den Kopf gehen lassen und bin zu der

Überzeugung gekommen, daß Du den Posten des Reichskanzlers übernehmen musst.“ - „Ich? Ich verstehe Dich nicht. Nachdem Du bisher die leitenden Geschäfte in der Hauptsache besorgt hast, halte ich es für das gegebene, dass Du das Amt des Reichskanzlers oder Ministerpräsidenten übernimmst. Auf mich brauchst Du nicht die geringste Rücksicht zu nehmen. Mein Regierungsbedarf ist also mehr als gedeckt.“ - „Ach, das ist ja dummes Zeug. Wir haben doch sonst überhaupt . .“ - „Versteh mich nicht falsch, Fritz, wenn Du Wert darauf legst und die Fraktion ebenfalls, daß ich Minister unter deiner Kanzlerschaft werde, so bin ich natürlich dazu bereit.“ - „Du mußt mich doch ausreden lassen. Wir brauchen doch auch einen Reichspräsidenten.“ - „Ah, hast Du das auch reichlich überlegt?“ - „Ich glaube, daß mir das Repräsentative liegt“ - „Fritz, in allem Ernst, darüber müssen wir uns gründlich aussprechen. Ob ein Reichstagspräsident für notwendig gehalten wird - -“ - „Aber selbstverständlich!“ - „Angenommen, daß das selbstverständlich ist, so scheint es mir nicht selbstverständlich zu sein, daß ein Parteigenosse gerade dieses Amt übernehmen muß.“ - „Das verstehe ich wirklich nicht.“ - „Vergleiche mal die Macht, die ein Reichspräsident in einer Republik mit stark sozialdemokratischem Einschlag haben wird, mit der eines starken Reichskanzlers! Außerdem, wir sind die stärkste Partei in der Nationalversammlung, werden also Anspruch auf das Präsidium im Parlament erheben, den Reichskanzler wollen wir unter allen Umständen haben – dazu auch noch den Reichspräsidenten? Alle drei? Das werden wir nicht durchsetzen können. Außerdem: Von den radikalen Arbeitern werden alle Angriffe, wenn aus der Sozialisierung zunächst nichts wird, sich gegen den sozialdemokratischen Präsidenten richten. Man wird ihn zum Schaden der Partei angreifen. Um ein mir vorschwebendes Bild zu skizzieren: der sozialdemokratische Reichspräsident ist der rote Wimpel, der über dem Schiffe flattert und nicht viel zu bedeuten hat. Der Reichskanzler hingegen wäre dem Kapitän oder dem Steuermann vergleichbar. Du hast die erforderlichen Ellenbogen für diesen Posten. Dagegen als Dekoration bist du mir zu schade.“ - „Ich stelle mir unter dem Reichspräsidenten eine andere Machtposition vor, als Du. Der Reichspräsident wird ungeheuer viel machen können. .“ - „Unsere Ansichten gehen hier weit auseinander.

Für das Reichspräsidium wird durch den ersten Präsidenten schon ein Vorbild für die Nachfolger geschaffen. Ist der erste Präsident ein Sozialdemokrat, der sehr aktiv ist und er nützt die Position politisch aus, dann können uns seine Nachfolger sehr unbequem werden. Ob der zweite Reichspräsident wieder ein Sozialdemokrat sein würde, steht noch dahin.“
[Vgl., Memoiren, II, S. 353]

Es trat, je länger die Unterredung dauerte, immer klarer zutage, daß unsere Anschauungen in der Beurteilung der Aufgaben des Reichspräsidenten weit auseinandergingen. Was Ebert unter diesen Aufgaben verstand, war wirklich nur so zu formulieren: Der Reichspräsident bestimmt die Politik und der Reichskanzler deckt sie.

Die Meinung des Verfassers, mag sie richtig oder falsch gewesen sein, ging damals dahin, daß es am besten sei, die Ämter des Präsidenten der Nationalversammlung und des Reichsministerpräsidenten, des Reichskanzlers mit Sozialdemokraten zu besetzen, für das Amt des mehr dekorativen Reichspräsidenten aber einen allgemein geachteten, nicht parteipolitisch gebundenen Mann zu suchen, „ausgerüstet mit der ganzen Wissenschaft seines Jahrhunderts“, einen Mann mit vielen repräsentativen Pflichten, aber wenig politischer Macht. - Ebert hatte sehr nervös und spöttisch darauf geantwortet: „Also ein Nachtwächter!“ - „Keinen Nachtwächter, meinethalben einen Wächter, der aufpasst, das alles mit richtigen Dingen zugeht, daß die Verfassung sorgsam beachtet wird; einen klugen, gebildeten Mann, der die Vorgänge auf dem politischen Welttheater genau beobachtet, hinter den Kulissen auch ausgleicht und Rat erteilt, im übrigen aber auf seinen Reichskanzler angewiesen ist.

Ebert blieb bei seinem Ideal eines Reichspräsidenten, also einem Manne mit sehr viel politischer Macht. Die Einwände, daß man der SPD nicht drei Präsidenten zubilligen würde, ließ er unbeachtet. Der Grund war einleuchtend, er brauchte die beiden anderen Namen, wenn in der Fraktion alles glatt gehen sollte. Der Einwurf, dass die drei Präsidenten nicht konzediert werden dürften, erwies sich sehr schnell als stichhaltig. Zwar wurde Dr. David als Präsident der Nationalversammlung gewählt, mußte aber auf Anfordern des Zentrums sehr schnell dem Abgeordneten

Fehrenbach Platz machen. David wurde dann als „Minister ohne Portefeuille“, damals wirklich ein sehr überflüssiges Amt, berufen.

Es soll hier ganz offen ausgesprochen werden, daß die Erfahrungen, die dem Verfasser im engeren Parteigetriebe gemacht hatte, das Allzumenschliche, das er im Laufe der letzten Jahre, besonders auch der letzten Monate, in allen Kreisen der politisch tätigen Menschen kennengelernt hatte, daß außerdem auch der Widerwille, der ihm aufgestiegen war, gegen häßliche Streberei und Kriecherei, daß das alles zusammen in ihm den Entschluß gereift hatte, sobald wie möglich aus diesem Getriebe herauszukommen.

Was für besondere Pläne, und wie sie damals gesponnen wurden, soll an zwei Beispielen , die bisher mit der größten Zurückhaltung behandelt worden sind, gezeigt werden. Es ist früher schon geschildert worden, daß am Abend des 6. Dezember 1918 ein merkwürdiger Haufen Soldaten und Mitglieder des Auswärtigen Amts, darunter die Freiherrn von Stumm und Rheinbaben, Graf Matuschka u.a. in der Wilhelmstraße aufmarschierten. Zur Überraschung aller in der Reichkanzlei anwesenden Regierungsmitglieder war Ebert, der bei solchen Gelegenheiten sonst keineswegs drängelte, vor den Versammelten erschienen, kaum daß seine Kollegen von dem merkwürdigen Unternehmen eine Ahnung hatten. Er wurde, nach einer Ansprache an ihn, zum Präsidenten der Republik ausgerufen, lehnte aber ab. Hier müssen wir Freunde Eberts in Bremen, dem schon mehrfach genannten Pfarrer Felden, der aus erster Quelle schöpfte, berichten lassen: „Gerade telefonierte ihm ein Vertrauensmann, über eine spartakistische Versammlung in den Germania-Sälen, in der wilde Drohungen gegen die Regierung ausgestoßen wurden.

Erhebliche Massen hatten sich in Bewegung gesetzt, der Reichskanzlei zu. Da sich die Herren aus dem Auswärtigen Amt besonders ungeschickt benommen und vorher den Vollzugsrat verhaftet hatten, machte das Gelingen des Unternehmens nicht nur fraglich, sondern die Ablehnung Eberts selbstverständlich. Aber was in dieser abenteuerlichen Abendstunde geschah, ist nicht die Hauptsache, wichtiger ist vielmehr die Behauptung der Herren vom Auswärtigen Amt, dass sie

im Einverständnis mit Ebert gehandelt hätten. Eine wirkliche Aufklärung ist nie erfolgt. Es soll jedoch hier festgestellt werden, daß Freiherr Rochus von Rheinbaben bis auf den heutigen Tag behauptet, das Unternehmen sei im Einverständnis mit Ebert eingeleitet worden. Ebert habe zur peinlichen Überraschung der Beteiligten, die ihre Existenz und ihr Leben aufs Spiel gesetzt hätten, im entscheidenden Augenblick versagt, wahrscheinlich deshalb, weil er kurz vor dem Aufmarsch des Haufens „die Nachricht von Unruhen im Berliner Norden erhalten habe.“ Am Tage vor dem Unternehmen seien ihm, dem Freiherrn von Rheinbaben, von Erzberger hunderttausend Mark übergeben worden. Er habe die Summe an die ihm genau bezeichnete Stelle weitergegeben.

Es ist bisher alles geschehen, was menschenmöglich und vielleicht gerade noch zu verantworten war, um jede Belastung der Partei durch Ebert fernzuhalten. Nachdem die Partei jedoch vollkommen zerschlagen ist, und zwar unserer Überzeugung nach nicht zuletzt infolge der unglückseligen Politik Eberts, der die SPD in der stärksten Weise beeinflußt und terrorisierte, hat es gar keinen Zweck mehr, immer noch zurückzuhalten. Für den ernsthaften Forscher liegt ganz klar zu Tage, wie eine große und starke Partei durch ellenbogenstarke Männer mit ungeheurem Einfluß -trotz aller Demokratie!- mit großem Ehrgeiz, kleinem politischen Horizont und keinem historischen Sinn, zugrunde gerichtet werden kann. [Hg.: Ein sehr pointiertes Urteil aus der Rückschau]

In einer Sitzung der Volksbeauftragten betonte Landsberg beiläufig die große Wichtigkeit der Reichsreform, unser Ziel müsse der Einheitsstaat sein. Ebert war über die Anregung nicht erbaut und wußte die Besprechung zu vertagen. Als wir zu dritt allein waren, sagte er uns: „als Preusse verstehe er das nicht, als Süddeutscher sehe ich, daß das ganz unmöglich ist.“ Die zweifellos enormen Schwierigkeiten einer Reichsreform waren ihm zweifellos aus Zentrumskreisen heraus in zehnfacher Vergrößerung gezeigt worden. Daß Ebert theoretisch und grundsätzlich gegen die Kleinstaaterie war, soll ausdrücklich betont werden, am deutlichsten trat das vielleicht in der Reichskonferenz vom 25. November 1918 zutage. Um ein weiteres vorwegzunehmen: Ebert hat

jahrelang geglaubt, daß die Reichswehr treu zu ihm stehe, er spürte nicht, daß er während seiner ganzen Präsidentenzeit der Gefangene der Reichswehr gewesen ist. War das eine unverständliche Kurzsichtigkeit, so muss andererseits festgestellt werden, daß er mit der größten Rücksichtslosigkeit intimste Freunde preisgab, wenn er der Meinung war, daß das im allgemeinen Interesse gelegen sei. Oft war sein Verhalten freilich kaum als Kurzsichtigkeit zu bezeichnen, mitunter war es sehr häßlich. Seine ersten Sekretäre respektive Unterstaatssekretäre waren Heinrich Schulz, Krüger und Baake. Jeden dieser drei hat er terrorisiert, obwohl jeder einzelne als begeisterter Sozialdemokrat bemüht war, sein Bestes zu tun. Baake kam wiederholt, zur Zeit der Volksbeauftragten wie auch später in Weimar, in größter Aufregung zu dem Verfasser, um ihn zu bitten, für eine andere Behandlung zu sorgen. „Mach' mich frei von Ebert, dessen Launen sind nicht mehr zu ertragen.“ Baake ließ sich im Interesse der Partei immer wieder beruhigen. Geht's uns etwa anders?“ - Ebert war bereit, Otto Wels, der ihm wahrhaftig sehr ergeben und anhänglich war, glatt zu opfern, als dieser, kaum dem Tod entronnen, am 24. Dezember 1918 den sich wie irrsinnig gebärenden Matrosen endlich entrissen war. „Was fangen wir mit Otto an?“ - „Ja was fangen wir mit ihm an – er ist erledigt, das wird er selbst einsehen. In die Kommendantur kann er unter keinen Umständen zurück. Er ist für uns nicht mehr zu verwenden.“ - „Was willst du damit sagen?“ - „Wie die Situation ist, kann er doch für die Kommendantur oder ein anderes Amt nicht in Betracht kommen!“ - Ich verstehe Dich wahrhaftig nicht! Weil Irre ihn morden wollen... - „Wir könnten ihn vielleicht mitnehmen, um ihn weiteren Gefahren nicht auszusetzen.“ - „Was redest Du da, was soll das heissen? Ich versteh Dich nicht!“ - „Ich habe durch Baake einen Zug bereitstellen lassen, der uns heute Nacht nach auswärts bringen soll. Wir können hier nicht bleiben.“

Im Bunde mit Landsberg gelang es dann, Ebert von seinem Reiseplan abzubringen. Es war dies nicht das erste und letzte Mal, daß der den Sitz der Regierung verlegen wollte. Bis auf den Entschluss, die Nationalversammlung nach Weimar zu berufen, ist es stets gelungen, den Umzug zu verhüten. Die Fluchtpläne Eberts gehörten mit zu den peinlichsten Erlebnissen der sozialdemokratischen Volksbeauftragten. Seine Versuche, die Bestellung von Extrazügen auf die Initiative von

Baake zurückzuführen, hat niemand von uns geglaubt, Baake hat sie selbstverständlich bestritten. Ebenso hat er es als lächerlich bezeichnet, wenn ihm das sogenannte „Leitersystem“ in der Reichskanzlei angekreidet werden sollte. Von diesem System erfuhren wir anderen rein zufällig und zwar nach vielen Jahren. Ebert, der sofort nach seiner „Ernennung zum Reichskanzler“ in das Kanzlerhaus einzog, hatte dort eine Anzahl Leitern anbringen lassen, die für den Notfall eine Flucht über die Dächer ermöglichen sollten. Angesichts der damaligen Zustände waren die Vorsichtsmaßnahmen vielleicht angebracht, leider wurden sie den anderen Bewohnern des Hauses verschwiegen.

Je intimer das Verhältnis Erzbergers zu Ebert geworden war, um so gespannter wurde das Verhältnis der beiden zum Verfasser. Einer größeren Tafelwunde im Hause des Reichspräsidenten – es fand ein sogenannter parlamentarischer Abend statt – erzählte Baake, nachdem er heiter und ernste Erlebnisse aus der Volksbeauftragtenzeit ausgepackt hatte, plötzlich nebenbei: „Übrigens habe ich niemals einen Parteigenossen kennengelernt, der einen anderen so gehaßt hat, wie Ebert den Philipp.“ Die meisten Zuhörer waren überrascht, alle sahen den Verfasser fragend an, der aber erhob sich mit den Worten: „Ich besuche inzwischen einen anderen Tisch, vielleicht erzählt Kurt mehr, wenn ich nicht dabei sitze.“ Das hat er dann auch getan, während der Andere an einem benachbarten Tisch sich mit dem alten Hindenburg über die Erlebnisse vom Ende des Jahres 1918 unterhielt.

Ein Hamburger Kaufmann, der schon bei der Kaiserlichen Regierung ein- und ausgegangen war, von dem wir wußten, daß er unserer Bewegung wohlgesinnt sei, kam eines Tages zu Besuch: „Es wird gegen Sie intrigiert.“ Auf die Frage, ob er bisher angenommen habe, daß in dem Hause Wilhelmstraße 77 schon einmal ein Mann amtiert habe, gegen den nicht intrigiert worden sei, antwortete er: „Sie müssen die Sache sehr ernst nehmen. Krüger hat mir erzählt: Scheidemann werden wir los, sobald es zur Entscheidung über die Friedensfrage kommt. Der unterzeichnet wirklich nicht.“ Als dem Hamburger darauf gesagt wurde, es sei gar nichts Intrigantes, entspreche vielmehr den Tatsachen, antwortete er:

„Geben Sie sich keiner Täuschung hin. Um ganz offen zu sein: Sie sind nicht gefügig genug.“

Gegen wen hätten die Volksbeauftragten eigentlich energischer sein sollen? Gegen die Reaktion, also gegen die Männer von rechts? Die waren doch spurlos verschwunden! Was man unter irgend einer Reaktion hätte verstehen können, existierte gar nicht – nirgends. Die Offiziere, Beamten und Angestellten aller Art flossen über vor Loyalität, sie gaben jede gewünschte Versicherung ab und hätten jeden Eid geleistet, genau so, wie sie fünf Jahre früher ihrem Kaiser, fünfzehn Jahre später Adolf Hitler ewige Treue geschworen haben. Hätten Sie energischer sein sollen, gegen links? Die Volksbeauftragten hielten die bolschewistischen Elemente im Zaum und vereitelten alle russischen Experimente, Deutschland ist vom Bolschewismus verschont geblieben, weil die Sozialisten ihn 1918 ferngehalten haben. Das sei auch gegenüber denen festgestellt, die das jetzt für einen Fehler ansehen und aus taktischen Gründen nicht wünschen, daß man daran erinnert. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Anhänger Liebkechts mit großen und kleinen Maschinengewehren, mit Minenwerfern, selbst mit Kanonen, die sie auf gepanzerten Automobilen mitführten, bewaffnet waren. Hinter der Regierung stand irgendwelche bewaffnete Macht zunächst überhaupt nicht. Die Volksbeauftragten täuschten den Anhängern Liebkechts eine militärische Macht vor, die sie gar nicht hatten. Die Volksbeauftragten waren jedoch entschlossen, unter keinen Umständen das Feld zu räumen, weil das die Auslieferung Deutschlands an den Bolschewismus bedeutete.

Was die Nazi über November-Verbrecher sagen, ist erlogen. Wäre auch nur der hundertste Teil der Hitlerschen Behauptungen richtig, so wäre Deutschland 1918 bolschewistisch geworden. Und der von der Vorsehung angeblich auserwählte Herr Hitler könnte heute noch Ziegelsteine tragen oder Wohnküchen anstreichen, nebenbei gesagt, eine durchaus nützliche und ehrenhafte Arbeit.

Heilfroh mußten die Volksbeauftragten unter den obwaltenden Umständen sein, als sie die Nationalversammlung zustande gebracht und

damit einer gesetzmäßig gewählten Volksvertretung die Verantwortung für jede Neugestaltung übertragen konnten.

In dieser Nationalversammlung hätten die Sozialdemokraten eine Mehrheit nicht einmal mit den Unabhängigen bilden können. Leider hatten diese sich schon während der Regierungszeit mit der SPD von dieser wieder getrennt und den Kampf gegen sie mit aller Wucht aufgenommen. Die Situation war also für die in der Regierung verbliebenen Sozialdemokraten schwierig genug. Die Kommunisten hatten erklärt, daß sie sich an den Wahlen nicht nur nicht beteiligen, sondern sie gewaltsam zu verhindern wissen würden. Ohne diese Bruderkämpfe hätten die deutschen im Jahre 1918 in der Nationalversammlung eine Mehrheit erlangt und dann die Geschicke Deutschlands bestimmen können. Statt dessen siegten die bürgerlichen Parteien und die SPD war gezwungen, mit dem Zentrum und den Demokraten eine Koalitionsregierung zu bilden, wenn die Arbeiter nicht vollkommen beiseite geschoben werden sollten.

Spätere Historiker werden aus den verschiedenen Erinnerungsbüchern, die nach dem Kriege erschienen sind, gewiss interessante Feststellungen machen. So wie kein Forscher an dem Bande des Prinzen Max von Baden achtlos vorübergehen kann, so wird auch ein Buch des Professors Dr. Viktor Bredt Beachtung finden müssen. Im Auftrage eines der Untersuchungsausschüsse, die der Deutsche Reichstag eingesetzt hatte, erstattete Bredt einen ausführlichen Bericht über das Verhalten des Reichstages im Weltkrieg. In diesem Bericht kommt die SPD nicht nur am besten weg, sie wird direkt als vorbildlich gefeiert wegen der geraden Linie, die sie während der ganzen Kriegsdauer innegehalten hat. Bedenkt man, dass der Autor ein entschiedener Gegner der SPD gewesen ist, so wird man seine Feststellungen umso höher einschätzen müssen. Seine und des Prinzen Max Anschauungen über das Verhalten des Verfassers gehen sehr weit auseinander. Bredt sah in ihm nicht nur den Sozialisten, sondern auch „den Mann, der aus ehrlichem Patriotismus handelte;“ der Prinz sah immer nur den Revoluzzer „mit dem schwer zu zügelnden Temperament“. Es ist wahr, dass gerade in jener Zeit das verschiedenartige Verhalten der beiden Vorsitzenden der SPD zu

allerlei Vergleichen herausfordern mußte. Ebert sah in der Partei auch damals immer noch die wohldisziplinierte Organisation, der man nur gut zuzureden brauche, um sie für bestimmte Zwecke zu gewinnen; demgegenüber war doch nicht zu verkennen, daß die Volksseele längst kochte. In den „Memoiren“ heißt es einmal: „Ja, wahrhaftig, es ist mir manchmal schwer genug gefallen, mein Temperament zu zügeln. Es zuckte mir schon wochenlang in den Fingerspitzen; ich verspürte das konvulsivische Zucken des Volkskörpers und glaubte deutlich vor mir zu sehen, was dann auch gekommen ist. Wie gerne hätte ich dem Prinzen und seinen Freunden mein Mandat als Staatssekretär vor die Füße geworfen und ihnen ins Gesicht geschrien: Was bildet Ihr Euch eigentlich ein! Ihr wollt gegen den Strom, der seit Jahren gepeinigten, Tag für Tag belogenen und betrogenen Millionen schwimmen? Ihr gegen den Strom, der zusehends reissender wird? Ihr, ausgerechnet Ihr, die Ihr nicht einmal das bisschen Courage aufbringen konntet, dem Kaiser zu sagen, daß er endlich gehen soll? Was wollt ihr überhaupt noch hier, Ihr Träumer, Zauderer und Phantasten – schert Euch zum Teufel!“

Wir haben zweierlei festgestellt: erstens, dass das Gerede von den besoldeten Landsverrätern und Novemberverbrechern verächtliche Verleumdung ist; zweitens, dass unter den Führern der SPD sogar in der kritischsten Zeit erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestanden haben. Wer sich einbildet, daß diese Differenzen in bürgerlichen Kreisen unbemerkt geblieben sind, irrt ebenso, wie alle die, die der Meinung sind, daß man der deutschen Arbeiterschaft die Kenntnis tatsächlicher Vorgänge aus jener revolutionären Zeit auf die Dauer vorenthalten könnte. Nachdem die Schriften des Prinzen Max von Baden, des Pfarrers Felden und des Generals Gröner mit ihren Aufsehen erregenden Mitteilungen erschienen waren, mußte der Herausgeber der „Memoiren“ selbstverständlich auf mancherlei eingehen, gleichviel, was für Folgen ein solches Majestätsverbrechen für ihn selbst haben könnte. Wenn wirkliche Klarheit geschaffen werden soll über die Frage, ob die Leitung der SPD nicht selbst diese oder jene Unterlassungssünde gegenüber der Reaktion auf dem Kerbholze hat, dann muß zurückgegriffen werden auf die Zeit, von der mit Recht gesagt werden darf, daß man das Eisen hätten schmieden müssen, solange es heiss war. Mit anderen Worten: die

Republik hätte felsenfest ausgebaut werden müsse, solange das noch zugänglich war, nämlich zur Zeit des ersten Reichspräsidenten. In den ersten sieben Jahren der Republik wäre viel durchzusetzen gewesen, das später nicht mehr erreicht werden konnte. Die Republik hat unendlich viel versäumt und gerade in den kritischen Kinderjahren wurden Konzessionen der bedenklichsten Art gemacht.

Wir haben weiter oben auf den Seiten [26] bis [27] einen sehr eigenartigen Passus aus dem revolutionären Aufruf des Parteivorstandes besprochen. In dem Aufruf war der Vorwurf erhoben worden, daß es ein historischer Fehler der intakten SPD gewesen sei, 1918 die Staatsmacht mit dem gesamten alten Apparat zu übernehmen. Nachdem wir jetzt geschildert haben, wie die Regierung der Volksbeauftragten unter den schlimmsten Umständen zustande gekommen ist, soll nunmehr an einem Beispiel gezeigt werden, wie die Volksbeauftragten von der Entente an die Kette gelegt waren, wie wenig sie schon acht Tage nach ihrer „Machtübernahme“ in der Lage waren, den alten Apparat der Bürokratie auszuräumen. Allerdings, wäre die Arbeiterschaft einig gewesen, dann hätte nicht nur im Innern unendlich viel durchgesetzt, sondern auch die Entente hätte gezwungen werden können, sich anders zu verhalten.

Die gegen die Regierung der Volksbeauftragten von russischer Seite bewaffneten und reichlich mit Geld versorgten Spartakisten wurden geführt von Karl Liebknecht und Georg Ledebour. Jeden Tag wurden sie von neuem zu kühnen Taten angefeuert. Nicht nur durch zahlreiche Funksprüche. Am 9. November war der alte Staat zusammengebrochen und die Republik ausgerufen worden. Am 10. November beschloß eine Massenversammlung, die sich aus Arbeitern und – hauptsächlich – Soldaten zusammensetzte, daß die Regierung zusammengesetzt werden müsse aus drei Sozialdemokraten und drei Unabhängigen. Den gegen die SPD tobenden Karl Liebknecht hatte die Versammlung des unaufhörlichen Schimpfens überdrüssig, schließlich niedergeschrien. Wen die Parteien delegieren wollten, sollte ihnen überlassen bleiben. Am 11. November gelang es, nach längeren Bemühungen seitens der SPD, die Unabhängigen zu einer Entscheidung zu bringen. Sie machten sich von Liebknecht frei und bestimmten zu ihren Regierungsmitgliedern Hugo

Haase, Wilhelm Dittmann und Barth. Am 12. November wurde bereits die erste große Regierungskundgebung herausgebracht. Was in diesen Tagen sich auf den Berliner Straßen abgespielt hat, haben wir bereits knapp skizziert, was hinter den Kulissen spielte, blieb der Allgemeinheit vielfach unbekannt, damit nicht noch Oel ins Feuer gegossen wurde. Hier soll wieder an eine Episode erinnert werden, die mit aller Deutlichkeit zeigte, was das Gerede von den damaligen „Macht“ der angeblich „intakten“ SPD in Wirklichkeit bedeutete und daß auch die Anklagen wegen der versäumten Sozialisierung und der nicht durchgeführten Agrarreform Beschuldigungen sind, die nicht aufrecht erhalten werden können.

Am 18. November, also genau eine Woche nach der Übernahme des bankrotten Staates durch die Sozialdemokraten und Unabhängigen erstattete der unabhängige Volksbeauftragte Haase in Gegenwart des ebenfalls unabhängigen Genossen Karl Kautsky, des Staatssekretärs Dr. Solf und seines Ministerialdirektors Nadolny, des späteren Staatssekretärs Eberts und nachmaligen Botschafters, einen ausführlichen Bericht über die Quertreibereien der russischen Regierung. Diese verlangte für Deutschland den Bolschewismus unter Leitung Karl Liebknechts. In einer Besprechung sagte Haase, der das Auswärtige Amt als Volksbeauftragter kontrollierte (Kautsky war gleichfalls dem Auswärtigen Amt von den Volksbeauftragten beigegeben) folgendes: Alle Mitteilungen der auswärtigen Vertreter Deutschlands gehen dahin, „daß die Entente bereit ist, Deutschland unter der gegenwärtigen Regierung (mit den alten Ministern und Staatssekretären!!!) entgegenkommende Friedensbedingungen und Lebensmittellieferungen zu gewähren. Aber nur solange, als der Bolschewismus nicht in Deutschland aufkomme. Es sei daher notwendig, sich gegen die russische Propaganda zu wehren!“

Das Ende des Haase'schen Berichts war sein Vorschlag, sofort ein Protesttelegramm abzusenden, durch das die Regierung sich jede Einmischung der russischen Regierungsfunksprüche entschieden verbittet. Diese Einmischung Russlands, so fügte er hinzu, „bedeute eine schwere Schädigung des deutschen Volkes“. In dem Telegramm wurde ausdrücklich Bezug genommen auf die Zustimmung des Vollzugsrates, in dem Georg Ledebour eine große Rolle spielte. Ganz kategorisch wurde

von der russischen Regierung verlangt, sich aller Einwirkungen auf die deutsche Bevölkerung zu enthalten. Das Telegramm ist natürlich als offizielle Note in der großen Aktensammlung des Auswärtigen Amtes veröffentlicht worden; es trägt die Unterschriften von Karl Kautsky und dem ehemaligen Kaiserlichen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf!

Man vergleiche die Situation, in der sich damals die Volksbeauftragten befanden, mit der Situation, in der die Nationalversammlung über Annahme oder Ablehnung des Versailler Diktats entscheiden sollte. Und dann lese man noch einmal die schwere Beschuldigung der „Deutschen Freiheit“.

Alle Behauptungen, daß die SPD 1918 intakt gewesen sei, zerschellen an den unerschütterlichen Tatsachen. Die Bemühungen gar, den Mitgliedern der SPD historische Fehler oder viel Schlimmeres durch Versäumnisse (Uebernahme des alten Staatsapparat) aufbürden zu wollen, im Gegensatz zu den Unabhängigen, die die revolutionären Stürmer und Dränger gewesen seien, sind von vornherein als vollkommen aussichtslos zu erkennen. Man braucht nur die weiter oben geschilderten Vorschläge des Unabhängigen Haase und das Telegramm mit der Unterschrift des Unabhängigen Kautsky zu lesen. Die Unabhängigen, von denen ein Bruchteil, nahezu alle Führer und Unterführer, die Redakteure und Sekretäre im Jahre 1922 wieder zur SPD zurückkehrten, während der große Haufen Kommunisten ging, waren 1918 noch zu sehr von der Demagogie der Straße beeinflusst, nur dadurch unterschieden sie sich von den Mitgliedern der SPD. Wäre es anders gewesen, so hätte Haase, dieser hochgebildete Mann, niemals sich damit einverstanden erklärt, daß man ihm seinen Genossen Emil Barth als Volksbeauftragten beigesellte.

Wie lange die Spaltung der SPD nachgewirkt hat und wie lange infolgedessen die „intakte“ Organisation geschwächt war, soll an einem drastischen Beispiel gezeigt werden. Die Spaltung war im Jahre 1916 erfolgt, die Wiedervereinigung fand 1922 statt. Von da ab wurde der Parteivorstand „paritätisch“ zusammengesetzt. Die Wirkung zeigte sich nach außen hin nicht in allen Fällen, obwohl sie vielfach sehr schlimm

war. Nachdem Ebert 1925 gestorben war und ein Nachfolger als Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten bestimmt werden musste, war der Parteivorstand dazu nicht in der Lage. In einer gemeinsamen Sitzung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses mußte der Parteivorstand bekanntgeben, daß er sich auf einen Kandidaten nicht habe einigen können, er vermöge einen Vorschlag also nicht zu machen. Die Versammelten mußten also entscheiden, ohne Vorschläge ihrer „Führung“. Das ist ein Beispiel für viele andere. Wenn nach den mit „großer unsühnbarer Schuld belasteten Verantwortlichen“ von 1918 ernsthaft geforscht werden sollte, dann dürfte mancher gutgläubiger Genosse sein blaues Wunder erleben.

Kehren wir zu der schweren Aufgabe der Volksbeauftragten zurück. Ihre erste Konzession an die Bolschewisten, und wäre sie noch so bescheiden ausgefallen, wäre auch die letzte Stunde der sozialistischen Volksregierung gewesen. Darin waren sich Ebert und Haase, Kautsky und Landsberg, Dr. Solf und Barth vollkommen einig. Aber abgesehen von dem äußeren Druck, den die Entente ausübte, - der Obrigkeitsstaat war restlos zusammengebrochen, von seiner stärksten Stütze, dem Heer, waren kaum mehr Trümmer zurückgeblieben. Die obwaltenden Verhältnisse, insbesondere die Waffenstillstandsbedingungen und der drohende Friedensvertrag, zogen natürlich der Umwandlung der bisherigen Einrichtungen auch sehr eng abgemessene Grenzen. Es war gar nicht möglich, eine Maschine in aller Ruhe abzumontieren und neu aufzubauen, die keinen Augenblick stillstehen durfte, die im Gegenteil durch alle die Leistungen aus dem verlorenen Krieg erst recht mit Hochdruck arbeiten mußte.

Wir haben hier ein etwas schnelleres Tempo einschlagen müssen und sind über viele Geschehnisse, Zwischenfälle und Arbeiten hinweggeeilt, um den Faden nicht zu zerreißen, der uns ein guter Führer zu sein schien durch das Labyrinth der bösen Wochen, während denen die Volksbeauftragten standhielten. Es soll jedoch noch die erste gemeinsame Arbeit der sechs Volksbeauftragten vom 12. November nachgetragen werden, weil sie den Unterschied klar zeigt zwischen der Arbeit der Sozialdemokraten in grauenvoller Notzeit nach einem grässlichen krieg

und der nationalsozialistischen Hitlerarbeit in einer Zeit des Ueberflusses an allen Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen jeder Art im tiefsten Frieden.

6. Der große Unterschied

Was haben die „Novemberverbrecher“ getan, als sie die „Macht“ übernahmen, und was hat Adolf Hitler getan, nachdem er zur Macht gelangt war?

„Die Novemberverbrecher“

verkündeten schon am 12. November einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem mit Gesetzeskraft angeordnet wurde:

1. Die Aufhebung des Belagerungszustandes.
2. Vereine und Versammlungen unterliegen keinerlei Beschränkung. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird allen gegeben, auch Beamten und Staatsarbeitern.
3. Jede Zensur wird beseitigt.
4. Jede Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Vollkommene Freiheit der Religionsausübung.
6. Amnestie für alle politischen Strafsachen.
7. Der sogenannte militärische Hilfsdienst wird aufgehoben.
8. Alle Gesindeordnungen werden beseitigt.
9. Alle im Kriege aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden wieder eingeführt.
10. Spätestens vom 1. Januar 1919 tritt der Achtstudentag in Kraft.
11. Die Erwerbslosenversicherung wird vorbereitet.

12. Die Wohnungsnot wird sofort energisch bekämpft.
13. Die Freiheit und Sicherheit der Person sowie des Eigentums wird gewährleistet.
14. Das Wahlrecht wird für Männer und Frauen eingeführt und zwar vom vollendeten 20. Lebensjahre ab.

Adolf Hitler

praktizierte sofort, was folgt:

1. Das ganze Reich kommt unter Belagerungszustand.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird aufgehoben.
3. Alle Parteien außer der NSDAP werden verboten.
4. Den Gewerkschaften werden die Häuser und Kassen geraubt, dann werden sie unter die Fuchtel von Nazibonzen gestellt.
5. Zensuriert wird alles; die Nazi-Theater müssen den Nazischund spielen. Alle Schauspieler und sonstige Künstler, Schriftsteller und Redakteure, soweit sie nicht arische Hakenkreuzler sind, werden sofort aus ihren Stellungen entfernt.
6. Jedwede Meinungsäußerung außerhalb des nationalsozialistischen „Gedankengutes“ ist verboten.
7. Jeder wird zwangsweise einer Kirchengemeinschaft zugeführt.
8. Juden werden unter Ausnahmerecht gestellt.
9. Hakenkreuzler können straflos tun, was ihnen beliebt; für alle anderen gibt es Gefängnis, Konzentrationslager, Zuchthaus. Todesstrafe (Galgen, Beil, Erschießen).
10. Militärische Uebungen müssen alle leisten, die Prüfungen abzulegen haben, also die Juristen und Theologen. Dieser Hilfsdienst besteht in Wehr- und Geländesportübungen.

11. Jeder ist verpflichtet, Arbeitsdienst in einem Arbeitslager zu leisten.

12. Marxistische und jüdische Arbeiter und Angestellte werden fristlos entlassen, um Hakenkreuzlern Platz zu machen.

13. Die Regierung wird alles tun, um für die Großgrundbesitzer billige Arbeitskräfte zu schaffen.

14. Auf Unterstützung hat niemand Anspruch; jeder ist verpflichtet, jede ihm zu jedem Hungerlohn zugewiesene Arbeit zu übernehmen.

15. In den Konzentrationslagern können Zehntausende untergebracht werden. Eine Wohnungsnot gibt es dann für diese nicht mehr.

Zur Kennzeichnung der Bestialität, die seit der Herrschaft Hitlers in Deutschland heimisch ist, soll hier ein Befehl des Ministers und Stabschefs Röhm angeführt werden:

Der Oberste SA-Führer.

Ch.Nr. XXXX/33.
31.7.1933

München, am

Betreff: Disziplin.

Verteiler I/III

Die Unterschrift lautet: „Der Chef des Stabes: gez.Röhm.“

Aus dem Dokument geben wir die paar ersten Zeilen wieder:

„Ich bin bereit, in jeder Richtung die Rechte der SA als staatlich anerkannter Truppe der nationalsozialistischen Revolution zu sichern und zu wahren. Die bevorstehende Verordnung über die SA-Gerichtsbarkeit wird diesen Bestrebungen die gesetzliche Grundlage geben.“

Ich decke auch und verantworte gern jede Handlung von SA-Männern, die zwar den gesetzlichen Bestimmungen nicht entspricht, aber den ausschließlichen Interessen der SA. dient. Hierzu gehört z.B., daß als Sühne für den Mord an einem SA-Mann durch den zuständigen SA-Führer bis zu zwölf Angehörige der feindlichen Organisationen, von denen der Mord vorbereitet wurde, gerichtet werden dürfen. Dieses Gericht ordnet jedoch der Führer an; es wird kurz und soldatisch vollzogen...“

Kein Wort der Erläuterung ist zu diesem Dokument erforderlich. Die Nationalsozialisten tun das Gegenteil von allem, was 1918 die „Novemberverbrecher“ getan haben. Sichernten diese allen absolut gleiche Rechte, Eigentum, Freiheit und Leben, so behielten die Nazi alles Recht ausschließlich ihren eigenen Anhängern vor. Für Marxisten und Juden Konzentrationslager, Zuchthaus und Todesstrafe, für Nazi vollkommene Handlungsfreiheit. Die Einführung des Galgens war eine der ersten Kulturtaten Hitlers.

[Hg.: 7.] Die Ministerwahlen in der Fraktion

Den Szenen, die sich in der sozialdemokratischen Fraktion zu Weimar abspielten, bevor die Aufstellung der verschiedenen Kandidaturen erfolgt war, fehlte es nicht immer an herzerfrischem Humor. Was Ebert wollte, wissen wir bereits. Er selbst wollte Reichspräsident werden, den Verfasser hatte er zum Ministerpräsidenten zwar nicht gern, aber doch aus taktischen Gründen vorschlagen müssen. Dr. David sollte der Präsident der Nationalversammlung werden. Landsberg war allgemein für das Reichsjustizministerium ausersehen. Noske, Robert Schmidt und Wissel sollten Minister der Reichswehr, der Ernährung und der Wirtschaft werden. Trotz der sorgsamsten Vorbereitungen Eberts klappte die Regie überhaupt nicht. Ebert war gewöhnt, daß ihm gefällige und strebsame Freunde die Wünsche von den Augen ablesen, um sie zu erfüllen. Diesmal lasen manche, aber keiner getraute sich, in dem besonderen Fall der Erfüllung näherzutreten. Der Verfasser war boshaft genug, einem seiner Nachbarn zu sagen, daß Ebert heute selbst vortragen müsse, was er gern von irgendeinem anderen hören wollte. Als die Fraktion Vorschläge zu den Volksbeauftragten verlangte,

um die Wahlen vornehmen zu können, herrschte, während die wenigen Eingeweihten schmunzelten, eisiges Schweigen im Saal. Wo blieb der Genosse, der die Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten vorschlug? Niemand rührte sich, kein Mensch tat den Mund auf. Mancherlei über gewisse Meinungsverschiedenheiten war durchgesickert. Es fehlte, man mag die Sache drehen, wie man will, die Hauptperson, nämlich der Mann oder die Frau, die den Reichspräsidenten vorschlug. Verlegenheit über Verlegenheit, bis der Beschluß gefaßt wurde, daß der Fraktionsvorstand und die Volksbeauftragten gemeinsam tagen sollten, um sich über bestimmte Vorschläge zu einigen.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf: Auf die Frage Löbes, was für Vorschläge der Fraktion gemacht werden sollten, gab es auch hier zunächst eine Pause. Dann nahm Dr. David das Wort. „Wir wollen Ebert als Reichspräsidenten und Scheidemann als Ministerpräsidenten vorschlagen.“ Darauf E. Auer-München: „Der Vorschlag Davids überrascht mich; in der Fraktion...“ Ebert machte jede weitere Erörterung überflüssig, indem er sagte: „Ich bitte es bei dem Vorschlag Davids zu belassen; er entspricht einer in Berlin getroffenen Abmachung.“

1928 wurde in den „Memoiren“ [II, S. 357] die Rede Auers nach dem Worte „Fraktion“ abgebrochen. Tatsächlich hat Auer weiter gesagt: „... erwartet man allgemein die Wahl Scheidemanns, besonders seitdem man weiss, daß Ebert die Ausrufung der Republik sehr scharf missbilligt hat“. Der brave Erhard Auer hat diese Worte schwer büßen müßen, denn niemals wieder hat ihm ein erhebender Blick von ganz obenher gestrahlt. Vor der Drucklegung [meiner] „Memoiren“ ist Auer das Manuskript, das die geschilderte Szene schildert, mit der Bitte um gewissenhafte Prüfung zugeschickt worden, obwohl an der Richtigkeit der Aufzeichnungen nicht der geringste Zweifel bestand. Auer hat die Richtigkeit bestätigt. Es soll ausdrücklich festgestellt werden, daß Auer und Ebert absolut gut miteinander gestanden haben.

Es dürfte nicht ohne Interesse sein, Eberts Verhalten in jener Vorstandssitzung nach den Bemerkungen Auers kennenzulernen. Er machte, wie wir weiter oben gelesen haben, „jede weitere Erörterung

überflüssig“, indem er sagte: „Ich bitte es bei dem Vorschlag Davids zu belassen, er entspricht einer in Berlin getroffenen Abmachung“. Auf eine „Abmachung“ mit dem Verfasser konnte sich Ebert unmöglich berufen, denn in der Unterredung, die bereits geschildert wurde, waren die Gegensätze über die dem Reichspräsidenten einzuräumende Macht in sehr scharfer Weise aufeinandergestoßen. Ebert hat also vermutlich auch noch mit Dr. David gesprochen, der gewiß der bestimmten Meinung gewesen sein dürfte, daß Ebert mit seinem Reichskanzler-Kandidaten vollkommen einig gewesen sei. Irgendeine „Abmachung“ hatte Ebert mit keinem Menschen getroffen.

8. [Hg.:] Das Repräsentative am Reichspräsidentenamte

In Weimar lief organisatorisch alles ziemlich glatt. Wie und was dort praktiziert worden ist, kann hier nicht restlos geschildert werden. Das ist in zahlreichen Schriften und Dokumenten alles nachzulesen. Auf die Behandlung des Versailler Diktats sowie auch die Verfassungsfrage kommen wir zu sprechen. Am 6. Februar 1919 hielt Ebert als einer der beiden Vorsitzenden der Volksbeauftragten die Begrüßungsrede an die Nationalversammlung: Die bisherige Regierung der Volksbeauftragten verdanke ihr Mandat der Revolution. Sie gebe es nunmehr der Nationalversammlung ab. Das deutsche Volk sei frei, bleibe frei und regiere in aller Zukunft sich selbst - . Das klang alles sehr stolz, blieb aber leider nicht unauslöschlich im Gedächtnis aller Berufenen, besonders auch Eberts, sonst hätte vielerlei mit Energie angefasst werden müssen, ebensoviel hätte nicht geduldet werden dürfen. Die Rede war sicherlich gut, wengleich Dr. Stresemann sie als kleinliche Parteireden zu diskreditieren versuchte: „... es wachse nicht jeder Mensch mit seinen höheren Zwecken, auch Herr Ebert nicht“.

Es war leider nicht immer leicht, mit dem Reichspräsidenten auszukommen. Zu einer harten Auseinandersetzung kam es, als er dem Ministerpräsidenten einen Etat vorlegte, der weiter unten mit dem Zeitungsschreiben – beides nach dem Original – wiedergegeben werden soll. Es muß bei der Prüfung des Etats selbstverständlich der damalige

Stand der deutschen Reichsmacht, der wahrlich wenig erfreulich war berücksichtigt werden.

Der Reichspräsident.

J.No.14933

Weimar, den 26. Februar 1919

Ich bitte freundlichst, den Etat für den Reichspräsidenten feststellen zu wollen.

Die im Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt festgesetzte staatsrechtliche Stellung des Reichspräsidenten macht eine fortlaufende gute Information über den Gang der Reichsgeschäfte erforderlich, die nur durch Schaffung eines Präsidialkabinetts zu ermöglichen ist.

Erforderlich ist dazu zunächst:

1. Ein Kabinettschef mit einer Hilfskraft.
2. Eine Kanzlei und Registratur mit einem Kanzleichef und etwa 6 Kanzleihilfen.
3. Für die gesamte Verwaltung und Bewirtschaftung des Hauses des Präsidenten einschließlich der Rechnungsführung ein Generalsekretär mit einer Hilfskraft und Kanzleipersonal.
4. Ein Beigeordneter des Reichsministeriums des Auswärtigen mit einer Hilfskraft und ein Beigeordneter des Reichswehrministeriums.

Der Kabinettschef soll die Stellung eines Unterstaatssekretärs erhalten. Die Stelle mit Hilfskraft soll auf den Reichsetat übernommen werden; ebenso die Angestellten der Kanzlei. Der Kanzleichef müßte ein Mann meines Vertrauens und bei der Vielseitigkeit des Geschäftsganges besonders qualifiziert sein. Ich halte es deshalb für erforderlich, dass er im Range eines Ministerialdirektors steht.

Die Beamten unter Ziffer 3 sollen auf Privatvertrag angestellt und auf Kosten des Präsidenten geführt werden, während die unter 4 aufgeführten Beigeordneten bei den zuständigen Reichsministerien zu führen wären.

Zum Hause des Reichspräsidenten habe ich das Palais August Wilhelm, Wilhelmstraße 72 in Aussicht genommen. Der Mietpreis ist noch nicht festgesetzt. Den Mietpreis, die Kosten der Instandsetzung und Einrichtung des Hauses empfehle ich auf den Reichsetat zu übernehmen.

Zu regeln sind außerdem die Bezüge des Reichspräsidenten.

Ich bitte um Erledigung.

Der Reichspräsident.

gez. Ebert.

An den

Herrn Reichsministerpräsidenten

<u>Titel</u>	<u>Gegenstand</u>	<u>M</u>
	<u>A. Fortdauernde Ausgaben.</u>	
	<u>Reichspräsident</u>	1.20
	Der Reichspräsident hat Anspruch auf freie Dienstwohnung mit Geräteausstattung.	0.000
	<u>Kabinett des Reichspräsidenten</u>	25.0
I		00
	Chef des Kabinetts des Reichspräsidenten Wohngeldzuschuss mindestens 10.000M bei Nachweis höheren Aufwandes bis 20.000M. Der Chef hat Anspruch auf Dienstwohnung mit Geräteausstattung. Geräteausstattung ist auch zu gewähren bei Nichtstellung einer Dienstwohnung.	
	1 Ministerialdirektor, Gehalt	14-
II		17.000
	Wohngeldzuschuss I des Tarifes	
	1 Bureaudirektor, 9.000M Gehalt und 1500M pensionsfähige Dienstzulage	10.5
V		00
	3 Kabinettssekretäre je 4200 bis 7800M Gehalt	23.4
	Wohngeldzuschuss III des Tarifes	00
	2 geheime Kanzleisekretäre, je 2200-4400M Gehalt	8.80
I		0
	Wohngeldzuschuss V des Tarifes	

	1 Botenmeister, der zugleich Hausinspektor ist und	10.6
II	4 Geheime Kanzleidiener je 1400-2000M Gehalt, außerdem 600M pensionsfähige Dienstzulage für den Botenmeister	00

Wohngeldzuschuss VI des Tarifes

III	Wohngeldzuschüsse für die Beamten unter III bis IV	11.3 00
-----	--	------------

Andere persönliche Ausgaben.

X	Für beamtete und nichtbeamtete Hilfskräfte im Bureau-, Kanzlei- und Telephondienst (einschl. Sonntagszulagen an die Unterbeamten)	24.0 00
---	---	------------

	Außerordentliche Vergütungen und Unterstützungen	6.00 0
--	--	-----------

Die Mittel sind übertragbar

Sächliche und vermischte Ausgaben

I	Geschäftsbedürfnisse, Reise- und Umzugsgebühren, sowie vermischte Ausgaben, auch die Miete für die Dienstwohnung, des Chefs des Kabinetts des Reichspräsidenten, schließlich für die Beschäftigung und Instandhaltung von Dienstanzügen für Unterbeamte.	60.0 00
---	--	------------

II	Miete für die Geschäfts- und Wohnräume des Reichspräsidenten	100. 000
----	--	-------------

III	Unterhaltung der Dienstwohnung des Reichspräsidenten und des dazugehörigen Gartens.	40.0 00
-----	---	------------

Der Fonds ist übertragbar

IV	Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände in den Dienstwohnungen des Reichspräsidenten und Chef des Kabinetts	18.0 00
----	--	------------

Die Mittel sind übertragbar

V	<u>B. Einmalige und außerordentliche Ausgaben.</u> Aufwendung für die erstmalige Einrichtung der amtlichen Räume des Kabinetts des Reichspräsidenten, seiner Dienstwohnung einschließlich der Repräsentationsräume, ferner Aufwendungen für die gesamten erstmaligen Betriebseinrichtungen, die für den Reichspräsidenten und das Reichskabinett erforderlich werden	800. 000
---	--	-------------

Der Ministerpräsident gab diesen Etat dem Reichspräsidenten zurück mit dem Bemerken, daß er – ganz abgesehen von seiner persönlichen Einstellung – weder von der sozialdemokratischen Fraktion, noch dem Kabinett Kenntnis davon geben könne. Es erscheine ihm unmöglich, in dieser Zeit schwerer Not der Nationalversammlung einen Apparat, wie ihn der Reichspräsident für sich beanspruche, zur Annahme zu empfehlen. Das würde eine Debatte geben, in der die Regierung seitens der Oppositionsparteien von links und rechts furchtbar zerzaust werden würde. Man werde kleiner beginnen müssen. Es sei abzuwarten, wie die Aufgaben des Reichspräsidenten sich gestalten würden, je nachdem müsse dann der Apparat eingerichtet werden. So wie der Entwurf zugreife, könne man nicht von vornherein beginnen. - Der Reichspräsident war mehr als ungehalten, er suchte zunächst die Anforderungen zu rechtfertigen, gab aber schließlich in erheblichem Zorn den ganzen Entwurf preis, indem er ihm seinen Unterstaatssekretär Baake zuschrieb. Da Baake in einer vertraulichen Vorbesprechung unter vier Augen die Verantwortung für den Etatentwurf aber nachdrücklichst abgelehnt und

auf das Auswärtige Amt sowie die Unterschrift Eberts hingewiesen hatte, konnte der Ministerpräsident den Reichspräsidenten auf die Unterschrift aufmerksam machen. Nun kam der ganz große Zorn über Ebert: Er warf den Entwurf auf den Tisch und schrie: „Mach damit, was du willst, ich ziehe meine Unterschrift zurück!“ - „Gut, ich werde mir den Entwurf zur Erinnerung mitnehmen und Du wirst einen neuen ausarbeiten lassen“. -

Später wurde dem Verfasser bekannt, daß tatsächlich einige Herren des Auswärtigen Amts, die den Reichspräsidenten ihrer Karriere wegen fleissig belagerten, ihm mit Unterstützung einiger Zentrumsherrn bewiesen hatten, was er für das neue Amt mindestens fordern müsse. Die Bedeutung eines selbstständigen Ministerpräsidenten – später erst wurde durch die Verfassung der „Reichskanzler“ wieder eingeführt, - war dem Reichspräsidenten in der peinlichen Unterredung wohl klar geworden. Das persönliche Verhältnis zwischen den beiden Männern hatte sich leider nicht gebessert.

Die erste republikanische Regierung, die „Weimarer Koalition“, wurde von dem Verfasser als Ministerpräsident geführt. Sie flog auf, als die Entscheidung über das Versailler Diktat fiel. Die SPD hatte gegen das Diktat in tausenden Volksversammlungen gekämpft, weil sie der Meinung war, daß wesentliche Erleichterungen durch Verhandlungen durchgesetzt werden könnten. Die Unabhängigen kämpften für das Diktat, weil sie die Fortsetzung des sinnlosen Krieges befürchteten, wenn das Diktat nicht sofort mit Haut und Haaren geschluckt werde. Damit war der Front gegen Versailles das Rückgrat gebrochen. Erzberger zog aus dem Verhalten der Unabhängigen Folgerungen, die wir für falsch hielten und bekämpften; es gelang ihm jedoch, David und Ebert umzustimmen, sodaß er die Entscheidung der Fraktionen des Zentrums, der SPD und der USPD für die Zustimmung erhielt.

[Hg.: 9.] Der Kampf um das Versailler Diktat

Ebert, Graf Brockdorff-Rantzau, Landsberg und der Verfasser waren vollkommen einig, daß das Versailler Diktat abgelehnt werden müsse. Der gleichen Ansicht waren außer den Rechtsparteien auch die

Demokraten. Als alter Diplomat hatte der Graf Brockdorff-Rantzau wohl mancherlei böse Erfahrungen sammeln können, deshalb traute er den gemachten Versprechungen nicht unbedingt. Von vielen Begegnungen in Kopenhagen her waren der Graf und der Verfasser sich nähergekommen, sodaß es auf Grund dieser Bekanntschaft überhaupt erst möglich wurde, Brockdorff-Rantzau als Aussenminister zu gewinnen. „Auf Sie kann ich mich verlassen, Herr Ministerpräsident“, sagter er in den entscheidenden Tagen mehr als einmal. „Auf Landsberg wohl auch“, fügte er mit leichtem Zweifel hinzu. Die Beziehungen zwischen Landsberg und dem Aussenminister waren nicht die besten, seitdem Landsberg das persönliche Auftreten des Grafen Brockdorff-Rantzau in Versailles kritisiert hatte. Auf die Versicherung, daß Landsberg unter allen Umständen zu seinem Worte stehen werde, atmete er auf, um dann zu sagen: „Auf den Herrn Reichspräsidenten können wir wohl nicht mehr mit Sicherheit rechnen?“ Auf die ärgerliche Antwort, daß er kaum Grund zu dieser Annahme haben werden, antwortete er, daß ihm die fortdauernde Bearbeitung Eberts durch Erzberger bekannt sei, das mache ihn mißtrauisch. Eine Fühlungsnahme mit Ebert führte zu der Überzeugung, dass auch er Wort halten werde. Er sprach sogar unmittelbar vor den entscheidenden Tagen noch vom Balkon herunter zu den in der Wilhelmsstraße versammelten Männer und Frauen, unter denen sich besonders viele Auslandsdeutsche eingefunden hatten: „Wir werden den Vertrag nicht unterzeichnen, mag da kommen, was will“. Der Ministerpräsident hatte dem Reichspräsidenten von solchen Reden abgeraten und machte ihm erneut Vorhaltungen, weil er als Reichspräsident zurückhaltender sein könne, als der Ministerpräsident, dieser müsse zeitweilig reden, selbstverständlich aber auch Wort halten.

Es sei einmal ganz offen ausgesprochen, warum Ebert selbst in so kritischer Zeit - ganz unnötiger Weise – öffentlich redete: er ertrug einfach nicht, daß in der Presse mitgeteilt wurde, der Ministerpräsident habe geredet, während von ihm tagelang keine Notiz genommen wurde. Ebert war sehr ehrgeizig, das erklärte viel in seinem Verhalten, wenn auch nicht alles. Die „Freiheit“ das Organ der Unabhängigen, für das Haase, Breitscheid, Paul Hertz, Hilferding und andere schrieben, verurteilte die

„Redseligkeit Eberts“ wiederholt in schärfster Weise. Am 2. Juni 1919 war in der „Freiheit“ u.a. zu lesen:

„Er redet schon wieder, also Ebert versteht immer noch nicht, daß er als Reichspräsident keine politischen Reden zu halten hat. Er will immer noch nicht begreifen, daß die Führung der Politik die Sache des Ministeriums und nicht die seine ist, und daß wir von politischer Kundgebung unverantwortlicher Personen noch gerade genug haben. Wenn Ebert sich politisch weiter hätte betätigen wollen, so hätte er eben den repräsentativen Posten eines Reichspräsidenten nicht annehmen dürfen. Es ist ein anmaßender Übergriff des Herren Ebert sich in die Politik einzumischen. Dabei wollen wir durchaus nicht die Gefahr, daß gerade Hr. Ebert ein persönliches Regiment aufrichten würde, überschätzen. Dazu ist er zu unzulänglich und zu unbedeutend. Jetzt soll er den Mund halten.“

Erzberger hatte außer Ebert auch Dr. David aufs Korn genommen, beide bearbeiteten dann gemeinsam den Reichspräsidenten und zwar mit Erfolg. Hätte Ebert freilich Wort gehalten, dann würde eine große Schwierigkeit entstanden sein, falls die Nationalversammlung gegen ihn entschieden, also mit Ja gestimmt hätte. Das war aber gänzlich ausgeschlossen, denn sie wäre mit Ebert bei ihrem Nein geblieben und Ebert hätte sein Präsidium behalten. Das alles war ihm auch ganz sachlich dargelegt worden. Bei einer dieser Gelegenheiten war dem Reichspräsidenten ebenso wie parteigenössischen Freunden und demokratischen Kollegen im Ministerium von dem Ministerpräsidenten auf das Bestimmteste versichert worden, daß er das Diktat unter gar keinen Umständen annehmen oder gar unterzeichnen werden, er würde es auch dann ablehnen, wenn seine Partei versuchen sollte, ihn dazu zu zwingen. „Mein Name kommt nicht unter einen Vertrag, in dem wir geradezu zustimmen, daß die Feinde mit uns machen können, was sie wollen.“ Wir müssen der Entente ganz offen heraussagen, daß nicht erfüllt werden kann, was sie von uns verlangten. „Wollt ihr das nicht einsehen, Ihr von der Entente, dann kommt und versucht es selbst in Berlin, mutet uns jedoch nicht zu, Euer Gerichtsvollzieher und Henkersknecht am eigenen Volke zu sein“.

Jetzt, nach so vielen Jahren, darf offen gesagt werden, daß der Verfasser damals wiederholt in engerem Kreise, aber nicht nur vor Sozialdemokraten, offen ausgesprochen hat: Die Herrschaften sollen von der Seine nach Berlin kommen und ihr Diktat von dem Grafen Westarp und Stresemann unterzeichnen lassen, die am meisten zum Kriege gehetzt und im Kriege die tollsten Eroberungsforderungen aufgestellt hatten. Die Stellung des Verfassers kam am klarsten, nicht nur als amtliche, sondern auch als persönliche Überzeugung zum Ausdruck in der Rede, die er in der neuen Aula der Berliner Universität vor der Nationalversammlung hielt, und zwar am 12. Mai 1919. Da gerade diese absolut eindeutige Rede immer wieder gefälscht zitiert worden ist, soll sie hier auszugsweise Platz finden und zwar nach dem amtlichen Stenogramm:

„In fremden Räumen, in einem Notquartier hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie die letzte Schar Getreuer, sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist.

Alle sind sie erschienen, bis auf die Elsass-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Wenn ich in ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreussen, Posen, Schlesien, von Danzig und Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten, die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die, wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird, zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiss ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der Schwere und Weihe dieser Stunde über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören z u s a m m e n ! Wir müssen beieinander bleiben, wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. Unser Volk am Leben zu halten, das ist unsere höchste Pflicht. Wir jagen keinen nationalistischen Traumbildern nach; keine Prestigefrage und kein Machthunger haben Anteil an unseren Beratungen, das Leben, das nackte,

arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt.

Lassen Sie mich ganz ohne taktische Erwägungen reden: was unseren Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch (auf die Friedensbedingungenweisend), in dem hundert Absätze beginnen: „Deutschland verzichtet - verzichtet - verzichtet“, dieser schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volke das Bekenntnis der eignen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Eigenverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepresst und erpresst werden soll – dieses Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden!“

Nach eingehender Schilderung der voraussichtlichen Wirkungen des Diktats und nach einem Vergleich der Bestimmungen mit den berühmten Punkten Wilson hieß es weiter:

„Ich frage Sie: wer kann als ehrlicher Mann, ich will gar nicht sagen als Deutscher, nur als ehrlicher vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in Fesseln legt? (Lebhafter Beifall).

Wir haben Gegenvorschläge gemacht, wir werden noch weiter machen. Wir sehen, mit Ihrem Einverständnis unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach der Auffassung der Reichsregierung unannehmbar. (Minutenlanger brausender Beifall im Hause und auf den Tribünen. - Die Versammlung erhebt sich.)

Präsident: „Ich bitte nunmehr, den Herrn Redner fortfahren zu lassen.“

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: „Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: „Weg mit diesem Mordplan!“

Meine Rede schloß mit den Worten:

„Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Voraussetzungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen, wir wenden uns schauernd von dem jahrelangen Mord.

Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal Wehe über die, die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern“!

Verhandlungen kamen leider nicht zustande. Die Friedensdelegation kehrte am 17. Juni aus Versailles zurück, brachte aber nur ein bemerkenswertes Zugeständnis mit, nämlich die zugestandene Abstimmung wegen Oberschlesien.

Im Kabinett wurde eine ganze Nacht – zum wievielten Male? - um das Ja oder nein gerungen. Um eine Änderung der Stellungnahme des einen oder anderen Ministers war nicht mehr zu denken. Der Ministerpräsident hob die Sitzung frühmorgens um 3 Uhr auf und begab sich sofort zum Reichspräsidenten, um zu demissionieren. Landsberg begleitete ihn. Ebert war natürlich über den Verlauf der Sitzung unterrichtet und deshalb keineswegs überrascht über den Ausgang. Auf seine Frage, wen er nun als Ministerpräsident berufen solle, schlug Landsberg Hermann Müller vor, den Ebert in einer uns beiden überraschenden schroffen Weise ablehnte. Er entschied sich dann nach einigem Überlegen für Bauer, mit dem er natürlich längst einig war. Bauer besaß nach keiner Richtung hin die Eignung wie Hermann Müller, aber er war viel gefügiger. Er hat dann auch später die verschiedensten Ministerstühle eingenommen, immer wieder von Ebert gerufen und gehalten. Ullrich Rauscher, später Gesandter zuerst in Georgien und dann in Polen, schrieb einige Wochen nach der Berufung Bauers an den Verfasser, daß es geradezu trostlos sei, beobachten zu müssen, wie Bauer gegenüber dem Reichspräsidenten ohne jeden eigenen Willen sei. Offenbar sei er bestrebt, ihm alles an den Augen abzulesen und wenn irgend möglich, jeden Wunsch zu erfüllen, noch bevor er ausgesprochen.

Hermann Müller wurde von Ebert schließlich zum Aussenminister bestimmt; die Wahl war jetzt nahezu zwangsläufig

geworden, bestand doch das Kabinett jetzt nur noch aus Mitgliedern der SPD und des Zentrums. Als von Paris die letzte Order kam: innerhalb von 24 Stunden Ja, sonst marschieren die Entente-Truppen – da stimmte die Nationalversammlung mit 237 gegen 138 Stimmen dem Diktat zu. Das war am 22. Juni 1919.

Es sei festgestellt, dass in dieser Sitzung der Nationalversammlung Vertreter aller Parteien, die gegen die Annahme stimmten, ausdrücklich namens ihrer Fraktion erklärten: das Ja der Mehrheit entspringe ihrer Auffassung selbstverständlich ebenso ehrlicher Überzeugung und nationaler Gesinnung wie das Nein. Der Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach faßte die abgegebenen Erklärungen in einem Schlußwort wie folgt zusammen:

„Das wäre das Schlimmste, wenn man sich nun in Verdächtigungen gegen die nationale Gesinnung der anders Denkenden ergehen wollte. Das wäre als das größte Verbrechen zu bezeichnen, das von Innen heraus am deutschen Volke begangen werden könnte!“

Fünf Minuten nach Schluß der Sitzung begann natürlich die Verdächtigung der nationalen Gesinnung der Linksparteien. Und am anderen Tage begann auch die Hetze gegen die Novemberverbrecher.

Während man in Weimar Tag und Nacht beriet, wie dem Vaterlande am besten und schnellsten geholfen werden könnte, knatterten die Maschinengewehre und explodierten die Handgranaten der Kommunisten bald hier, bald da. In München wurde Eisner vom reaktionären Grafen Arco erschossen. Unser Genosse E. Auer kam mit einigen Bauchschüssen davon, die ihm ein übler Kommunist beibrachte. In Dresden wurde der sozialdemokratische Sozialminister Neuring in die Elbe geworfen, in Halle geschah das gleiche mit einem Offizier; in beiden Fällen waren die Kommunisten die Täter, in beiden Fällen wurden die unglücklichen Opfer, im Fluss mit dem Tode ringend, gesteinigt, sodaß sie tatsächlich mit zerschmetterten Köpfen ertranken. In Berlin löste ein Generalstreik den anderen ab. Selbst Kankenhäuser und Entbindungsanstalten wurden Licht und Wasser gesperrt, kommunistische Flugschriften mit der Forderung: Nider mit den Bluthunden Ebert-

Scheidemann! Regnete es jeglichen Tag. Um ganz objektiv zu bleiben, muß festgestellt werden, daß auch die Unabhängigen in Zeitungsartikeln und Flugschriften eine beachtliche Aktivität entfalteten.

Während die Kommunisten durch ihre irrsinnige Taktik das ganze Volk gegen sich aufbrachten, nützten die Reaktionäre die Situation und organisierten sich ganz im Stillen, aber eifrig. Das wurde vielfach verkannt; nicht vom Verfasser, wie wir noch sehen werden.

Mit stark angegriffenen Nerven, vom heftigem Rheuma geplagt, aber auch vom Widerwillen erfüllt, über so unendlich viele menschliche Schwächen, die er reichlich kennengelernt hatte, nahm der Verfasser nach seiner Demission Urlaub von der Fraktion und ging in die Schweiz. Mit der Zunahme der Entfernung wuchs die Klarheit des Bildes, das Weimar bot. Bauer war der getreue Fridolin und die Fraktion sah seiner wenig erhebenden Tätigkeit zu, ohne ernstlich einzuschreiten. Leider sah sie nicht nur dem auf Grund der Reichsverfassung vom Ministerpräsidenten zum Reichskanzler avancierten Bauer tatenlos zu, sondern machte auch bei der Beratung der Verfassung dem Zentrum Konzessionen, die weit über das hinausgingen, was unter Würdigung der Koalition vielleicht noch erträglich gewesen wäre. Am 25. Juli 1919 schrieb der Verfasser dem Parteivorstand aus Vulpera einen Brief, dessen Hauptteile hier wiedergegeben werden sollen, weil sie nach mancher Richtung hin die damalige Situation schildern: [*Der Briefftext von Scheidemann an Otto Wels vom 25. Juli 1919 wurde im I. Band separat wiedergegeben.* Hier endete er mit dem Nachsatz: Dieser Brief bedarf eines Kommentars nicht.]

[Hg.: 9. Die Schulfrage]

Die Schulfrage, in der die SPD dem Zentrum gegenüber viel zu viel nachgab, war deshalb von so großer Bedeutung, weil die Gestaltung des Unterrichts in allen Schulen davon abhing. An der Schulfrage mit - nicht etwa an ihr allein - ist die deutsche Republik zugrunde gegangen. Es ist das natürlich nur ein Grund, es handelt sich hier nur um ein Glied einer langen, langen Fehlerkette. Dass in Weimar die in dem zitierten Briefe abgelehnte Politik immer weiter verfolgt worden ist, muß zum weitaus

größten Teil auf Ebert zurückgeführt werden. Sein Einfluß war damals unerhört groß. Viele Abgeordnete, unter denen sich allerdings in großer Zahl parlamentarische Neulinge befanden, waren von der Tatsache, daß nun einer aus ihrem Kreise, ein früherer Arbeiter, Reichspräsident geworden war, vom Geiste der Subordination geradezu besessen. Sie sahen nicht mit Stolz, der berechtigt gewesen wäre, auf den primus inter pares - dem Ersten unter Gleichen -, sie sahen nun in Ebert den "Führer" und schauten zu ihm auf, wie wir es später noch viel schlimmer und beschämender erlebt haben bei den kleinen Nazileuten gegenüber ihrem Führer.

Wir haben nicht nur das Volk und ihre Erwählten überschätzt, wir haben leider auch wirkliche politische Führer nicht gehabt. Wir hatten ausgezeichnete Organisatoren, sehr gute parteisekretäre, viele hervorragende Redner und einige gute Journalisten, aber nicht einen einzigen wirklichen Führer seit dem Tode Bebels. Unglücklicherweise war Ebert damals zu einigen Zentrumsabgeordneten in ein so kameradschaftliches Verhältnis getreten, daß man wirklich aus rein sachlichen Erwägungen darüber schmerzlich berührt sein durfte. Der innige Verkehr mit dem ersten Vorsitzenden der Freiburger Liedertafel Konstantin Fehrenbach, der damals Präsident der Nationalversammlung war und später sogar Reichskanzler geworden ist, mochte hingehen. Fehrenbach, in seiner Art ein prachtvoller Mensch, war im Grunde genommen immer nur der beliebte badische Gesangsvereinsvorsitzende, betörte den Rechtspräsidenten in der Hauptsache nur mit vollen Tönen, die er einem guten Flügel im Präsidentenhaus und einer immer gut geölten Kehle entlockte. Erzberger jedoch beeinflusste den Reichspräsidenten in wenig erfreulicher Weise. Dieser unheimliche Einfluß trug bittere Früchte. Daß Erzberger den Reichspräsidenten in der Diktatsfrage für das Ja umgestimmt hat, ist ganz unbestritten. Erzberger war in keiner Beziehung ein guter Berater. Er war politisch sprunghaft wie ein Eichhörnchen. Er konnte am Abend genau das Gegenteil dessen beweisen, was er morgens als unerschütterliche Tatsache auch bewiesen zu haben glaubte. Es fehlte ihm das, was man die pupillarische Sicherheit nennt. Er war eine enorme Arbeitskraft, aber ein Hans Dampf in allen Gassen. Der verhängnisvolle Einfluß der Zentrumsleute wurde von

manchen Freunden Eberts auf seine streng katholische Erziehung zurückgeführt. Das hat manches für sich, ist aber nicht überzeugend, denn schließlich war Ebert schon jahrzehntelang allem religiösen Leben entfremdet.

Die Republik ließ sich fünfzehn Jahre lang die wüstesten Angriffe von reaktionären Lehrern gefallen, ohne den geringsten Widerstand zu leisten. Schlimmer noch als die Volksschulen war es in den Realschulen und Gymnasien, gar nicht zu reden von den Zuständen auf den Universitäten. Da protzten die Professoren jeden Tag ganze Breitseiten gegen die Republik und ihre Regierung ab. Nichts, oder so gut wie nichts, ist gegen die Torpedierung der Republik geschehen. Und so ist es gekommen, daß fünfzehn Jahrgänge der deutschen Jugend in übelster nationalistischer (nicht nationaler) Gesinnung direkt zum Völkerhaß erzogen worden sind. Nicht zuletzt war das die Folge der Kompromisse in Weimar. Diese brachen jedem modernen und echt demokratischen Schulpolitik von vornherein das Rückgrat. Die Nachgiebigkeit in Weimar hat sich furchtbar gerächt. Viele Lehrer würden, wenn sie es im Dritten Reich riskieren dürften, Einspruch gegen diese allgemeinen Beschuldigungen erheben. Wahrscheinlich mit Recht, denn selbstverständlich hat es auch ehrlich republikanische Lehrer gegeben, bevor sie in der Naziuniform ihre Schützlinge mit dem Hitlergruß begrüßen mußten. Aber was sind selbst die "Vielen" Zehntausenden. Nur mit Zorn denkt jeder Abgeordnete an die Betätigung zahlloser Lehrer in der Republik. Sie waren fast immer an der Spitze der kleinlich nörgelnden Beamten. Ausnahmen bestätigen die Regel. Gehaltsfragen und Pensionsangelegenheiten, Urlaubsfragen, Beförderung regulativer und dergl. - das waren die Fragen, für die die Lehrer sich betätigten, gleichviel ob es in Stadtverordnetenversammlungen oder in gesetzgebenden Körperschaften geschehen ist. Alles andere schien ihnen mehr oder weniger gleichgültig zu sein. Und wie sie aufpochten auf Grund der Rechte, die ihnen, den Sklaven des Kaiserreiches, erst die Republik gewährt hatte. Wer jemals in einem Parlament gesessen hat, wird verstehen, was der Präsident Masaryk über die "Schulmeisterpolitik" gesagt hat: Lehrer, Professoren usw. neigen, wenn sie zu Amt und Würden gekommen sind, "sehr oft zu absolutistischer, eigensinniger,

sonderbarer, kindischer Politik". Auf die Gefahr hin, alle Schulmeister der Welt gegen uns aufzubringen, muß Wort für Wort unterstrichen werden, was Masaryk über die Tätigkeit der Lehrer gesagt hat. Was gerade die Lehrer jetzt im Dritten Reich ertragen müssen, ist mit die Folge ihrer eigenen Schulbetätigung, die darin bestanden hat, die Republik und ihre Einrichtungen entweder grundsätzlich herunterzureissen oder mindestens derart zu kritisieren, daß die kindlichen Gemüter gegen die demokratische Staatsform aufgeputscht wurden.

In den höheren Schulen waren "Schülerräte" eingeführt worden. Das hielten viele für eine ebenso revolutionäre wie pädagogisch bedeutsame Neuerung. In einer höheren Schule bei Tegel bestimmten die Schüler, wenn es ihnen gerade passte, in erheblicher Weise den Stundenplan. Wenn ein Schüler ein Jahr lang in dieser Anstalt war, faßten die Herren Jungen Beschluß, ob der "Neue" bleiben dürfte oder nicht. In letzterem Falle mußte der Junge die Anstalt verlassen. Als der Verfasser den Direktor der Schule einmal fragte, was er und seine Lehrer zu alledem zu sagen hätten, lautete die Antwort: Wir haben auch jeder eine Stimme! - In einem pommerschen oder mecklenburgischen Gymnasium sollte ein Oberprimaner, der die reaktionäre Hetze gegen die Republik gar zu toll getrieben hatte, relegiert werden. Der preussische Kultusminister Hänisch erfuhr amtlich von der Angelegenheit, setzte sich in die Eisenbahn und fuhr nach dem betreffenden Ort, um den Jungen gut zuzureden. Der Lausbube verhöhnte den Herrn Kultusminister geradezu, blieb aber in der Anstalt, weil der Minister sich dafür lebhaft einsetzt! Konrad Hänisch war ein äußerst guter Mensch, aber der Kultusminister des größten Bundesstaates der Republik hätte doch aus anderem Holze geschnitzt sein müssen.

[Hg.: 10.] Verhängnisvolle Fehler Eberts

Wenn einige besondere Fehlgriffe Eberts nicht gänzlich übergangen werden sollen, dann müssen wir zunächst noch einmal zurückkehren in die Zeit der Volksbeauftragten, denn da nahm die erstaunliche Militärfrömmigkeit des nachmaligen Reichspräsidenten ihren Anfang. Die sechs Mahnungen, wie sie in dem Schweizer Brief [an Otto Wels]

erhoben wurden, machen keine Freude, in Gegenteil, sie bringen nur in Mißkredit. Wenn der Verfasser schon mitverantwortlich gemacht werden soll für mancherlei Sünden und das beschämende Ende der SPD, dann wird er wenigstens nebenher feststellen dürfen, daß er, der die Politik Eberts für ein Unglück hielt, seit Ende 1919 in keiner Führerstellung gewesen ist, aber seine warnende Stimme seitdem oft und eindringlich erhoben hat.

Otto Wels und Molkenbuhr, mit denen der Verfasser in der Schweiz tatsächlich zusammenkam und auch längere Zeit zusammenblieb, waren über den Lauf der Dinge in Weimar und Berlin keineswegs erbaut, eine Aenderung konnten sie leider nicht in Aussicht stellen. Nach dem Warum brauchte man sie nicht erst zu fragen.

Die sechs Volksbeauftragten bestellten Ebert und Haase zu gleichberechtigten Vorsitzenden, also je einen der beiden sozialistischen Fakultäten, die dem Aufruf des Vorstandes der SPD in Prag "intakte" SPD genannt wurden. Ebert verstand es, ebenso wie vor dem Kriege in der damals noch intakten SPD, Haase sofort in die zweite Linie zu schieben. Haase reklamierte für sich das Amt " als Beigeordneter des Staatssekretärs für das Auswärtige", während Ebert die militärischen Angelegenheiten betreuen wollte. Das hieß praktisch: er führte die Verhandlungen mit den Generälen von Hindenburg, Gröner und Scheuch. Die beiden erstgenannten repräsentierten das große Hauptquartier, während Scheuch als Kriegsminister geblieben war, bestimmt nicht aus Begeisterung für die Republik, sondern aus einem ehrlich patriotischen Pflichtgefühl. Gröner, der die militärische Auflösungsarbeit in Wirklichkeit leistete, handelte aus den gleichen Beweggründen. Herr v. Hindenburg kam mit den Sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern ebenso gut aus, wie vorher mit dem Kaiser Wilhelm und nachher mit Herrn Hitler. Mit den Generalen stand Ebert sich sehr gut. Nachdem General Scheuch später durch den württembergischen Oberst Reinhardt ersetzt worden war, hatten die übrigen Volksbeauftragten mitunter den Eindruck, daß Ebert den alten Offizieren mehr Verständnis entgegenbrachte, als den Vertretern der Soldatenräte. Jedenfalls war er diesen gegenüber ebenso fest, wie er den Offizieren gegenüber nachgiebig war. Nachdem die unabhängigen

Mitglieder aus dem Kabinett ausgeschieden waren, Weihnachten 1918, war Noske als Volksbeauftragter eingetreten. Nach mancher Richtung hin ist dem späteren Reichswehrminister Unrecht geschehen. Wahr ist, daß er sich, besonders im Fall des preussischen Oberst Reinhardt, auf den wir gleich zu sprechen kommen, und dann wieder besonders vor dem Kapp-Putsch schwer geirrt hat, aber er hatte vorher Erfahrungen machen müssen, die gewiß alles andere als erfreulich waren und manchen seiner Irrtümer erklärlicher erscheinen lassen. Nur eine Tatsache soll hier angeführt werden. Noske sollte eine Reichswehr aufbauen und war ehrlich bemüht, seine Truppe in der Hauptsache aus sozialdemokratischen Arbeitern und Arbeitersöhnen zu rekrutieren. Er wollte auffordern zum Eintritt in die Wehr und gab deshalb für die Arbeiterzeitungen entsprechende Werbeinserate auf. Was geschah? Abgesehen von wenigen Ausnahmen, lehnten die sozialdemokratischen Blätter die Aufnahme der Inserate ab, denn man wollte nichts mehr wissen vom Militarismus. Die Folgen dieser kurzsichtigen Haltung waren sehr böse, denn es traten nun fast ausschließlich Bauernsöhne und Söhne von Angestellten und Beamten, aber auch ehemalige Unteroffiziere in die Reichswehr ein. Den Unterschied zwischen einer demokratischen Wehr der Republik und dem kaiserlichen Militarismus hatten viele Arbeiter leider nicht begriffen - zu ihrem eigenen Schaden.

Das Verhältnis Eberts zu den höheren Offizieren ist der Republik teuer zu stehen gekommen. Am beschämendsten trat seine vollkommen unverständliche Einstellung zutage im Falle des preussischen Oberst Reinhardt, einem Namensvetter des erwähnten Kriegsministers. Dieser Preusse hatte die von der Weimarer Nationalversammlung ordnungsmäßig eingesetzte Reichsregierung vor seinen versammelten Soldaten auf einem Berliner Kasernenhof Lumpengesindel genannt. Der Verfasser, der dieser beschimpften Regierung nicht mehr angehörte, verlangte in einer öffentlichen Versammlung die sofortige Entlassung des schimpfenden Oberst. Deshalb wurden ihm, nicht etwa dem Obersten, von Ebert und Noske die heftigsten Vorwürfe gemacht: "Du willst uns wohl Knüppel zwischen die Beine werfen? Wir denken gar nicht daran, einen sonst so tüchtigen Offizier deshalb zu entlassen". In einer neuen Unterredung, die am nächsten Tag stattfand, am 12. oder 13. September

1919, kam es zu einer stürmischen Auseinandersetzung zwischen Ebert auf der einen, dem Verfasser und Dr. [Alexander] Helphand (Parvus) auf der anderen Seite. Bei dieser Gelegenheit sprach Ebert über die klassischen Worte: Ihr müßt doch berücksichtigen, daß Reinhardt nicht damit gerechnet hat, daß die vor seinen Truppen gemachten Äußerungen an die Öffentlichkeit kommen würden". Der Fall schien uns hoffnungslos. Als der Reichspräsident darauf aufmerksam gemacht wurde, daß diese übel angebrachte Toleranz ein Freibrief für alle reaktionären Offiziere und Beamten sei, während die sofortige Entlassung Reinhardts der Republik den erforderlichen Respekt verschaffen werden, wurde uns die Antwort: Ich denke nicht daran!"Die Republik muß heute umsomehr an diese unverzeihliche Schwäche denken - und dafür büßen.

Die Dreistigkeit der reaktionären Offiziere und Beamten nahm zu, je mehr die Ueberzeugung sich durchsetzte, daß man der Regierung auf der Nase herumtanzen und sie nach Belieben beschimpfen könne. Der Fall Reinhardt hatte dem Verfasser Veranlassung gegeben, einen lauten Warnungsruf an das Volk ergehen zu lassen: "Der Feind steht rechts!" Zum ersten Male stieß er den Ruf aus an dem Tage, an dem ihm der Fall Reinhardt bekannt wurde, in einer unter freiem Himmel stattfindenden Volksversammlung in Kassel, am 11. September 1919. Er wiederholte den Mahnruf am 07. Dezember 1919 in einer Rede in der Nationalversammlung. Beide Reden erschienen sofort als Broschüre und wurden unter dem Titel: " Der Feind steht rechts - Arbeiter seid einig!" zu hunderttausenden von dem Verlag für Sozialwissenschaft abgesetzt. Die Spannung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Verfasser, der die Leitung der SPD wieder übernommen hatte, nahm natürlich erneut zu.

Otto Wels, der damals dem Parteivorstand als Sekretär angehörte, reichte gemeinsam mit dem Verfasser eine Beschwerde an die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung ein, in der Vorkommnisse innerhalb der Reichswehr besprochen, die zunehmende Gefahr für die Republik betont und auf die zunehmende Unzufriedenheit in der SPD aufmerksam gemacht wurde. Die Eingabe, die von der großen Besorgnis für die Republik und die SPD diktiert war, löste helle Empörung bei Ebert aus, der alles in nahezu tadellosem Zustand fand.

In einer gründlichen Aussprache mit Ebert kam es bald darauf zu neuen Zusammenstößen. Der Reichspräsident sparte nicht mit guten Lehren, er wünschte von dem Vorsitzenden der SPD, daß er vor jeder Rede und jedem Artikel Rücksprache mit ihm nehme, damit er immer im Bilde sei und, wenn sich das als notwendig erweisen sollte, auch eine Verständigung herbeiführen könne. Die Antwort ließ an Klarheit ebensowenig zu wünschen übrig, wie die Anforderungen, die voraus gegangen waren: "Du bist so daran gewöhnt, die Partei zu leiten, daß Du sie auch jetzt nebenher leiten möchtest, vergiß aber nicht, daß der Parteivorsitzende nicht Dein Reichskanzler ist. Jedenfalls eigne ich mich für die Rolle eines Sitzredakteurs ganz und gar nicht.

Schwerste Konflikte, die nicht hinter verschlossenen Türen zu erledigen, sondern die gesamte SPD, warscheinlich aber die ganze Öffentlichkeit aufwühlen würden, waren vor auszusehen. Der Verfasser hat damals lange mit sich gerungen, aber schließlich einen Entschluß gefaßt, den er schon nach kurzer Zeit bitter bereut hat. Aus Liebe zur Partei und um ihr möglichst jede Unbequemlichkeit zu ersparen, sagte ich jetzt, als Kasseler Freunde mir zum dritten Male eine Deputation schickten, um mich erneut zu bitten, in die Vaterstadt zu kommen und das Amt des Oberbürgermeisters zu übernehmen: Ja!

Dieser Entschluss war falsch. Der Kampf gegen die von Ebert geführte Politik hätte damals ausgefochten werden müssen, auf Biegen und Brechen, weil das heraufziehende Unheil schon mit den Händen zu greifen und die Schlappeheit der Regierung, sowie die Nachgiebigkeit der SPD, die beide von Ebert dirigiert wurden, überhaupt kaum noch zu steigern war. Der Kapp-Putsch war in Vorbereitung und manches andere Unheil auch.

[Hg.: 11.] Der Putsch Kapp-Ludendorff

Ohne die Militärfrömmigkeit Eberts und die Gutgläubigkeit Noskes hätte die jüngere Republik den Kapp-Putsch gar nicht erlebt. Die Frechheit von rechts nahm ersichtlich zu, besonders in den Kreisen, der auf Grund des Versailler Diktats zur Entlassung gekommenen Offiziere wurde immer deutlicher gegen die Regierung gewählt. Die ehemaligen

Konservativen, die nunmehr unter dem Namen "Deutschnationale" wirkten, weil sie sich der alten Firma schämten, trieben eine kaum noch zu steigernde Hetzpolitik gegen die Republik. In der Provinz war das vielleicht noch deutlicher zu erkennen, als in Berlin. Kaum war der Verfasser vier Wochen in seiner Vaterstadt tätig -,es war am 20. Februar 1920 - da schrieb er, genau drei Wochen vor dem Kapp-Putsch, dem Reichspräsidenten einen Privatbrief, um dringend zu warnen:

"Schlimmer als die Spartakisten wüten zur Zeit die Deutschnationalen gegen die Regierung. Wie frech die Gesellschaft sich gebärdet, ergibt sich aus dem beiliegenden Flugblatt. man versteht, wie ich hundertfach höre, nicht, daß die USP-Blätter mit der Begründung, sie hetzten gegen die Regierung, verboten werden. Wie harmlos sind manche der verbotenen USP - Zeitungen im Vergleich mit den Wirkungen, die Flugblätter von der Art des beiliegenden auslösen. Der Agitation der Deutschnationalen muß eine viel grössere Aufmerksamkeit geschenkt werden, als seither, wenn wir nicht sehr trübe Erfahrungen machen wollen. Es müßte unter allen Umständen gegen die Blätter der Deutschnationalen vorgegangen werden, so lange von dem Vorgehen gegen die äußerste Linke nicht Abstand genommen wird. Vielleicht sprichst Du einmal mit unseren Kabinettsmitgliedern über die Frage..."

Unter dem 23. Februar schrieb Ebert einen persönlichen Brief an den Verfasser, indem er Stellung nahm zu der Reform der Beamten- und Reichswehrbesoldung, die der Adressat kritisiert hatte. Dem mit der Maschine geschriebenen Brief fügte er handschriftlich hinzu:

„Eben erhalte ich Deinen Brief mit dem Flugblatt. Die Schamlosigkeit bei dem Geschmeiss scheint grenzenlos zu sein. Ich werde noch heute mit Noske sprechen. E.“

Was aus der Rücksprache mit Noske herausgekommen ist, kann man aus dem nunmehr folgenden Kapitel deutlich genug ersehen.

Der ernst zu nehmende Feind stand wirklich rechts! Kurz vor dem Putsch, den der Landschaftsdirektor Kapp, General Ludendorff und andere vorbereiteten, erschienen die Generale v. Lüttwitz, v. Oldershausen und v. Oven bei dem Reichspräsidenten, um ultimative

Forderungen zu stellen. Man stelle sich das vor: Ein aktiver General erscheint bei dem Obersten Kriegsherrn und erhebt politische Forderungen in ultimativer Form! Und was geschah? Anstatt die dreisten Feinde der Republik durch die Dienerschaft hinauswerfen und dann ohne viel Federlesen verhaften zu lassen, lud der sozialdemokratische Präsident der Republik die Herren freundlichst zum Platznehmen ein, ließ den Reichswehrminister kommen und fing nun mit den Rebellen an zu verhandeln.

In Döberitz sammelte der Kapitän Erhard inzwischen seine meuternden Truppen stellte der Regierung gleichfalls ein Ultimatum. Wäre Ebert gegenüber dem Oberst Reinhardt und den soeben genannten Generalen der feste Mann gewesen, der er gegenüber den Vertretern der SPD und USP war, dann hätten die frechen Patrone am 13. März 1920 hinter Schloß und Riegel gesessen, statt dessen waren sie oben auf, der Reichspräsident aber musste mit seinen Ministern bei Nacht und Nebel im Auto nach Stuttgart fliehen. Das war eine unerhörte Blamage. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft machte dem Spuk ein Ende durch den mit unerhörter Wucht einsetzenden und ebenso wuchtig durchgeführten Generalstreik. Zu diesem war sogar im Namen der Regierung aufgefordert worden. Kaum aber war der Sieg erfochten, da ließ die Regierung – unglaublich aber wahr! – erklären, das sie nicht zum Generalstreik aufgerufen habe. Das hätte sich wohl, so dürfte ihre Auffassung gewesen sein, für eine Reichsregierung nicht geschickt. Man verzeihe das harte Wort: das alles war mehr als kläglich.

Wer sich eingehender über den Kapp-Putsch informieren will, besonders auch über Vorgänge in der Provinz, dem sei die Lektüre der „Memoiren“ empfohlen. Einiges muß freilich hier angeführt werden, weil es für das Verhalten der damaligen Reichsleitung besonders kennzeichnend ist, in Stuttgart, wohin der Verfasser als Mitglied der Nationalversammlung so schnell als möglich geeilt war, suchte er sofort die Reichsregierung auf. Da herrschte eine vollkommene Verkennung der Situation, die Herren hatten keine Ahnung von der Stimmung in der Arbeiterschaft: es bleibt alles beim Alten, das war ungefähr der Nenner, auf den Ebert und sein Reichskanzler alles zu bringen suchten. In einer

Fraktionssitzung, an der freilich nur etwa 20 Kollegen teilnahmen, weil die anderen Stuttgart noch nicht hatten erreichen können, wurden bereits unglaubliche Mitteilungen über das Verhalten der Regierung gemacht. Aus Berlin wurde berichtet, dass die Regierung den ihr geradezu offiziell angekündigten Putsch der Fraktion, obwohl diese noch beisammen war, verheimlicht hat. Die Reichsregierung selbst musste nach den Verhandlungen mit dem General v. Lüttwitz damit rechnen! Aber mehr: „Die größte Sorge des Kabinetts bestand darin, dass jetzt vielleicht die Reichswehr vernichtet werden würde, und dass man dann gegen Spartakisten und Plünderer keinen Schutz mehr habe!“ So berichtete Löbe. In dieser unglückseligen Regierung saß nicht ein Mann, der der Situation gewachsen war; Ebert aber sprach für alle seine gefügigen Getreuen.

In der Fraktion ging es, nachdem die meisten Mitglieder eingetroffen waren, sehr erregt zu. Hier und später in einer Sitzung des gesamten Kabinetts im Schloß, zu der er eingeladen war, überkam dem Verfasser freilich helle Empörung. Ebert, der ihm selbst die Telegramme einer in Berlin wirkenden Kommission (unter dem Vorsitz von Karl Legien) zum lesen übergeben hatte, machte der Fraktion von den ihm unbequemen Telegrammen keinerlei Mitteilung, obwohl sie die wichtigsten Forderungen enthielten. Es war unter anderem gefordert worden, dass Noske sofort gehen müsse, die Fraktion sollte aber ganz offenbar getäuscht werden, ebenso das Kabinett. Das vereitelte der Verfasser, den die Fraktion übrigens einstimmig zum Redner in der Nationalversammlung bestimmte. Es gibt Erinnerungen, die im Gedächtnis unauslöschlich haften. Zu diesen Erinnerungen gehört die Stuttgarter Rede vom 18. März 1920. Wenige Sätze sollen hier wiedergegeben werden:

„Wer Augen und Ohren nicht absichtlich verschloß, musste herankommen sehen, was wir im Laufe der letzten Tage mit Abscheu und Empörung erlebt haben. Immer frecher wurden die preussischen Reaktionäre, die in der Reichswehr eine Position nach der anderen gewannen und in der deutschnationalen Presse immer kräftigere Unterstützung fanden. Die Frechheit gewisser Kliken wuchs offensichtlich von Tag zu Tag, nachdem der

Oberst Reinhardt die Regierung in der wütesten Weise beschimpft hatte, trotzdem aber in der Reichswehr bleiben konnte. Gewisse Zustände in der Reichswehr wurden immer unerträglicher ...

Ich will mich bei den Sturmzeichen der Reaktion jetzt nicht länger aufhalten, aber folgendes vor aller Welt feststellen. Dieselben Kreise, die uns in den Krieg getrieben, die unser Volk in Not und Elend gebracht, dieselben Kreise und Personen sind es auch, die das Verbrechen gegen die Republik und gegen die Demokratie vorbereitet und zu vollenden gesucht haben ...

Ich stelle fest: An diesem Putsch, an diesem Verbrechen, waren nur Leute der Rechten beteiligt!.. Wer hat die Durchführung des Verbrechens gegen die Republik verhindert? Ich nenne zunächst die Gruppen und Truppenführer, die ihrem Eid auf die Verfassung gemäß treu zur Republik gestanden haben. Ihnen gebührt unser wärmster Dank. Ich nenne weiter die Beamtschaft, deren erdrückende Mehrheit bewiesen hat, dass sie loyal der Republik dient. Auch ihr danken wir herzlich ... Der Hauptdank gebührt aber der deutschen Arbeiterschaft. Das Wort „Generalstreik ist Generalunsinn“ hat keine Gültigkeit mehr. Der Sieg des Generalstreikes über die Militärgewalt – darüber sind wir uns wohl alle klar – ist eine Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung. Der Sieg konnte aber nur erreicht werden von einer geschlossenen Arbeiterschaft. Daraus müssen die Arbeiter ihre Lehre ziehen.

Wie heute vor zweiundsiebzig Jahren am 22. März 1848 die Straßen Berlins vom Blute der Gefallenen sich röteten, so röten sich heute die Straßen vieler deutscher Städte mit dem Blute derer, die wieder für die Freiheit stritten. Hut ab vor denen, die für die Freiheit gekämpft haben! (Die ganze Versammlung erhebt sich)

Wir verlangen gründliche Säuberung der Reichswehr, wir verlangen Entlassung aller Offiziere, deren Loyalität der Republik gegenüber nicht außer Zweifel steht, wir verlangen die Entwaffnung der Truppe, die gemeutert haben ...

Wir verlangen strengste Bestrafung der Verbrecher in Uniform und Zivil, die die Republik in so heimtückischer Weise aus dem Hinterhalt überfallen haben, die unser gesamtes Wirtschaftsleben erschüttert und über unser Volk neues

Elend, Not und Tod gebracht haben. Die schärfste Bestrafung dieser Verbrecher in denkbar schnellsten Verfahren sowie die restlose Konfiskation ihrer Vermögen, - das ist unsere Forderung. Das Ausland, das unserer jungen Republik und unserer Demokratie nicht restloses Vertrauen entgegengebracht hat, mag aus den Ereignissen der letzten Tage ersehen, dass es uns Ernst ist mit der Demokratie und der Republik.

Unberechtigt, verbrecherisch ist die Anwendung von Gewalt überall da, wo absolut gleiche politische Rechte für alle bestehen. Wo einer Mehrheitsbildung zur Erreichung bestimmter Ziele nicht die geringsten Hemmnisse gemacht werden. Wo die Gewalt in Anwendung gebracht wird, um einer Minderheit die Herrschaft zu sichern, da ist sie ein Verbrechen. Dagegen wird das deutsche Volk sich alle Zeit zu wehren wissen ..."

Es sei nur nebenbei bemerkt, dass dem Redner nach dieser Rede in sehr übler Weise mitgespielt worden ist: von nun ab war der große Bannfluch über ihn verhängt. Aber nicht nur in der Wilhelmstraße war der Hass gewachsen, die gesamte Reaktion überschlug sich nunmehr in wüsten Beschimpfungen und Verleumdungen. Der Mann, der die Warnungen in Massen geschleudert hatte: „Der Feind steht rechts!“ ward tatsächlich verfemt. Als Dr. Wirth 1923 das Wort in einer Reichstagsrede zum Gedächtnis Rathenaus wiederholte, fiel man zwar auch über ihn her. Für den eigentlichen Sündenbock aber war das eine wesentliche Erleichterung leider nicht. Wo alle tobten, fluchten, haßten und schimpften, konnte natürlich die Kommunisten allein nicht lieben oder auch nur schweigen, sie steuerten ihr reichlich Mass von Unrat bei.

Die Reichsregierung wurde allmählich umgebildet. Der Reichskanzler Bauer,[Scheidemanns Amtsnachfolger im Reichskanzleramt ab Juni 1919] politisch vollkommen ahnungslos, aber Ebert treu wie kein anderer, wurde nicht entlassen, sondern von Ebert auf irgendeinen anderen Ministerstuhl gesetzt, an seiner Stelle wurde Hermann Müller Reichskanzler. Der wichtigste Wechsel wurde im Wehrministerium vorgenommen. An Stelle Noskes, der zu vertrauensselig gewesen war, wurde der zwar windelweiche, aber redselige Demokrat Dr. Gessler gerufen, für den die Sprache tatsächlich erfunden worden zu sein

schien, damit er seine Gedanken besser verbergen könne. Den telegraphischen Vorschlag des Verfassers an den Reichspräsidenten, den späteren Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski, einen sehr energischen Mann, zum Reichswehrminister zu berufen, ließ Ebert unbeachtet, denn Gessler schien ihm weit bequemer. Grzesinski würde dem Reichspräsidenten die Augen geöffnet haben, Gessler wickelte ihn immer mehr ein. Der neue Wehrminister hat nicht nur den Reichspräsidenten, sondern die gesamte Regierung eingewickelt und eingeseift. Unter Gessler fanden die skandalösen Techtelmechtel von deutschen Reichswehroffizieren mit Offizieren der Roten Armee in Russland statt. Darüber ist im Reichstag sehr eingehend gesprochen worden. Unter Gessler wurde die Reichswehr immer reaktionärer und republikfeindlicher. Von keiner Seite wurde Gessler übrigens schärfer angefasst, als von seinen eigenen Parteigenossen, denn diese schämten sich dieses merkwürdigen Demokraten.

Ein Vorkommnis, dass die nunmehr längst bekannte Einstellung des Reichspräsidenten Ebert und seines Reichswehrministers Gessler klar und deutlich erkennen lässt, soll hier noch angeführt werden. In Kassel war dem Verfasser zur Kenntnis gekommen, dass seitens einiger bereits bestehender oder im Entstehen begriffener militärisch aufzogener Rechtsorganisationen nicht nur bei reichen Juden und Christen Geld gesammelt wurde, sondern dass auch bei der Handelskammer, also einer offiziellen Amtsbehörde, erhebliche Beträge angefordert würden. Es wurde dabei sehr geheimnisvoll getuschelt und um Verschwiegenheit gebeten. Da der erste Vorsitzende der Handelskammer, ein auch demokratischer Bankier, als Auskunftsperson nicht in Betracht kommen konnte, wurde in dessen Abwesenheit der zweite Vorsitzende, ein angesehener Großkaufmann, um nähere Angaben ersucht; er gab sie in erschöpfender Weise. Alle die gemachten Mitteilungen bestätigten sich als richtig. Über die Unterhaltung im Amtszimmer des Oberbürgermeisters musste der Gewährsmann aus der Handelskammer aber irgendwo geplaudert haben, denn schon am nächsten Nachmittag wurde der Verfasser durch einen telefonischen Anruf des früheren Kriegsministers Reinhardt überrascht. Reinhardt, der inzwischen Truppenkommandeur in Stuttgart geworden war, hatte als solcher

zeitweilig in Kassel zu tun. Er sagte am Telefon, dass er dienstlich am Ort sei und gern mit dem Verfasser sprechen möchte. Reinhardt nahm eine Einladung zum Abendbrot an und erschien mit seinem Adjutanten in der Wohnung des Oberbürgermeisters. Diese Begegnung hätte an sich gar nichts besonderes bedeutet, weil beide Männer seit dem November 1918 dienstlich häufig miteinander zu tun gehabt hatten, außerdem auch auf recht gutem Fuße miteinander standen.

Wenige Minuten nach der Ankunft Reinhardt war der Zweck seiner unerwarteten Reise nach Kassel ganz klar: der Reichswehrminister Dr. Gessler hatte ihn geschickt, „um genau zu informieren“ über die Bettelei bei der Handelskammer. Es könne weder für den früheren Reichsministerpräsidenten, noch für irgendeine andere Stelle angenehm sein, wenn er etwa, unvollkommen unterrichtet, sein Wissen in der Presse oder gar parlamentarisch verwerten wolle. General Reinhardt setzte dann auseinander, dass man bemüht sein müsse, privatim flüssig gemachte Gelder „der einzig richtigen Stelle“ zuzuführen, nicht aber den abenteuerlichen und unkontrollierbaren Unternehmungen. Was er unter richtiger Stelle verstand, blieb auch nicht lange im Verborgenen, denn nun hielt er sein Privatissimum, das so ziemlich das strikte Gegenteil alles dessen offenbarte, was dieser verständige und beliebte Offizier in früherer Zeit auch in wichtigster amtlicher Stellung vertreten hatte. „Dem Mutigen gehört die Welt“, „Wer Waffen hat, findet auch Bundesgenossen“ und dergl. Sprüchen lösten einander ab. Selbstverständlich blieb der General nicht ohne die entsprechenden Antworten und Warnungen vor einem derart gefährlichen Spiel mit dem Feuer, gegen alle Bestimmungen der Verträge, die die amtierende Regierung zu erfüllen feierlich gelobt habe.

Am nächsten Vormittag fuhr der Verfasser nach Berlin und machte dem versammelten Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion eingehende Mitteilungen über die geheimnisvollen Vorgänge in Kassel. Hermann Müller, der den Vorsitz führte, teilte mit, dass auch ihm ähnliche Angaben aus anderen Orten gemacht worden seien, sodaß er bereits Gelegenheit genommen habe, mit Ebert darüber zu sprechen. Irgendwelche Maßnahmen seien seines Wissens bisher jedoch nicht getroffen worden. Er mache den Vorschlag, Ebert sofort ins Bild zu setzen

über die Vorkommnisse in Kassel. Der Vorstand schloß sich diesen Vorschlag an und verlangte die schnellste Information Eberts. Fünfzehn Minuten später fand die Begegnung in Palais des Reichspräsidenten bereits statt.

„...Ja, das kenne ich alles“. – „Und was wird dagegen geschehen?“ Erst Achselzucken, dann: „Zunächst kann nichts unternommen werden. Die Herren Militärs haben so ihre eigenen Anschauungen.“ – „Und wir wollen so ganz ruhig zuschauen?“ – „Um die persönlichen Anschauungen Reinhardts handelt es sich nicht. Es kommt jetzt auf die militärischen Verbände an, für die gesammelt wird, und um den Zweck, für das das gesammelte oder angeforderte Geld verwandt werden soll.“ Das habe ich alles schon oft gehört.“ – „Zweifelst Du daran, dass der Jundo, die Bismärker und wie sie alle heißen, Front gegen uns, gegen die Republik machen werden? Ich erinnere Dich an den Fall Reinhardt und an den Kapp-Putsch. – „Vorläufig ist nichts zu machen“. –

Wir trennten uns, ich war todunglücklich, Hermann Müller und die übrigen Vorstandsmitglieder auch. Geschehen ist nichts, weder von dem Fraktionsvorstand, noch von der Parteileitung, obwohl Hermann Müller beiden Organisationen vorstand. Die Vorläufer der SA und SS konnten weitere Gelder sammeln und sich organisieren und uniformieren. Zorn im Herzen, reiste der Verfasser wieder in sein Bürgermeisteramt nach Kassel.

Mindestens ein Jahr vor der Begründung des Reichsbanners war die Freiheit der reaktionären Organisationen in Kassel so groß geworden, - an anderen Orten ist es natürlich genau so gewesen - , dass die republikanischen Parteien kaum noch eine Versammlung einberufen konnten, die nicht gestört oder zur Auflösung gebracht worden wäre. Es war unmöglich, diesem Treiben noch länger tatenlos zuzusehen. Ohne straffe militärische Organisation einiger hundert handfester und entschlossener Sozialdemokraten, die bewaffnet werden mussten, war eine Besserung der politischen Verhältnisse nicht zu erwarten. Trotz des Widerwillens gegen die Berliner Instanzen verlangte der Verfasser, dass die Partei sich aufraffe. Alle deshalb angegangenen Genossen zuckten die Achseln. „Ebert sträubt sich mit Händen und Füßen!! Der Gang war

schwer, aber er musste unternommen werden – nach dem Palais des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße. Ebert sah jetzt die große Gefahr, die der Republik drohte, auch. Trotzdem „Man muß Geduld haben“. „es wird bald eine Beruhigung eintreten, auch rechts; die Kommunisten sind doch auch schon still geworden.“ - „Du würdest die Situation mit anderen Augen ansehen, wenn Dir jeden Tag, wie mir, das Haus besudelt und in metergroßen Buchstaben mit wüsten Beschimpfungen beschmiert würde, wenn weder Du noch ein Mitglied Deiner Familie unbelästigt über die Straße gehen könnte ...“ – Ich weiß, aber ich kann mich unmöglich damit einverstanden erklären, dass die Partei oder wenigstens Parteigruppen sich bewaffnen.“ – Dazu brauchst Du Deine Zustimmung natürlich auch nicht zu geben. Von dir wird aber verlangt, dass Du die Regierung zu energischem Vorgehen gegen die Feinde der Republik antreibst.“ Nebenbei sei bemerkt, dass Erzbergen und Ratheau bereits ermordet waren.

Auch diese Unterredung nahm ein für den Verfasser vollkommen unbefriedigendes Ende, aber zwei Monate später standen in Kassel zwei Hundertschaften entschlossener Arbeiter bereit, ausgerüstet mit sogenannten Stahlruten und ausgezeichneten Pistolen. Das Geld dafür war, wenigstens zum Teil, von denselben Leuten gespendet worden, die früher auch für die Rechtsorganisationen hatten opfern müssen. Allerdings hatte man ihnen in dem ersten Falle nicht gesagt, für welche Zwecke das Geld gebraucht werden soll. Das Eingreifen der ausgezeichnet einexerzierten Mannschaften wirkte Wunder. Nach einiger Zeit wagten weder die Deutschnationalen und ihre Hilfsorganisationen, noch die Kommunisten eine der republikanischen Versammlungen in Kassel zu stören. Die dortigen Arbeiter hatten sich rechtzeitig selbständig gemacht. Wenn der Verfasser an diese Tatsache zurückdenkt, dann wird ihm erst wieder so recht klar, warum eine Vertrauensmännersitzung in Kassel, an der er unmittelbar nach dem 20. Juli 1932 teilgenommen hat, in einen einzigen Wutschrei ausbrach, als der aus Berlin zurückgekehrte Parteisekretär die Mitteilung machte, dass im Augenblick nichts geschehen werden. Es sei lediglich die strikte Parole ausgegeben worden, gerade jetzt eiserne Disziplin zu halten, wie niemals zuvor.

Geschah nach dem Kapp-Putsch, obwohl die Arbeiter für die schlappe Regierung einen glänzenden Sieg erfochten hatten, in Wirklichkeit nur, was die Putschisten unter Führung des General Lüttwitz und des Kapitäns Erhardt gewollt hatten (Neuwahlen und Berufung von Fachministern), so geschah nach der Ermordung Erzbergers überhaupt nichts, das der Erwähnung wert wäre. Nach der Ermordung Rathenaus traf man eine halbe Maßnahme, also das törichteste, was man tun konnte. Man machte angeblich gegen rechts ein Republik-Schutzgesetz, das dann gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten angewendet worden ist. Der Verfasser, der vierzehn Tage vor der Ermordung Rathenaus nur durch einen glücklichen Zufall dem Tode durch ein Blausäure-Attentat im Wilhelmshöher Wald bei Kassel entgangen war, verlangte, dass man den Reichstag sofort auflöse und Neuwahlen ausschreibe. Warum? 1920 war ein reaktionäres Parlament gewählt worden, große Empörung war in den weitesten Kreisen entstanden, weil die Regierung im Wahlkampf vollkommen versagt hatte. Hätte man die Aufregung im Volke wegen der Ermordung Rathenaus agitatorisch ausgenützt, so wäre 1922 ein Reichstag gewählt worden, in dem die Weimarer Koalition eine ebenso große wie feste Mehrheit hätte erreichen können. Daran konnte nicht gezweifelt werden. In den in Berlin maßgebenden Kreisen wollte man damals Neuwahlen nicht. Ein dem „Vorwärts“ eingeschickter Artikel des Verfassers wurde nicht abgedruckt, ihm vielmehr zurückgeschickt, weil auch der Vorstand der SPD eine Wahl nicht wünscht. Warum nicht? Der Reichspräsident, der den Reichstag natürlich hätte auflösen müssen, wollte nicht. Dem Verfasser wurde der Rat gegeben, seinen Artikel in einem sozialdemokratischen Provinzblatt drucken zu lassen, weil er im „Vorwärts“ wie ein Pronunziamento gegen den Parteivorstand wirken werde. Achtundvierzig Stunden später druckte das „Berliner Achtuhr Abendblatt“ den Artikel, der nun die Runde durch den deutschen Blätterwald machte, so dass selbst dem „Vorwärts“ nichts übrig blieb, als wenigstens den Tenor des Artikels zu veröffentlichen. – Man stelle sich vor, was Neuwahlen damals bedeutet haben würden: Eine feste Mehrheit gegen die Reaktion. Der Münchener Hitlerputsch im Jahre 1923 wäre überhaupt unmöglich gewesen. Ob der Einmarsch der Entente-Truppen in das Ruhrgebiet erfolgt und die volksverwüstende Inflation über das

deutsche Volk gekommen wäre, ist mehr als unwahrscheinlich. Ein nach der Ermordung Rathenaus hörbarer Ruck nach links hätte wahrscheinlich ebenso sehr die tatenlos hingegenommene Obstruktion der bayrischen Regierung gegen das Reich, wie den von Ebert veranlassten Einmarsch der Reichswehr in Sachsen verhütet. Vielleicht hätte Ebert unter ganz anders gewordenen Mehrheitsverhältnissen weder ein Todesurteil unterzeichnet, noch seine verfassungswidrigen Flaggenkonzessionen nach rechts gemacht. Die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung wäre wahrscheinlich auf Jahre hinaus vollkommen überflüssig gewesen. Eine wahrhaftige demokratische Volksvertretung mit gesicherter Mehrheit hätte bis 1926 am Werke bleiben sollen. Zwischen 1922 und 1926 aber lagen die unverantwortliche Berufung des deutschnationalen Reichskanzlers Cuno durch Ebert, der Einmarsch der Entente-Truppen in das Ruhrgebiet und die grauenhafte Inflation! Wir verzichten darauf, recht naheliegende Fragen aufzuwerfen. Der Verfasser hat das Recht, an diese Vorgänge zu erinnern, weil er sie nicht jetzt rekonstruiert, sondern zur rechten Zeit hat verhüten wollen.

Wenn diese Dinge hier so ausführlich behandelt werden, so deshalb, weil in dem revolutionären Aufruf des Parteivorstandes der SPD zu Prag von alledem kein Wort zu lesen ist. Da wird ein bewundernswerter Sprung gemacht von einem historischen Fehler anno 1918 bis zu dem Tage des Sieges über Hitler.

[Hg.: 12.] Resumé

Die objektiven Ursachen auch des zweiten politischen Zusammenbruches in Deutschland waren von unerhörter Schwere. Die Frage, ob ein anderes Volk den mehr als vierjährigen Krieg und sein unglückliches Ende, dann die revolutionären Wirren, die grausame Belastung durch das Versailer Diktat, zwischendurch die Putsche von rechts und links, nachher die Ruhrbesetzung, die Inflation und schließlich die furchtbare Wirtschaftskrisis länger hätte ertragen können, oder schon früher zusammengebrochen wäre, kann unerörtert bleiben. Dagegen kann man von jedem, der über das deutsche Volk und seine beiden Zusammenbrüche schreibt, verlangen, dass er auch die in dieser Schrift

wenigstens teilweise skizzierten Nöte und Bedrängnisse würdigt. Was das deutsche Volk in den letzten zwanzig Jahren an materieller Not und seelischer Bedrängnis ertragen hat, ging weit über alles Erträgliches hinaus. Der große Zusammenbruch im Jahre 1918 war die unmittelbare Folge des verlorenen Krieges. Der Hitlerumsturz war in der Hauptsache das Ergebnis der Kriegsnachwirkungen und der Weltwirtschaftskrise. Wie weit auch andere Ursachen persönlicher und parteipolitischer Art dabei eine Rolle gespielt haben, wird in dieser Schrift untersucht. Die Aussichten auf eine Besserung der Verhältnisse waren um so geringer geworden, je größer die Zahl der Arbeitslosen wurde. Das gab dem zermürbten Volke schließlich den Rest. Die wie von einer Gebetsmühle immer wiederholten Sprüche der verschiedenen Reichsregierungen, dass alle Länder der Welt von der Arbeitslosigkeit heimgesucht würden, nahm das Volk ein Jahr lang hin, auch zwei, schließlich sogar drei, dann nicht mehr.

Regierungen, die immer nur darauf hinweisen, dass es anderen auch schlimm oder gar noch schlimmer ergeht, die selbst aber nichts oder so gut wie nichts tun, um die Not im eigenen Lande zu lindern, werden von einem notleidenden Volke auf die Dauer ebenso wenig ertragen wie die Not selbst. Das werden die neuen Machthaber in Deutschland noch erfahren. Die Vorschläge, die von den Sozialdemokraten und Gewerkschaften immer wieder gemacht worden sind, um die Arbeitslosigkeit wenigstens einzudämmen, wurden in den Wind geschlagen. Selbstverständlich standen die marxistisch geschulten Politiker der Krisis mit viel besserem Verständnis gegenüber als die Quacksalber, die den „Kampf gegen den Marxismus“ predigten, weil der Marxismus schuld sei an dem Elend. Aber auch die Marxisten konnten in der Hauptsache deshalb nur Palliativmittel in Vorschlag bringen, weil an eine restlose Beseitigung der tieferen Ursachen der Arbeitslosigkeit, nämlich der kapitalistischen Produktionsweise, nicht zu denken war. Die sozialdemokratischen Forderungen auf Sozialisierung der Bergwerke, der Hüttenwerke, der chemischen Industrie und anderer „reifer“ Industrien, wurden von den kapitalistischen Mehrheitsparteien sehr von oben herunter abgetan.

Es geschah auch nichts, um wenigstens die arbeitslose Jugend von der Straße zu bringen, wenn man sie nicht in Lehrstellen oder Schulen unterbringen oder auf Spielplätzen beschäftigen konnte. Die in Werkstätten und Fabriken zu leistende Arbeit wurde nicht rationiert durch erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit. Es geschah nichts, was die Hoffnungen der Arbeitslosen hätte beleben können. Man wartete offenbar auf ein großes Wunder, das die Arbeitslosigkeit beseitigen werde. Inzwischen wurden die Unterstützungen der Arbeitslosen gekürzt. Wie das wirken musste, hätte man voraussehen können. Es fehlte dem deutschen Volke an einer zielklaren Führung, die zunächst für gründliche Aufklärung dann aber auch für ernsthafteste Sozialisierung eingetreten wäre. So wurde das Volk allmählich sturmreif für eine wüste Demagogie.

„Wenn Adolf Hitler morgen die Führung übernimmt, dann ist es Übermorgen mit der Arbeitslosigkeit vorbei!“ Solche Redensarten namhafter Nationalsozialisten, unterstützt durch nationalsozialistische Anträge im Reichstag, dass sofort „alle Bank- und Börsenfürsten enteignet werden müssten“, machten schließlich Bindruck auch auf viele verzweifelte Arbeiter, ganz zu schweigen von den Millionen der kleinen Geschäftsleute, die fast ausschließlich von der Arbeiterkundschaft lebten. Zwar hatten die Nationalsozialisten von der einen zur anderen Reichstagswahl im Verlaufe des Jahres 1932 rund 2 Millionen Stimmen verloren, dennoch berief der Reichspräsident von Hindenburg am 30. Januar 1933 Herrn Adolf Hitler als Reichskanzler. Die Intrigantenzwischenspiele und Manöver, die die Junker von Papen und v. Oldenburg-Januschau direkt und indirekt dabei gespielt haben, sind in anderen Schriften mit aller Deutlichkeit geschildert worden, sie konnten deshalb übergangen werden. Es mag der Hinweis genügen, dass die Schenkung des Gutes Neudeck an den –Sohn des Reichspräsidenten, dereinst noch in grellere Beleuchtung gerückt werden dürfte, dabei werden dann weder der alte, noch der junge Herr v. Hindenburg, ebenso wenig auch Herr v. Oldenburg beneidenswerte Rollen spielen.

Was aus Deutschland geworden ist, seitdem die Nationalsozialisten regieren, brauchen wir hier auch nicht zu schildern. Außerhalb des Dritten Reiches weiß es jeder Mann, innerhalb Deutschlands spürt es jeder, der

von der neuen Herrschaft nicht irgendwie versorgt worden ist. Die hier gestellte Aufgabe ist eine andere: Wenn von den objektiven Ursachen des Umschwungs und den „höfischen“ Kamarillen im Präsidentenhaus abgesehen wird, bleibt die bedeutsame Frage, ob seitens der Regierung, die seit 1918 in der demokratischen Republik am Ruder gewesen ist, alles geschehen ist, um die Republik so zu festigen, die Republikaner so zu erziehen, dass die Auslieferung des Reichs an die Reaktion hätte verhindert werden können. Des weiteren bleibt zu untersuchen, ob insbesondere auch die SPD ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat oder nicht. Unsere Darlegungen haben gezeigt, dass die SPD den Ausbruch des Krieges selbstverständlich verhüten wollte, daß sie dann aber, nachdem ihre Bemühungen gescheitert waren, sofort auf einen Frieden der Verständigung hinarbeitete. Auf alle Fälle wollte sie eine Niederlage verhindern, über deren Bedeutung für Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse sie sich niemals einem Zweifel hingeben hat.

Wir haben in dieser Schrift den konservativen Professor Victor Brecht zitiert, der in einer gründlichen Arbeit die SPD als die einzige deutsche Partei bezeichnet, die eine konsequente Politik während der ganzen Kriegsdauer getrieben habe: Verteidigungskrieg, nicht Eroberungskrieg, Frieden, sobald die Gegner zu einer Verständigung bereit sind! Verständigung hieß, dass Deutschland territorial und politisch in jeder Beziehung unangetastet bleibe, dass ihm alle wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten gesichert werden müssten.

Im Kriege schon spaltete sich die SPD, eine starke Gruppe, die sich Unabhängige SPD nannte, gründete eine eigene Partei. Damit geriet die SPD zwischen das Feuer der Unabhängigen und der Kommunisten. Bei der Übernahme des zusammengebrochenen Reiches und der damit verbundenen „Macht“ konnte in Wirklichkeit nur von der Übernommenen Ohnmacht eines total bankrotten Staates gesprochen werden. Dies umsomehr, weil die Übernahme der Macht durch je drei Vertreter der SPD und der USPD erfolgte. Bis zur Stunde der gemeinsamen „Machtübernahme“ hatten sich beide Gruppen heftig bekämpft, wenige Wochen später begann der Kampf aufs neue, nachdem die Unabhängigen

die Regierung verlassen hatten. Von einer intakten SPD im Jahre 1918 zu sprechen, ist deshalb vollkommen falsch.

Die Arbeit der Volksbeauftragten wird in dieser Schrift ebenfalls gewürdigt. Sowohl die Regierungsmitglieder der SPD wie die der USP waren darin einig, dass eine Nationalversammlung einberufen werden müsse, die über die Geschicke Deutschlands entgültig bestimmen sollte. Meinungsverschiedenheiten bestanden freilich über den Wahltermin für die Nationalversammlung. Die Volksbeauftragten der SPD wollten angesichts der trostlosen Zustände im Lande den möglichst schnellen Zusammentritt der Nationalversammlung, die Mitglieder der USP wünschten ein Hinausschieben des Termins, um die Bevölkerung besser für die Wahlen vorbereiten zu können. Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte entschied mit großer Mehrheit im Sinne der SPD, sodaß die Wahlen für die Nationalversammlung schon am 19. Januar 1919 stattfanden und die Nationalversammlung bereits am 6. Februar zusammentreten konnte. Die Mitglieder der USP traten Weihnachten 1918 aus der Regierung aus, sodaß die SPD bei den Wahlen schwer zu kämpfen hatte. Die bürgerlichen Parteien waren auch nicht faul, nützten vielmehr den Streit der dreigespaltenen Arbeiterbewegung aus. Eine sozialistische Mehrheit konnte unter solchen Umständen natürlich nicht zustandekommen. Die Folge war eine Koalitionsregierung mit allen ihren Mitteln und Schwächen. Die Zerfleischung der Arbeiterparteien untereinander dauerte fort, schwächte die sozialistische Bewegung und stärkte ihre Gegner, sodaß in allen späteren Regierungen der Sozialismus immer schwächer, wenn überhaupt vertreten war. Die bürgerlichen Vertreter in den vielen Koalitionsregierungen waren jedoch nicht nur Gegner des Sozialismus, sie waren auch nur halbe, viertels oder gar nicht Anhänger einer ernsthaften Demokratie. Daraus erklärt sich die sträflich schlappe Haltung aller Koalitionsregierungen gegenüber den Reaktionsparteien, zuerst also der Deutschnationalen, nachher der Nationalsozialisten. Schwerste Fehler der Koalitionsregierungen wurden in der nahezu unveränderten Beibehaltung des alten Beamtenapparates gemacht. Warum die Volksbeauftragten unter dem Druck der Entente auf diesem Gebiet sehr zurückhaltend sein mussten, ist in dieser Schrift dargelegt worden. Daß nach der Annahme des Versailler Vertrags nicht

aufgeräumt werden muss, hat sich bitter gerächt. Die Vertrauensseligkeit gegenüber Loyalitätserklärungen der Beamten hat alle Bedenken eingeschläfert. Daß auch andere, ebensowenig stichhaltige Einwände gegen eine sorgsame Auslüftung erhoben werden, soll hier an einem drastischen Beispiel gezeigt werden.

Dem Verfasser, der nach seinem Ausscheiden aus der Regierung einen direkten Einfluß natürlich nicht mehr ausüben konnte, wird es unvergeßlich bleiben, wie sozialdemokratische Beamte in Kenntnis seiner grundsätzlichen Stellungnahme zu den total verspießerten und deshalb politisch ... [*Textlücke im Typoskript S. 108*] ab...gesagt, daß gespart werden müsse. Man konnte nicht Millionen für zu pensionsbedürftige Beamte ausgeben. Im übrigen verwies man auf die wohlerworbenen Rechte der Beamten. Das hieß, daß man überhaupt nicht daran denken könne, einen Beamten ohne Pension zu entlassen. Damals hätte etwas mehr Sparsamkeit dem Volke nachher ungeheuerliche Kosten erspart. Daß längere Zeit hindurch die Pensionen den wüstesten Putschoffizieren, sogar ins Ausland nachgeschickt worden sind – auf Grund gerichtlicher Entscheidungen – sei nebenbei bemerkt.

Die Gerichte standen zumeist gegen die Republik. Unabsetzbare Richter zu entlassen, das war ein ganz unvorstellbarer Gedanke. Auch dann noch, nachdem ein Magdeburger Gericht dem Reichspräsidenten Ebert das Brandmal des Landesverrats aufgebrannt hatte. Das war sozusagen der Dank an diesen Präsidenten für seine Nachgiebigkeit und mangelnde Entschlußkraft. In dieser Schrift sind die Fälle des Obersten Reinhardt und des Generals Lüttwitz geschildert worden. Haben die republikanischen Koalitionsregierungen versagt gegenüber Feinden der Republik, so haben die sozialdemokratischen Führer nach Auffassung nicht nur der Arbeiter versagt, besonders als es sich darum handelte, im letzten Moment noch die kampfbereiten Organisationen zu den Waffen und zum Generalstreik aufzurufen. Dieses Versagen erschien vielen Millionen der Arbeiter unverständlich und sträflich. Es erfüllte sie mit Zorn und Empörung. Fast noch unbegreiflicher als das Versagen selbst ist aber das klägliche Verschweigen der Gründe, die die Führer für ihr Versagen wahrscheinlich

doch anführen könnten. Dieses Verhalten hat den Führern die letzte Spur von Vertrauen geraubt. Das klingt hart, muß aber ausgesprochen werden.

Die mehrfach geschilderten objektiven Ursachen des Zusammenbruchs, die Nachwirkungen des Krieges und die furchtbare Wirtschaftskrise, machten einen vollkommen unveränderten Fortbestand der jungen Republik – das soll heißen: Fortbestand ohne alle zeitgemäßen Reformen – nahezu unmöglich. Auch dafür soll ein Beispiel angeführt werden.

Aus dem halbabsolutistischen Kaiserreich wurde zwar eine Republik, aus den Untertanen des letzten Kaisers waren aber nicht ebenso schnell Republikaner geworden. Die Mehrheit des deutschen Volkes für die Republik zu gewinnen, zuerst also zu erziehen, dann zu erwärmen, wenn nicht gar zu begeistern, haben die Regierungen nicht verstanden. Viele Mitglieder der zum Teil sehr merkwürdigen Koalitionsregierungen haben sich vermutlich dieser Erziehungsarbeit direkt widersetzt. Selbst die Mitglieder der Demokratischen Partei und des Zentrums waren zu wenig republikanisch gefestigt, zu altmodisch schwerfällig, zu phantasielos, zu verkalkt. Von den Volksparteilern, die ihrem Führer Dr. Stresemann das Leben am schwersten gemacht haben, wollen wir ganz schweigen. Die waren zeitweilig sogenannte „Vernunftrepublikaner“, im übrigen immer gut kaiserlich. In der SPD überwucherten sozialpolitische Gesichtspunkte auch noch nach der Begründung der Republik, die staatspolitischen, die in erster Linie hätten maßgebend sein müssen. Zu einem Verhängnis für die SPD und damit für die Republik war deshalb die immer mehr spezialistisch ausgebaute und äußerst liebevoll betreute Sozialpolitik geworden. Dass alle sozialpolitischen Fragen eine besondere Bedeutung für die SPD hatten, ist einleuchtend und eigentlich selbstverständlich. Die wichtigsten politischen Fragen litten aber unter dem Gewicht, das die Fragen der Wohnungsfürsorge, der Wöchnerinnenhilfe, der vielerlei Renten und Unterstützungen allmählich erlangt hatte. Dem Einwand, daß, wenn der Himmel einstürzt, alle Spatzen tot sind – praktisch zu sprechen: daß, wenn die Republik zugrunde geht, alle Renten erledigt sein würden, - wurde viel zu wenig beachtet. So wichtig es war und noch ist, ob die Invaliden und Erwerbslosen wöchentlich eine Mark mehr oder weniger

oder garnichts bekommen, wichtiger noch wäre die Sicherung der demokratischen Republik gewesen. Den bürgerlichen Vertretern in den Regierungen hätte mit derselben Energie, mit der für die Renten gekämpft wurde, der rücksichtslose Kampf gegen die Reaktion abgetrotzt werden müssen. Hier ist vieles versäumt worden.

Zu welchen Konsequenzen die Politik der sozialistischen Sachverständigen der SPD geführt hat, trat besonders zu Tage, als der letzte sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller gezwungen wurde, aus der Regierung auszusteigen. Er hatte der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags sehr eindringlich dargelegt, wie bei der zunehmenden Arbeitslosigkeit, im Hinblick auf die schlechte Finanzlage des Reichs und die zunehmende Verarmung aller Volksschichten die Erwerbslosenversicherung in immer größere Gefahr komme, wenn nicht bestimmte Konzessionen gemacht würden. Es bestand nicht der geringste Zweifel in der Fraktion darüber, daß Erhöhungen der Beiträge (oder vielleicht sogar und) Verminderung der Leistung beschlossen werden müßten. Hermann Müller betonte selbst, daß die Entscheidung bei den Gewerkschaften liege, denn gegen deren Stellungnahme könne die SPD ihr Votum natürlich nicht abgeben. Dem weniger informierten Leser sei gesagt, daß das Gros der sozialdemokratischen Wähler aus den gewerkschaftlichen Organisierten und ihren Familienangehörigen bestand.

Ein hervorragendes Fraktionsmitglied der Gewerkschaften, er trug zufällig die gleichen Vor- und Zunamen wie der Reichskanzler, gab die sachverständige Erklärung ab, daß es unmöglich sei, den Vorschlägen des Reichskanzlers zuzustimmen. Die Folge war vorauszusehen, Hermann Müller trat zurück, die letzte Regierung, an der Sozialdemokraten beteiligt waren, flog auf. Damit nahm das Unheil seinen Fortgang im Eiltempo. Die Regierung wurde unter Brüning nun ausschließlich von kapitalistisch orientierten Politikern gebildet. Was war die Folge? Der Sieg der sozialpolitischen Sachverständigen traf die Arbeiter sehr schwer, denn die Erwerbslosenhilfe wurde nicht nur verkürzt, denn die Arbeiter wurden nun auch mit einem mehrfachen der Beitragserhöhung belastet, die Hermann Müller zu konzedieren bereit gewesen wäre. Der neue

Reichskanzler Brüning aber mußte nun, insbesondere auf das einminütige Verlangen der Gewerkschafter in der Fraktion toleriert werden. Nun hörte man damals und hört auch heute noch immer den Einwand, daß man Brüning nicht hätte tolerieren sollen. Was wäre geschehen? Man hätte sehr entschieden Opposition machen müssen, die im Reichstag selbst praktisch erfolglos gewesen wäre, also außerhalb des Reichstages zum Generalstreik hätte gesteigert werden müssen. Den Generalstreik zu führen, der in der gegebenen Situation höchstwahrscheinlich zum Bürgerkrieg geworden wäre, fühlten sich wiederum die gewerkschaftlichen Kreise zu schwach. Das freilich hätten sie sich schon sagen müssen, als die den parteigenössischen Reichskanzler stürzten.

Daß die SPD genial geführt worden ist, wird niemand behaupten, daß die Gewerkschaften schlecht geführt worden sind, wird niemand bestreiten wollen. Wenn die Gewerkschaften durch ihre große Erwerbslosigkeit gelähmt, sich im Jahre 1930 zu schwach fühlte, große Kämpfe zu führen, so wird man ihre ablehnende Stellungnahme in den Jahren 1932/33, als die Erwerbslosigkeit noch viel größer und die Widerstandskraft der Organisationen entsprechend geringer geworden war, natürlich gebührend zu würdigen wissen. Auch hier taucht sofort freilich wieder die Frage auf, ob es richtig gewesen ist, die Arbeiter zum Stolz auf ihre Errungenschaften in den Organisationen zu erziehen, also unter Hinweis auf ihr Barvermögen, ihre Unterstützungseinrichtungen, ihre Gewerkschaftshäuser usw., die nicht gefährdet werden dürfen, oder ob es richtiger gewesen wäre, sie unter Hinweis auf den zu erkämpfenden Sozialismus zu revolutionieren. Es muß freilich hinzugefügt werden dürfen, daß die Gewerkschaften auch besonders gelähmt worden waren durch irrsinnige Zellensprengarbeit der Kommunisten. Diese suchten bei allen, selbst bei den unsinnigsten Gelegenheiten die Arbeiter zu Streiks, wenn nicht gar zum Generalstreik aufzuputschen. Millionen schwer verdienender und vom Munde abgesparter Mark auf Spiel zu setzen, um bestenfalls einige Pfennige zu retten, daß wäre unter Berücksichtigung der obwaltenden Umstände unverantwortlich gewesen. Die verhängnisvolle Rolle zu schildern, die die Kommunisten in Deutschland gespielt haben, wäre eine dankenswerte Aufgabe. Niemand hat in Deutschland einer wirklich revolutionären Entwicklung mehr geschadet, als die

Kommunisten mit ihrem blöden Geschrei, daß sie schon für revolutionäre Tätigkeit hielten.

Es ist ganz selbstverständlich, daß viele Tatsachen berücksichtigt werden müssen, wenn man ein objektives Urteil über den Zusammenbruch Deutschlands gewinnen will. So einfach, wie viele das Versagen der Führer sehen, ist es bestimmt nicht gewesen. Inzwischen haben wir den heldenhaften Kampf der österreichischen Sozialdemokratie erlebt, der leider vielen hundert Menschen Gesundheit und Leben gekostet, und dennoch als Ergebnis die Niederlage gebracht hat. Der Generalstreik in Österreich ist gescheitert, mehr noch: er ist gar nicht erst zu der Entfaltung gekommen, die Voraussetzungen für einen Erfolg gewesen wäre. In Österreich waren alle Voraussetzungen für einen günstigen Ausgang des Kampfes besser als in Deutschland. Der Schutzbund war bewaffnet, das deutsche Reichsbanner nicht. Die Front, die gegen die österreichische Sozialdemokratie stand, war bestimmt viel schwächer, als die feindliche Front in Deutschland. Nachdem die Verhältnisse in Deutschland sich so gestaltet hatten, wie wir sie jetzt kennen, standen (rein rechnerisch) gegen die SP die Reichswehr, der Stahlhelm und Millionen von SA und SS-Männern. Wieviele Polizeimannschaften auf Seiten der Arbeiter gestanden haben würden, weiß niemand. Wenn diese Gesichtspunkte hier angeführt werden, so nicht deshalb, weil sie etwa unserer Meinung entsprechen, sondern um auch denen nach Möglichkeit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, denen wir mehr als bedauerliche Passivität vorwerfen. Kalkulatoren mögen ausrechnen, wieviele Hundertteile der Polizei vermutlich auf Seiten der Arbeiter gestanden hat und den Reichsbanner die erforderlichen Waffen ausgehändigt haben würden. Freilich hätte man die Polizei nicht am oder nach dem 20. Juli 1932 zaghaft fragen dürfen, ob sie so freundlich sein wolle, mit den Arbeitern gemeinsam zu kämpfen. Wir sind der Überzeugung, daß entschlossenes Handeln, wenn auch nur eines einzigen Mannes, unserethalben über die Köpfe aller anderen Berufenen hinweg, eine ungeheure Wirkung hätte ausüben müssen. Es soll hier nicht besonders an Worte erinnert werden, die später „geflügelt“ wurden, so an das Wort von Otto Wels: „Wenn die Diktatur sein muss, dann wollen wir sie ausüben!“ Viel bedeutsamer ist schon die Erinnerung an das den

Massen immer wieder gegebene Versprechen, daß im „richtigen Moment nur auf den Knopf gedrückt“ und der ganze Apparat dann abrollen werde. Im festen Glauben an dieses Wort, das durch die Sekretäre, Redakteure und Abgeordneten der Partei immer wieder in die Massen getragen wurde, ist auch der Verfasser in zahlreiche Versammlungen gegangen, um zur Disziplin zu ermahnen. „Wir können uns darauf verlassen; unsere Führer haben es versprochen, sie werden Wort halten!“ Gerade weil er gewöhnt war, selbst alle Zeit zu seinen Worten zu stehen, schämt er sich nun wegen des Versagens der Führer doppelt, fühlt er den Massen, die wirklich Disziplin bis zum äußersten gehalten und auf das Knopfdrücken vergeblich gewartet haben, die Empörung nach.

Der französische Staatsmann Paléologue erinnert in seinem Werk über Cavour an eine gute Bemerkung, die Ludwig XIV zugeschrieben wird: „Niemand kann sagen, wann man sich wehren, wann man nachgeben muß. Weder Bücher noch Regeln, noch Erfahrungen lehren es uns. Eine gewisse Schärfe und eine gewisse Kühnheit des Geistes werden uns stets das Richtige treffen lassen!“.

Das wird im allgemeinen richtig sein. Die besondere Situation, wie sie sich in Deutschland 1932 zugespitzt hatte, kennzeichnet ein Wort des konservativen englischen Staatsmannes Disraeli noch besser: „Für alle Dinge in der Welt gibt es einen entscheidenden Augenblick, darin zeigt sich der Meister, daß er diesen Augenblick zu erkennen und zu ergreifen versteht!“ – Irgendein „Meister“ zeigte sich bei uns leider nicht. Eine rechtzeitige Aufforderung zum Kampfe für die Rettung der Republik würde die große Mehrheit der Polizei höchstwahrscheinlich auf die Seite der Arbeiter gebracht haben, denn der Berliner Polizeipräsident, ein Sozialdemokrat, der Vizepräsident, ein Demokrat, und auch der Kommandeur der gesamten Berliner Polizeimacht, ein demokratischer Zentrumsmann, haben kämpfen wollen. Auch Karl Höltermann, der Führer des Reichsbanners, wollte mit seiner Organisation den Kampf wagen.

Man stelle sich die Wirkung eines Aufrufs dieser Männer in Gemeinschaft mit den sozialdemokratischen Polizeiminister und anderen

Führern an das Volk vor: „Auf zum Generalstreik“ Zu den Waffen!“. Zu gleicher Zeit hätte ein militärisches Kommando an die Polizei und die Reichswehr ergehen, und die Bewaffnung des Reichsbanners erfolgen müssen. Das hätte das ganze Volk in Bewegung, die Eisenbahnen und vieles andere zum Stillstand bringen müssen. Es scheint dem Verfasser selbstverständlich, sozusagen wie eine militärische-revolutionäre Maßnahme, die sich, entsprechend vorbereitet, automatisch hätte vollziehen müssen: daß alle Spitzen des Staates und der Reichswehr hinter Schloß und Riegel hätten sitzen müssen, sobald der Aufruf an das Volk veröffentlicht wurde. So stellte sich wohl auch die Masse der deutschen Arbeiter den leider verpassten Ablauf der Dinge vor. Jedenfalls sahen Millionen deutscher Arbeiter, bestimmt alle Emigranten ohne Monatsgehalt, mit Bewunderung auf die österreichischen Sozialisten. Freilich sind auch den österreichischen Führern Vorwürfe nicht erspart geblieben. Daß die „Führer“ auf deutscher Seite vollkommen versagt haben, zeigt nicht nur die kampflose Räumung aller Positionen, restlose Preisgabe aller freiheitlichen Errungenschaften, - das wird auch bewiesen durch das schuldbewusste Schweigen der von Berlin nach Prag umgezogenen Führer. Trotz aller Aufforderungen, endlich zu sagen, warum sie gar nichts getan haben, um die Republik zu retten, schweigen sie in allen Sprachen. Vielleicht wird gesagt, daß Schweigen das einzig Richtige sei für die in Betracht kommenden Parteigenossen. Das halten wir für falsch. Richtig wäre ihr Schweigen gewesen, wenn sie still beiseite getreten oder auch existenzlos in die Emigration gegangen wären, wie viele Tausende andere, die zu kämpfen bereit waren und sich jetzt für Opfer einer unverständlichen Zaghaftigkeit halten. Nachdem die Parteileitung jedoch mit dem ganzen Führerapparat, Sekretariat, Registratur, Vorwärtsredaktion, Kasse usw., lediglich das Domizil gewechselt haben, wären sie verpflichtet zum reden. Mindestens sollten sie den Versuch machen, ihr Verhalten zu erklären. Ab und zu verlautet, daß dieser und jener Führer gesagt habe, sie müssen schweigen, weil sie Rücksicht nehmen müßten auf die Oesterreicher und die Gewerkschaftsführer in Deutschland. Auf die österreichischen Führer brauchen sie Rücksicht nicht zu nehmen, denn sie würden im Bedarfsfalle zu antworten wissen. Mehr noch: die Oesterreicher haben den deutschen

Führern bereits allerlei liebenswürdige Bemerkungen gewidmet. Otto Bauer, um nur einen zu nennen, hat sehr deutlich geschrieben, daß man auch in Wien vor der Wahl gestanden habe zwischen schimpflicher Unterwerfung und einem letzten Verzweiflungskampf. Die österreichische Arbeiterschaft habe sich dann heldenmütig geschlagen um die Fahne der Internationale nicht feige zu verraten. Man sagt, daß man das Resultat der österreichischen Kämpfe auch in Deutschland hätte haben können, denn man habe die sichere Niederlage vorausgesehen. Uneinig sei man nur gewesen in der Einschätzung in der Zahl der Opfer, die das negative Ergebnis kosten könne. Von den Gewerkschaftsführern, die vollkommen versagt haben, wird gesagt, daß man sie nicht verletzen dürfe, weil man später wieder in Deutschland mit ihnen gemeinsam arbeiten müsse. Was unter dieser Zusammenarbeit verstanden wird, ist nicht ganz verständlich. Wenn die Führer in Prag der Meinung sein sollten, daß sie oder die deutschen Gewerkschaftsführer jemals wieder irgendwo in der Arbeiterbewegung führend tätig sein können, so irren sie. Sie würden mit einer solchen Auffassung lediglich beweisen, daß sie die jetzige Situation und Stimmung im Reich genau so falsch einschätzen wie 1930 und 1932. Von den Führern, die in Deutschland bis zu ihrer Flucht „tätig“ gewesen sind, erfreut sich nicht einer auch nur des geringsten Vertrauens seitens der Arbeiter, Ob das im jedem Falle gerecht ist, muß eine offene Frage bleiben.

Die deutschen Arbeiterbewegung- der politischen wie der gewerkschaftlichen- hat es seit dem Tode Bebel und Legien an kluger und kraftvoller Führung gefehlt. Es ist kein Zufall, daß diese beiden charakterfesten Männer innigere Fühlung oder gar Freundschaft mit Ebert, dem von ihnen als Bureauchef des Parteivorstandes hochgeschätzten Genossen, niemals gehabt haben oder - wie Legien - mit ihm sich vollkommen verkrachte, als er anfang, sich „politisch“ zu betätigen. Solange Bebel gelebt und als Parteiführer gewirkt hat, verspürte man eine großzügige Strategie, dann kamen die bürokratisch routinierten „Taktiker“ ans Ruder, die sich für ungeheuer weise hielten, wenn sie aus einer Situation, die sie zumeist selbst verfahren hatten, mit halbwegs heiler Haut wieder herausgekommen waren.

Die deutsche Republik ist zugrunde gegangen vornehmlich infolge der in dieser Schrift gewürdigten objektiven Ursachen, die zu beseitigen nicht in ihrer Macht gelegen hat. Daß die Republik dem Faschismus ohne die geringste Gegenwehr in die Hände fiel, ist zurückzuführen auf die Zersplitterung der deutschen Arbeiterklasse, auf die Unfähigkeit der republikanischen Regierungen und die nicht minder große Unzulänglichkeit der Arbeiterführer, gleichviel, ob sie nun als Sozialdemokraten, als Kommunisten oder Gewerkschafter versagten.

Hitlers Hand am Pulverfaß

Von Philipp Scheidemann

Deutschland ist seit der Berufung Hitlers zum Reichskanzler einem Pulverfaß zu vergleichen. In Hitlers Händen ruht eine weit größere politische Macht, als sie früher jemals ein Reichskanzler oder ein Kaiser gehabt hat. Auf Grund eines sogenannten Ermächtigungsgesetzes vom 23. März liegt sogar die Entscheidung über Krieg und Frieden ganz allein in der Hand des Diktators Hitler. Das Pulverfaß Deutschland interessiert deshalb nicht nur Europa, sondern die ganze Welt. Sarajewo war ein Zündhütchen, an dem der Weltkrieg sich entzündete, das Hitler-Berlin ist eine Brandsackel, mit der Geisteskräfte und Verbrecher am Pulverfaß spielen.

Das imperialistische Deutschland Kaiser Wilhelm II. war eine Idylle, ein Hort des sicheren Weltfriedens im Vergleich mit dem Tollhaus, das jetzt aus Deutschland gemacht worden ist. Um den Unterschied zwischen dem zusammengebrochenen Deutschland von 1918 und dem jetzigen Hitler-Deutschland klar zu erkennen, muß man sich an die Verhandlungen erinnern, die 1918 zwischen der deutschen Reichsregierung und dem amerikanischen Präsidenten Wilson wegen der Herbeiführung des Friedens stattgefunden haben. Wilson hat es im Oktober 1918 kategorisch abgelehnt, mit der deutschen Reichsregierung über-

haupt in Friedensunterhandlungen einzutreten, solange der Kanzler „nur für diejenigen Gewalten spricht, die bisher den Krieg geführt haben“, nicht aber für das Volk. Was diese Bemerkungen bedeuteten, wird ganz klar, wenn man den Notenwechsel, der zwischen der Berliner Regierung und dem amerikanischen Präsidenten im Oktober 1918 stattgefunden hat, durchsieht. Einige Daten, die dem Notenwechsel vorausgegangen sind, werden willkommen sein, weil sie lehrreich sind.

Am 29. September 1918 verlangten die Heerführer von Hindenburg und Ludendorff, daß die Regierung den Präsidenten Wilson sofort um die Vermittlung des Friedens bitte. Am 30. September erhob die Reichsregierung dagegen Einspruch, weil durch ein derartig überstürztes Friedensgesuch (nach den vorausgegangenen Siegesnachrichten) alles verloren sei. Sie verlangte Zeit, um eine günstigere politische Atmosphäre schaffen zu können. Am 1. Oktober 1918 wurde der Reichsregierung aus dem Hauptquartier gemeldet: „Die Armee kann nicht mehr 48 Stunden warten!“ Erneut erhob die Regierung Einspruch, mußte aber am 3. Oktober den verzweifeltsten Forderungen der Generale nachgeben und telegraphierte deshalb an Wilson:

„Er möge die Herstellung des Friedens in die Hand nehmen!“ In dem folgenden Depeschenwechsel zwischen Washington und Berlin wurden die Fragen nach den politischen Rechten des deutschen Volkes und die Antworten darauf immer klarer. Am 12. Oktober telegraphierte Berlin nach Washington: „Die Regierung sei gebildet in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags, der Reichkanzler spreche also im Namen der Regierung und des deutschen Volkes.“ Am 16. Oktober wies Wilson in einem neuen Telegramm auf eine Rede hin, die er am 4. Juli 1918 in Mont Vernon gehalten hatte. Er habe in dieser Rede über das Kriegsziel der Entente gesprochen, von dem unter keinen Umständen Abstand genommen werden könne:

„Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, welche es in den Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören... Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen sich gegen Zufälligkeiten geschützt wissen in bezug auf diejenigen, mit denen sie verhandeln.“

Durch dieses Telegramm wurden die letzten Zweifel beseitigt, die in Berlin noch immer bestanden; es bedeutete klar und deutlich:

1. daß der Kaiser gehen müsse,
2. daß die Demokratie hergestellt werde und dauernd zu sichern sei.

Daraufhin gab die deutsche Reichsregierung am 21. Oktober die beruhigendste Versicherung nach Washington:

„... die Verantwortlichkeit des Reichkanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.“

Da die amerikanische Regierung noch immer voller Mißtrauen war, fragte sie am 23. Oktober erneut an, ob die neuen Grundsätze bestimmt von Dauer sein würden. Die deutsche Regierung gab erneut die feierlichste Versicherung ab.

Aus den angeführten Daten geht hervor:

1. Daß die deutschen Heerführer schon 6 Wochen vor dem 9. November 1918 nach sofortigem Waffenstillstand und Frieden geföhren haben, weil die Armee nicht mehr 48 Stunden warten könne. Der Dolchstoß, den die „Novemberverbrecher“ geführt haben sollen, ist ein erbärmlicher nationalsozialistischer Schwindel. Wahr ist, daß der vollkommene staatliche Zusammenbruch am 9. November 1918 eingetreten ist, nachdem 6 Wochen zuvor die Heerführer festgestellt haben, daß das Heer am Ende seiner Kräfte sei. Trotzdem ist der Agitator Hitler mit dem „Dolchstoß der Novemberverbrecher“ 15 Jahre lang hausieren gegangen. Er hat das ausgepowerte deutsche Volk, das in seiner Verzweiflung nach jedem Strohhalme griff, besoffen geredet mit seinem Novembergeschwindel und seinen Versprechungen, versprochen er doch allen alles.

Werden die Völker der ehemaligen Ententestaaten, die 1918 ohne dauernd gesicherte Demokratie nicht einmal Verhandlungen über den Frieden beginnen wollten, dem Abenteuer ebenso auf die Leimruten gehen, wie die betrogenen deutschen Wähler? Man vergleiche die oben erwähnten Forderungen Wilsons mit dem jetzigen Tatbestand absoluter Alleinherrschaft des faschistischen Diktators Hitler, dann wird die Berechtigung der Frage sonnenklar:

„Ist es für die Welt erträglich, daß im Zentrum Europas politische Abenteuer und Verbrecher, die Gesetze und Recht, Kunst und Wissenschaft mit Füßen treten, am Pulverfaß mit Brandfackeln spielen?“

Nein, tausendmal nein! Es ist eine Aufgabe der gesamten Kulturwelt, diesen Abenteurern das Handwerk zu legen. Daß dabei nicht an blutigen Krieg gedacht wird, ist selbstverständlich.